



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

89. Sitzung

Hannover, den 12. November 2010

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 36:

Mitteilungen des Präsidenten 11273
Feststellung der Beschlussfähigkeit..... 11281

Erklärung außerhalb der Tagesordnung zur Finanzierung des Ausbaus der Eisenbahnstrecke Wilhelmshaven–Oldenburg..... 11273

David McAllister, Ministerpräsident
..... 11273, 11281, 11282
Enno Hagenah (GRÜNE)..... 11274
Hans-Henning Adler (LINKE)..... 11275
Olaf Lies (SPD)..... 11276, 11277, 11280
Hartmut Möllring (CDU)..... 11277
Björn Thümler (CDU)..... 11278
Christian Dürr (FDP)..... 11279, 11280
Dr. Manfred Sohn (LINKE)..... 11280
Stefan Wenzel (GRÜNE)..... 11282

Tagesordnungspunkt 37:

Erste Beratung:

Die flächendeckende medizinische Versorgung sichern - Gestaltungsmöglichkeiten der Länder stärken - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2985 11283
Uwe Schwarz (SPD) 11283, 11286, 11289
Klaus Krumfuß (CDU) 11285, 11289
Ursula Helmhold (GRÜNE) 11287
Roland Riese (FDP)..... 11288
Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE) ... 11288, 11290
Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration..... 11290
Beschluss 11290

Tagesordnungspunkt 38 a:

Erste Beratung:

Europäische Agrarpolitik neu gestalten - ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2986 11291

und

Tagesordnungspunkt 38 b:

Zweite Beratung:

Landwirtschaft und ländlichen Raum in Niedersachsen stärken - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2411 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 16/3022 11291
Andrea Schröder-Ehlers (SPD)..... 11291
Frank Oesterhelweg (CDU) 11293, 11296
Marianne König (LINKE) 11295
Jan-Christoph Oetjen (FDP)..... 11296, 11298
Rolf Meyer (SPD)..... 11298
Christian Meyer (GRÜNE)..... 11299
Astrid Grotelüschen, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung..... 11300
Ausschussüberweisung (TOP 38 a) 11301
Beschluss (TOP 38 b) 11301
(Zu TOP 38 b: Erste Beratung: 69. Sitzung am 28.04.2010)

Tagesordnungspunkt 39:

Erste Beratung:

Förderung des grenzüberschreitenden Stromhandels - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2987 11301

Martin Bäumer (CDU)..... 11302

Stefan Wenzel (GRÜNE) 11304

Rolf Meyer (SPD)..... 11306

Kurt Herzog (LINKE)..... 11308

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP)..... 11309

Astrid Grotelüschen, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung..... 11310

Ausschussüberweisung..... 11311

Tagesordnungspunkt 34:

Erste Beratung:

Maßnahmen zur Verbesserung der Stabilität der Finanzmärkte in Europa - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2988 11311

Heiner Schönecke (CDU)..... 11311, 11315

Renate Geuter (SPD)..... 11312

Hartmut Möllring, Finanzminister 11313

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)... 11314, 11315, 11318

Dr. Manfred Sohn (LINKE) 11316

Christian Grascha (FDP) 11317, 11318

Ausschussüberweisung..... 11318

Tagesordnungspunkt 40:

Extremismus weiter konsequent bekämpfen - keine pauschale Gleichsetzung! - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2989 11318

Ausschussüberweisung..... 11318

Tagesordnungspunkt 41:

Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen - Kooperation mit Norwegen und Dänemark beim Netzausbau verstärken - Vorrang für Erdverkabelung in Niedersachsen durchsetzen - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2994 11319

Ausschussüberweisung..... 11319

Tagesordnungspunkt 7:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2705 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 16/3001 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/3025 11319

Anette Meyer zu Strohen (CDU)..... 11319

Ina Korter (GRÜNE)..... 11321

Claus Peter Poppe (SPD) 11322

Björn Försterling (FDP)..... 11324

Victor Perli (LINKE)..... 11324

Beschluss..... 11325

(Erste Beratung: 77. Sitzung am 17.08.2010)

Nächste Sitzung 11326

Vom Präsidium:

Präsident	Hermann Dinkla (CDU)
Vizepräsident	Dieter Möhrmann (SPD)
Vizepräsident	Hans-Werner Schwarz (FDP)
Vizepräsidentin	Astrid Vockert (CDU)
Schriftführerin	Ursula Ernst (CDU)
Schriftführerin	Ulla Groskurt (SPD)
Schriftführer	Wilhelm Heidemann (CDU)
Schriftführer	Hans-Jürgen Klein (GRÜNE)
Schriftführer	Lothar Koch (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführerin	Gisela Konrath (CDU)
Schriftführerin	Dr. Silke Lesemann (SPD)
Schriftführerin	Brigitte Somfleth (SPD)
Schriftführerin	Dörthe Weddige-Degenhard (SPD)
Schriftführerin	Ursula Weisser-Roelle (LINKE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident David McAllister (CDU)	Staatssekretärin Dr. Christine Hawighorst, Staatskanzlei
Minister für Inneres und Sport Uwe Schünemann (CDU)	
Finanzminister Hartmut Möllring (CDU)	Staatssekretärin Cora Hermenau, Finanzministerium
Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration Aygül Özkan (CDU)	Staatssekretär Heinrich Pott, Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration
Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Jörg Bode (FDP)	Staatssekretär Dr. Oliver Liersch, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucher- schutz und Landesentwicklung Astrid Grotelüschen (CDU)	
Justizminister Bernhard Busemann (CDU)	Staatssekretär Dr. Jürgen Oehlerking, Justizministerium

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr.

Präsident Hermann Dinkla:

Guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 89. Sitzung im 29. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages der 16. Wahlperiode.

Die Beschlussfähigkeit stelle ich zu einem späteren Zeitpunkt fest.

Tagesordnungspunkt 36:

Mitteilungen des Präsidenten

Geburtstag hat heute der Abgeordnete und Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr Jörg Bode. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich im Namen des ganzen Hauses.

(Lebhafter Beifall)

Es ist ein ganz besonderer Geburtstag: der 40.! Gesundheit und Wohlergehen für das vor Ihnen liegende neue Lebensjahr!

Nun zur Tagesordnung, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Wir beginnen die heutige Sitzung mit Tagesordnungspunkt 37. Anschließend behandeln wir den Tagesordnungspunkt 38, den wir dann mit der zweiten Beratung des nachträglich auf die Tagesordnung genommenen Antrags der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/2411 mit dem Titel „Landwirtschaft und ländlichen Raum in Niedersachsen stärken“ verbinden. Danach behandeln wir die Tagesordnungspunkte 39 und 34. Die darauf folgenden Tagesordnungspunkte 40 und 41 werden lediglich zum Zwecke der Ausschussüberweisung aufgerufen. Als letzten Tagesordnungspunkt behandeln wir den Gesetzentwurf zur Änderung des Schulgesetzes - Tagesordnungspunkt 7 -, den wir am Dienstag zurückgestellt hatten.

Die heutige Sitzung soll gegen 12.55 Uhr enden.

Ich darf Sie herzlich bitten, Ihre Reden rechtzeitig an den Stenografischen Dienst zurückzugeben.

Die mir zugegangenen Entschuldigungen teilt Ihnen nunmehr die Schriftführerin mit.

Schriftführerin Brigitte Somfleth:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es haben sich entschuldigt von der Landesregierung die Ministerin für Wissenschaft und Kultur, Frau Professor Wanka, der Minister für Umwelt und

Klimaschutz, Herr Sander, und Herr Kultusminister Dr. Althusmann - darüber sind die Fraktionen unterrichtet -, von der Fraktion der CDU Frau Hartmann, Herr Ahlers und Herr Schobert; von der Fraktion der SPD Herr Schostok, Frau Emmerich-Kopatsch und Herr Klein, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Briese, von der Fraktion DIE LINKE Frau Reichwaldt sowie das fraktionslose Mitglied des Hauses, Frau Wegner.

Präsident Hermann Dinkla:

Vielen Dank. - Bevor ich den Tagesordnungspunkt 37 aufrufe, erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Erklärung außerhalb der Tagesordnung zur Finanzierung des Ausbaus der Eisenbahnstrecke Wilhelmshaven–Oldenburg

David McAllister, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus aktuellem Anlass möchte ich heute Morgen eine wichtige und vor allen Dingen erfreuliche Mitteilung machen. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags hat gestern Nacht im Rahmen der Beratungen zum Bundeshaushalt 2011 entschieden, die Finanzierung des Ausbaus der Eisenbahnstrecke Oldenburg–Wilhelmshaven in den Haushalt aufzunehmen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Von einem Mitglied dieses Haushaltsausschusses bin ich wie folgt unterrichtet worden.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Wo ist Herr Lies?)

Für den ersten Förderabschnitt 2011 stellt der Bund 32 Millionen Euro Barmittel zur Verfügung. Danach sind jeweils nach Baufortschritt Mittel durch Verpflichtungsermächtigungen für 2012 in Höhe von 50 Millionen Euro und 2013 in Höhe von 100 Millionen Euro vorgesehen. Wenn im Sommer die baurechtlichen Voraussetzungen geschaffen sind, kann nach Haushaltsrecht eine Finanzierungsvereinbarung über die Baukosten von ca. 180 Millionen Euro geschlossen werden.

(Detlef Tanke [SPD]: Und der Rest?)

Meine Damen und Herren, über diese Maßnahme, über diese Entscheidung freue ich mich sehr.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Entscheidung war nicht selbstverständlich. Wer die Diskussion in den letzten Tagen aufmerksam und aus nächster Nähe verfolgt hat, der weiß, was ich meine. Aufgrund der nicht alle Projekte abdeckenden Mittelausstattung beim Ausbau der Bahninfrastruktur gab es ein heftiges Ringen um verschiedene Neubauprojekte.

Die Landesregierung ist deshalb sehr dankbar, dass es gelungen ist, das derzeit wichtigste Bahnneubauprojekt für Niedersachsen durchzusetzen. Das war ein hartes Stück Arbeit, und der Einsatz hat sich gelohnt. Der zweigleisige Ausbau ist durch diese Entscheidung gesichert, und wir halten an unserem Ziel fest, die Fertigstellung bis Ende 2012 anzustreben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, allerdings sind mit den bereitgestellten Mitteln die Elektrifizierung der gesamten Strecke, die Streckenerüchtigung und die Realisierung von Lärmschutzmaßnahmen auf den bereits jetzt zweigleisigen Abschnitten der Strecke Oldenburg–Wilhelmshaven nicht möglich. Auch diese Punkte wird die Landesregierung daher im Auge behalten.

(Beifall bei der CDU - Detlef Tanke [SPD]: Ein Riesenmisserfolg!)

- Herr Tanke, in diesem Zusammenhang von Misserfolg zu sprechen - Sie haben keine Ahnung, wovon Sie sprechen!

(Starker Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Wenn Sie nur im Ansatz wüssten, was wir in den letzten Tagen hinter den Kulissen verhandelt haben, wie es um diese Strecke stand!

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

- Ich sehe an Ihren Reaktionen, dass Sie kein ernsthaftes Interesse am Ausbau der Infrastruktur haben.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP - Karl-Heinz Klare [CDU]: Das ist ja peinlich!)

Ich will deshalb vor allen Dingen denjenigen danken, die durch aktives Tun und Handeln zu diesem

ersten Teilerfolg beigetragen haben. Das liegt sicherlich auch begründet in der guten Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn AG, mit dem Verkehrsministerium in Berlin. Ich möchte insbesondere auch die Arbeit mehrerer Abgeordneter des Deutschen Bundestages aus Niedersachsen, insbesondere der Mitglieder im Haushaltsausschuss, lobend erwähnen. Ich möchte auch das Engagement der Wilhelmshavener Hafenwirtschaftsvereinigung und des Allgemeinen Wirtschaftsverbandes aus der Region hervorheben. Ganz besonders danke ich auch unserem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Jörg Bode. Was kann es für eine schönere Nachricht an deinem 40. Geburtstag geben?!

Vielen Dank.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, § 78 Abs. 3 der Geschäftsordnung regelt das Verfahren. Der Wunsch nach Aussprache ist an mich herangetragen worden. Ich erteile den großen Fraktionen jeweils fünf Minuten, den kleinen Fraktionen zweieinhalb Minuten Redezeit.

Mir liegen verschiedene Wortmeldungen vor. Als Erstem erteile ich dem Kollegen Hagenah von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Wilhelm Hogrefe [CDU]: Die Eisenbahnfreunde von den Grünen werden das jetzt sicherlich begrüßen! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Enno Hagenah (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Grüne-Fraktion freut sich außerordentlich

(Beifall bei den GRÜNEN sowie starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

für den Start des JadeWeserPorts. Aber wir sind in großer Sorge

(Oh! und Lachen bei der CDU und bei der FDP)

um die Bürgerinnen und Bürger und den langfristigen Erfolg dieses Hafens.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Denn das, was Sie, Herr McAllister, gerade als Erfolg verkündet haben, hätte Ihr Vorgänger, Herr Wulff, noch als mittlere Katastrophe beschrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Auch Sie als damaliger Fraktionsvorsitzender haben noch im vorigen Sommer das Bild, dass der Hafenerverkehr auf der Schiene auf Jahre hinaus zu Lasten der allermeisten Anwohner betrieben werden muss - ohne Elektrifizierung, ohne Lärmschutz und ohne statische Sicherung des Untergrunds im Altbereich des Gleiskörpers -, als fatal für die weitere Entwicklung des Hafens beschrieben.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn die Strecke zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven ist 45 km lang. Die 185 Millionen Euro reichen gerade einmal für die Investitionen in die 10 km langen Teilabschnitte aus, die jetzt noch eingleisig sind: für die Herstellung der Zweigleisigkeit sowie für die Sicherung des Untergrundes und den Bau des Lärmschutzes in diesen Abschnitten. Alles andere wird auf die lange Bank geschoben.

Sie wissen natürlich, dass der Bund gerade wegen der von Ihnen beschriebenen Situation ganz andere Prioritäten setzt, nämlich mit Großprojekten in Süddeutschland. Sie wissen, dass auch wir in Niedersachsen weitere wichtige Schienenverkehrsprojekte haben, die viele Hundert Millionen, ja Milliarden Euro kosten.

In dieser Konkurrenz werden die vielen Bürgerinnen und Bürger, die an dieser Gleisstrecke wohnen, die Belasteten sein.

Sie wissen natürlich auch, dass der Schienenverkehr in den nächsten Jahren und vielleicht Jahrzehnten immer unter den Stopfarbeiten am alten Gleisbett leiden wird, wenn dort Teilsperren oder Vollsperrungen vorgenommen werden müssen, um die Schiene wieder zu ertüchtigen. Sie fahren mit dem hoffentlich schnell erstarkenden Güterverkehr auf der Schiene zunächst einmal die alten Gleise dort in Grund und Boden, auf 75 % der Strecke.

Auch darauf müssen wir in diesem Moment, in dem wir uns über die 185 Millionen Euro freuen, natürlich hinweisen.

(Jens Nacke [CDU]: Sie sind also wieder dagegen!)

Wir müssen darauf drängen, für die Gesamtfinanzierung der Strecke zu sorgen. Sie haben es in der

Vergangenheit versäumt, dies frühzeitig zu tun. Das ist ein Versäumnis dieser Landesregierung,

(Jens Nacke [CDU]: Sind Sie wieder dagegen?)

und das ist auch ein Fehler dieser Bundesregierung.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Adler von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

(Jens Nacke [CDU]: Dagegen-Partei!)

Hans-Henning Adler (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man das hört, denkt man natürlich an den Ausspruch von Kurt Tucholsky: „Gut. Das ist der Pfennig. Aber wo ist die Mark?“

(Beifall bei der LINKEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Herr Hagenah hat es schon gesagt: Von den 500 Millionen Euro, die das Projekt insgesamt kostet, sind jetzt 180 Millionen bewilligt, und die beziehen sich nur auf die Herstellung der Zweigleisigkeit.

(Zuruf von der CDU: Schritt für Schritt!)

Das Problem ist: Bislang wurden die Herstellung der Zweigleisigkeit und die Elektrifizierung immer in einem Atemzug, als einheitliches Projekt, genannt.

(Beifall bei der LINKEN - Klaus Rickert [FDP]: Dann waren Sie aber nicht am runden Tisch dabei, mein Lieber!)

Dabei war immer klar, dass die Elektrifizierung einen Eingriff in den gesamten Bahnkörper bedeutet und aus diesem Grund für die Bürgerinnen und Bürger in Oldenburg Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen sind.

Wenn das jetzt entkoppelt wird - das ist das Ergebnis Ihrer Verhandlungen, auf das Sie so stolz hingewiesen haben -, wenn das jetzt auseinandergerissen wird, dann besteht die Gefahr, dass täglich ungefähr 70 bis 80 Güterzüge, überwiegend

nachts, mitten durch Oldenburg rollen, auf einer Strecke, die dafür nie vorgesehen war,

(Beifall bei der LINKEN)

und zwar weder technisch noch verkehrsmäßig. Diese Güterzüge fahren mitten durch eine Stadt mit Schranken. So etwas gibt es dort nämlich noch. Die Strecke ist überhaupt nicht dafür vorgesehen.

Deshalb ist es meiner Ansicht nach höchst gefährlich, dieses Finanzierungsprojekt so auseinanderzureißen, wie es jetzt geschehen ist.

(Jens Nacke [CDU]: Also nicht machen, oder was?)

Das hätte immer einheitlich gesehen werden und einheitlich bleiben müssen.

Jetzt ist eine große Gefahr entstanden.

(Ulf Thiele [CDU]: Sagen Sie jetzt gerade, wir sollten es besser lassen?)

Von dieser großen Gefahr spreche nicht nur ich. Von dieser großen Gefahr spricht auch der Oldenburger Bundestagsabgeordnete Kossendey. Sprechen Sie einmal mit ihm!

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollege Lies von der SPD-Fraktion das Wort.

(Heinz Rolfes [CDU]: Ist er auch schon da? - Weiterer Zuruf von der CDU: Den haben sie aus dem Bett gezogen! - Unruhe)

- Herr Kollege Lies, Sie können jetzt allerdings kurz warten, bis Ruhe im Plenarsaal eingekehrt ist.

Olaf Lies (SPD):

Das mache ich gerne.

(Minister Hartmut Möllring: Er muss erst einmal das Protokoll nachlesen! Er war noch gar nicht da!)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Minister, ich glaube, es ist nicht angemessen, sich von der Regierungsbank aus an der Debatte zu beteiligen. - Bitte, Herr Kollege Lies!

Olaf Lies (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, wie weit sind Sie eigentlich schon, dass Sie sich hier für Selbstverständlichkeiten wie den minimalen Teilausbau feiern lassen müssen?

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Lachen und Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Sie haben nichts hingekriegt, Herr Lies! Wie peinlich ist das denn?)

Bei aller Freude einer Region, dass wenigstens das, was gar nicht anders lösbar gewesen wäre - - -

(Lachen und Widerspruch bei der CDU und bei der FDP)

Man möge sich einmal vorstellen - mein Kollege hat das einmal als Schuldbürgerstreich bezeichnet -, der Hafen geht in Betrieb und der Ausbau ist nicht fertig.

(Zuruf von der CDU: Peinlich!)

- Das ist peinlich; das stimmt.

Wenn Sie sich diese minimale Lösung auch noch bejubeln lassen, dann sind die Erwartungen, die Sie an Ihre eigene Politik stellen, sehr gering.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Jetzt ist zum Glück zur richtigen Zeit von allen der richtige Druck ausgeübt worden. Da will ich vor allen Dingen die Region hervorheben. Kurz vor Schluss, am Mittwoch, waren die Bürgermeister, der Landrat, der Oberbürgermeister in Berlin und haben noch einmal Druck gemacht. Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass eine ganze Region vor dem Haus stehen würde,

(Jens Nacke [CDU]: Nur Sie nicht!)

wenn sie es nicht geschafft hätten. Insofern kann man froh sein, dass Sie diese - - -

(Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Was ist denn hier los? Seien Sie doch nicht so aufgeregt! Gerade haben Sie sich noch gefreut, jetzt sind Sie so aufgeregt. Das muss doch gar nicht sein. Freuen Sie sich doch weiter!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Karl-Heinz

Klare [CDU]: Der Grüne hat sich wenigstens gefreut!

Herr McAllister, die große Frage ist jetzt:

(Dr. Karl-Ludwig von Danwitz [CDU]: Lächerlich! Einfach lächerlich!)

Die Strecke soll in drei Jahren ausgebaut werden. Sie wissen, dass der Hafen in anderthalb Jahren in Betrieb geht. Soll denn der Hafen anderthalb Jahre in Betrieb sein, während die Bahnstrecke immer noch blockiert ist? Das entspräche nicht ganz der Zeitplanung der Bahn. Da war von zwei Jahren die Rede.

Und wie geht es mit dem zweiten Teil weiter? Wir können zwar froh sein, dass eine Lösung für die 180 Millionen Euro gefunden wurde. Das sind wir auch.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das haben Sie sehr deutlich zum Ausdruck gebracht! Das merkt man! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

- Auch wir sind froh. Das will ich durchaus sagen. Wir sind froh, dass es gelungen ist, genau das zu verhindern, was zum völligen Chaos Ihrer Politik und des Hafens geführt hätte.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Nichts haben Sie hingekriegt, Herr Lies!)

Aber denken Sie daran: Ihrer Politik! Sie sind hier in der Verantwortung!

Ich will das noch einmal beschreiben. Deutlich geworden ist, glaube ich, eines:

(Hartmut Möllring [CDU]: Sie haben die Entwicklung verschlafen!)

Es war der Minister Tiefensee, der die Planung von Beginn an vorangetrieben hat.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

- Da lachen Sie! Wissen Sie, was das Schöne an der parlamentarischen Auseinandersetzung ist?

(Anhaltendes Lachen bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der CDU und von der FDP - Unruhe)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege Lies, wir legen jetzt eine kurze Pause ein.

(Zurufe von der CDU und von der FDP - Anhaltende Unruhe)

- Wenn es ruhiger geworden ist, stelle ich Ihnen die Frage, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Möllring zulassen.

Olaf Lies (SPD):

Herr Möllring, wie würde es aussehen, wenn ich das nicht zulassen würde? Stellen Sie die Frage, gerne!

(Zuruf von der CDU: Selten so gelacht! - Weitere Zurufe)

Präsident Hermann Dinkla:

Aber Herr Kollege Möllring stellt seine Frage erst, wenn hier ein bisschen mehr Ruhe eingekehrt ist.

(Detlef Tanke [SPD]: Aber jetzt einmal Niveau!)

Hartmut Möllring (CDU):

Ist Ihnen bekannt, dass der Kollege Tiefensee vor Ort seine besondere Sachkunde dadurch bewiesen hat, dass er immer von einem „Tiefseehafen“ statt von einem „Tiefwasserhafen“ gesprochen hat,

(Johanne Modder [SPD]: Das ist albern! - Weiterer Zuruf von der SPD: Das ist jetzt aber kein Niveau! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

und dass Menschen, die sich mit maritimen Kenntnissen auseinandersetzen, es doch sehr befremdlich fanden, dass er sich mit diesem Hafen überhaupt nicht auseinandergesetzt hatte?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Olaf Lies (SPD):

Schade, Herr Möllring, dass Ihr Niveau sich in den letzten beiden Tagen noch nicht gesteigert hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ist Ihnen denn bekannt, Herr Möllring, dass Herr Ramsauer bei seinem Besuch vor Ort auf meinen Hinweis „Herr Ramsauer, was ist denn mit der Bahnstrecke Oldenburg–Wilhelmshaven?“ gesagt hat „Dazu kann ich Ihnen nichts sagen“? - Ich glaube, daran sieht man, wer da mehr Kompetenz hat.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Also noch einmal, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Wer hat die Planung vorangetrieben, und wer hat im letzten Jahr die Regierungsverantwortung und das Ministerium übernommen und keinen Euro eingestellt? - Ich finde, das kann man einmal ganz in Ruhe klären.

Ich würde aber glauben, dass Ihre überhebliche Freude nicht angebracht ist. Sie tragen die Verantwortung. Sie haben es mit dem großen Druck zwar auch geschafft, dass zumindest diese Minimallösung zustande kommt. Sie sind aber in der Verantwortung. Die Latte liegt nun einmal bei 470 Millionen Euro. Diese Latte haben Sie ganz klar gerissen!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie haben sich selber - wie bei den Bundesjugendspielen - gedacht: Mensch, dann mache ich in einer anderen Altersklasse mit. Da, wo die Großen mitmachen, habe ich es nicht geschafft. Dann mache ich eben da mit, wo die Kleinen mitspringen können. - Diese kleine Latte bei 180 Millionen Euro haben Sie mit Hängen und Würgen und einer zitternden Latte über drei Jahre geschafft. Okay. Gott sei Dank. Da können wir froh sein.

(Heinz Rolfes [CDU]: Sie haben überhaupt nichts geschafft!)

Sie sollten sich aber bitte nicht hinstellen und das als großen Erfolg verkaufen, sondern auch ein bisschen Seriosität der Politik bewahren, ehrlich bleiben und zugeben: Wir haben es nicht geschafft, mit dem großen Nachdruck, der notwendig gewesen wäre, die ganze Lösung zu bekommen. - Das wäre die ehrliche Antwort.

Jetzt werden wir Sie daran messen, ob Sie nun wieder bereit sind, die Latte auf 470 Millionen Euro zu legen, und ob Sie es schaffen, diese Latte zu überspringen. Ich habe da noch große Sorge, meine Damen und Herren.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Thümler von der CDU-Fraktion das Wort.

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst ist es, glaube ich, sehr angebracht, insbesondere dem Ministerpräsidenten und auch Minister Bode herzlich dafür zu danken, dass wir diesen Teilerfolg erringen konnten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Lies, das, was Sie hier gerade als Selbstverständlichkeit dargestellt haben, haben Sie vor zwei Tagen noch kritisiert. Von daher sollten Sie vielleicht einmal im Protokoll nachlesen, was Sie vor zwei Tagen gesagt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Dann könnten Sie heute deutlich sagen: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident, dass Sie das geschafft haben. - Sie sollten sich einmal an das erinnern, was Sie gesagt haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben gerade über den gloriosen Herrn Tiefensee philosophiert.

(Johanne Modder [SPD]: Nein, das war Herr Möllring! - Weiterer Zuruf von der SPD: Über Herrn Ramsauer!)

Wir können feststellen: Sie haben hier bis 2003 Regierungsverantwortung getragen. Wenn ich mich recht erinnere, haben Sie auch darüber hinaus im Bund zum gleichen Zeitpunkt Regierungsverantwortung getragen.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Waren Sie da nicht dabei?)

Herr Lies, daher stellt sich doch folgende Frage: Warum haben Sie denn in Ihrer aktiven Regierungszeit, in der das Thema auch schon nicht nur virulent, sondern auch bekannt war, nicht dafür gesorgt, dass die Mittel für die Planung und die Umsetzung in den Verkehrshaushalt eingestellt werden? - Nichts ist da eingestellt worden! Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte noch einmal deutlich machen, wie es sich mit dieser Sache verhält. Wir können sagen, dass das in der Tat ein erster Teilerfolg ist.

(Johanne Modder [SPD]: Nicht mehr!)

Es muss auch weiter daran gearbeitet werden; da gibt es überhaupt kein Vertun. Wenn Sie aber wissen, meine Damen und Herren, wie diese Ver-

handlungen laufen - das müssten eigentlich einige von Ihnen wissen,

(Heinz Rolfes [CDU]: Das glaube ich nicht! Was wissen die denn schon?)

weil es ja erfahrene Politikerinnen und Politiker sind -, dann wissen Sie, dass es wirklich - der Ministerpräsident hat es mehrfach betont - Spitz auf Knopf gestanden hat, es überhaupt hinzubekommen.

Daher geht unser Dank auch an die verantwortlichen Bundespolitikerinnen und Bundespolitiker, die nämlich mit dafür gekämpft haben - gemeinsam mit der Landesregierung; mit Jörg Bode, mit David McAllister -, dass wir diese Mittel jetzt in der Haushaltsbereinigungssitzung in den Haushalt einstellen konnten. Das ist der Fakt. Deswegen können wir zu Recht stolz darauf sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Liebe Kollegen, nun zu Oldenburg. Natürlich ist diese Situation nicht befriedigend. Darüber sind wir uns vor Ort alle einig. Daran wird auch weiter zu arbeiten sein. Herr Adler, man kann aber nicht so tun, als ob man jetzt überhaupt nichts erreicht hätte. Nach dem, was Sie gesagt haben, wäre doch die Konsequenz: Wir streichen die 180 Millionen Euro auch und lassen es so, wie es ist. Das haben Sie hier nämlich gerade zum Ausdruck gebracht, Herr Adler.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir sollten uns alle - das ist auch die Bitte zum Schluss - nicht darin ergehen, uns mit Plattitüden zu beschäftigen und uns in Gloriosität und Ähnlichem aufzuhalten,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Dann feiern Sie das doch nicht so ab!)

sondern wirklich in der Sache mit den verantwortlichen Politikerinnen und Politikern in Berlin und anderswo sprechen. Da ist Ihre Truppe genauso gemeint wie unsere.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Dann hält man hier aber nicht solche Reden!)

Meine Damen und Herren, wir müssen jetzt dafür sorgen, dass in den nächsten Jahren die weiteren Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das ist vollkommen unstrittig.

Aber eines ist doch vollkommen klar: Das geht nicht, wenn Sie sagen - ich formuliere es ein biss-

chen salopp -, wir seien Waschlappen vor dem Herrn, weil wir nicht mehr durchsetzen konnten.

Sie haben überhaupt nichts einsetzen können! Die Bahn hat unter Ihrer Führung überhaupt nichts gemacht. Das ist doch die Wahrheit! Das müssen Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen abschließend dazu: Wir halten in dieser Frage Kurs. Uns liegen der JadeWeserPort und der Erfolg dieses einzigen deutschen Tiefwasserhafens sehr am Herzen. Deswegen werden wir alle unsere Kraft weiter darauf verwenden, dass der Hafen zu einem Erfolg wird und dass die Probleme, die im Vollzug damit einhergehen, auch gelöst werden. Das muss das Maß der Dinge sein und nicht das, was in Tagesreden sonst von irgendwem dazu gesagt wird. Das ist entscheidend.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Dürr von der FDP-Fraktion das Wort.

Christian Dürr (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Vor dem Hintergrund, dass alle SPD-Politiker, die man auch nur ansatzweise als Spitzenpolitiker in Niedersachsen bezeichnen könnte, bei diesem Projekt zu jedem Zeitpunkt auf ganzer Linie gescheitert sind, war Ihre Rede, Herr Lies, vollkommen abstrus - um das ganz deutlich zu sagen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Kollege Tanke, ich will auch deutlich sagen: Vor dem Hintergrund, dass die Menschen in der Region Erwartungen an die Bundesregierung in dieser Frage haben - das ist vollkommen richtig -, die sich mit den Entscheidungen des Haushaltsausschusses bestätigt haben,

(Detlef Tanke [SPD]: Nicht bestätigt haben!)

und vor dem Hintergrund, dass dieses Projekt die Lebensader für den JadeWeserPort ist, ist es umso bedauerlicher, wenn man jetzt vonseiten der SPD-Fraktion zu dieser Entscheidung einfach nur Lachen hört. Das können wir als CDU und FDP so

nicht akzeptieren. Wir freuen uns über diese Entscheidung, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es wird in dieser Debatte heute Morgen sogar so abstrus, dass ein Abgeordneter der Linken ernsthaft fordert, die Haushaltsmittel, die gestern eingestellt wurden, nicht anzunehmen. Das kann man wirklich nur noch als komplett irre bezeichnen - um das ganz klar zu sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der LINKEN - Johanne Modder [SPD]: Wenn Sie so weitermachen, sind Sie bei 3 %!)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Kollege, ich darf Sie einmal unterbrechen. Ich möchte Sie ernsthaft bitten, die letzte Formulierung zu überdenken und auch zu korrigieren.

Christian Dürr (FDP):

Natürlich, Herr Präsident. Ich habe mich da von meinen Emotionen leiten lassen. Ich bitte ausdrücklich um Entschuldigung.

Um es ganz klar zu sagen: Ich finde das schlicht und einfach - das passt zur Bahn - neben der Spur.

Herr Lies, Sie haben vorgestern alles schlechtgeredet, sodass man den Eindruck gewinnen konnte, als würden Sie ein erneutes Scheitern bei diesem Projekt geradezu herbeisehnen. Ihr Verhalten und Ihre Rede haben deutlich gemacht, dass dieser Eindruck von vorgestern vollkommen richtig war.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will es ganz klar sagen: Wir von CDU und FDP im Niedersächsischen Landtag danken dem Ministerpräsidenten David McAllister und dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister Jörg Bode für das, was sie in den letzten Tagen und Wochen in Berlin erreicht haben.

Sie sitzen lieber auf Schienen - wir bauen sie!

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Hermann Dinkla:

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Dr. Sohn gemeldet. Bitte!

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dürr, nur um das richtigzustellen: Das war natürlich nicht die Forderung von Hans-Henning Adler, sondern seine Forderung war, einen vernünftigen Ausbau in die Wege zu leiten.

Dieses kümmerliche Verhandlungsergebnis, das Sie hier präsentiert haben, ist tatsächlich eine lebensrettende Maßnahme für ganz Niedersachsen. Ansonsten hätte sich ganz Niedersachsen nämlich totgelacht. Das wäre die Alternative gewesen, die Sie mit Mühe und Not gerade noch einmal abgewendet haben. Niedersachsen hätte sich totgelacht über einen Hafen, der eine eingleisige Bahnstrecke gehabt hätte.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Nicht nur Niedersachsen, sondern ganz Deutschland!)

Sie jubeln jetzt in unendlicher Vieltracht und sagen: Seht, was wir für Helden sind! Wir haben verhindert, dass ein Hafen gebaut wird ohne weiteren Gleisusbau! - Das ist das, was Sie hier tun und wofür Sie sich bejubeln. Aber das ist lächerlich. Totgelacht hätte sich dieses Land, wenn diese kleine Summe nicht zustande gekommen wäre.

Diese Schablone schieben Sie vor das erbärmliche Ergebnis, dass es keine Elektrifizierung und keinen Lärmschutz gibt. Im Kern bedeutet das, dass Sie den Schlaf der Oldenburger Bürger für Ihre Buffetöffnung geopfert haben. Das ist der Kern Ihres Ergebnisses!

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Wie wollen Sie mit dieser Entscheidung umgehen? Sagen Sie, was Sie wollen!)

Präsident Hermann Dinkla:

Möchte die FDP-Fraktion Stellung nehmen? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich jetzt dem Kollegen Lies das Wort. Die Restredezeit für die SPD-Fraktion beträgt anderthalb Minuten.

(Reinhold Coenen [CDU]: Jetzt kommt endlich einmal ein Lob! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Olaf Lies (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn sich dieses Parlament gemeinsam in der angemessenen Bescheidenheit freuen wür-

de, dann wären wir, so glaube ich, in großer Einigkeit mit diesem Thema umgegangen.

(Zuruf von der CDU)

- Dafür braucht man keinen Applaus, das hat etwas mit Bescheidenheit zu tun.

Ich finde allerdings, dass das, was wir hier erlebt haben, etwas am Thema vorbeiging.

(Jens Nacke [CDU]: Das finde ich allerdings auch! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Sich dafür abzufeiern, ist unangemessen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich will es noch einmal sagen: Der JadeWeserPort ist ein sozialdemokratisches Projekt, hinter dem wir immer gestanden haben und immer stehen werden. Ohne uns würde es das Projekt gar nicht geben. Vielleicht muss man das noch einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und bei der FDP - Björn Thümler [CDU]: Das haben wir gesehen! Ihr seid Pharisäer!)

Zur Wahrheit gehört auch, einmal auf die Spitzenpolitiker zu kommen. Immerhin haben wir einen Staatssekretär aus Niedersachsen. Wer sich die Liste von gestern noch einmal ansieht, der wird feststellen, dass Niedersachsen nicht vorne liegt, dass der Norden nicht vorne liegt, sondern dass auch hier Projekte gestrichen wurden und dass es mit diesem Staatssekretär in dem Ministerium an einer solch entscheidenden Stelle und einer schwarz-gelben Landes- und einer schwarz-gelben Bundesregierung zu mehr nicht gereicht hat.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Das ist doch das Problem. Das muss man offen benennen. Und dann kann man sich, sehr geehrter Herr Thümler, in aller Bescheidenheit zurücknehmen und gemeinsam sagen: Wir sind froh, dass dieses Ergebnis erzielt wurde, aber wir hätten uns mehr gewünscht. - Wir hätten von einer Landesregierung auch mehr erwartet, auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Starker, anhaltender Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich stelle zunächst die **Beschlussfähigkeit** des Hauses fest. - Jetzt erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

David McAllister, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte nochmals hervorheben, dass die Elektrifizierung, die Streckenerüchtigung und der Lärmschutz natürlich weiterhin große Aufgaben sind.

(Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Sie haben sie nicht gelöst!)

An denen müssen wir auch unbestritten dranbleiben. Das müssen wir im Auge behalten. Ich glaube, jeder und jede von uns kann an seiner und ihrer Stelle einen Beitrag dazu leisten, auf diese Herausforderungen und auf einst gemachte Zusagen des Bundes hinzuweisen, wenn die Schienenwegeplanung in den nächsten Jahren entsprechend fortgeschrieben wird.

Ich möchte aber nochmals hervorheben - ich glaube, einige Vorredner der Opposition haben das noch nicht hundertprozentig richtig einordnen können -: Das, was wir gestern Nacht erzielt haben, ist ein wichtiger Teilerfolg. Das liegt auch darin begründet, dass der Bundesverkehrswegeplan im Bereich der Schiene erheblich unterfinanziert ist,

(Wolfgang Jüttner [SPD]: So ist das!)

und darin,

(Christian Meyer [GRÜNE]: Dass zu viel für Stuttgart 21 ausgegeben wurde! - Gegenruf von Björn Thümler [CDU]: So ein Quatsch!)

dass der vorherige Bundesverkehrsminister - ob man das gut findet oder nicht - immer Ankündigungen gemacht hat, ohne für eine entsprechende finanzielle Unterfütterung zu sorgen.

Dass wir jetzt diese etwa 180 Millionen Euro in drei Tranchen bekommen, war wirklich ein hartes Stück Arbeit. Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Lies, möchte ich die konstruktive Rolle von Staatssekretär Ferlemann ausdrücklich hervorheben. Ich möchte auch ausdrücklich zwei Abgeordnete des Deutschen Bundestages, Mitglieder des Haushaltsausschusses, aus Niedersachsen hervorheben, nämlich Georg Schirmbeck aus dem Landkreis Osnabrück und Claudia Winterstein aus Hannover. Sie haben in den letzten Stunden bei diesen ganz schwieri-

gen Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages sehr wertvolle Arbeit geleistet.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lies?

David McAllister, Ministerpräsident:

Nein.

(Detlef Tanke [SPD]: Schade, das wäre interessant geworden!)

Und noch etwas, weil von der Opposition hier zum Teil behauptet wurde, das, was ich heute Morgen bekannt gegeben habe, sei selbstverständlich. Herr Kollege Lies, wenn es so selbstverständlich ist, warum waren denn dann gestern die Bürgermeister und Landräte aus der Region nochmals in Berlin?

(Olaf Lies [SPD]: Weil Sie es nicht geschafft haben, dafür zu sorgen, dass das Geld zur Verfügung gestellt wird! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Weil Sie Ihren Job nicht gemacht haben! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Wenn das alles so selbstverständlich ist, warum haben Sie mir vorgestern Abend vorgeworfen, dass ich meiner Präsenzpflicht hier im Landtag nachkommen würde? Sie haben ja behauptet, ich sollte auch nach Berlin reisen. Wissen Sie, Aktivismus ist das eine, aber mit den richtigen Leuten zur richtigen Zeit über die richtigen Inhalte zu verhandeln, das zeichnet diese Niedersächsische Landesregierung aus.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Olaf Lies [SPD]: Sie haben keine Lösung erzielt! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Aber woher wollen Sie die richtigen Leute nehmen? Dann muss man sie auch haben! - Dr. Manfred Sohn [LINKE]: Sie verkaufen Ihr Pflichtprogramm als Kür! - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Deshalb freue ich mich, deshalb freuen sich die Abgeordneten von Union und FDP und die Landesregierung über diesen ersten wichtigen Teilerfolg. Meine Damen und Herren, ich finde, das gesamte Haus sollte sich ausnahmsweise einmal

über diesen Erfolg freuen. Dazu müssten Sie doch jetzt in der Lage sein!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Hermann Dinkla:

Nach § 71 Abs. 3 der Geschäftsordnung erteile ich der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zusätzliche Redezeit. Herr Kollege Wenzel, Sie haben anderthalb Minuten. Bitte!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, dieser Notnagel erspart Ihnen in der Tat die größte Blamage, nämlich einen Spatenstich in einem Hafen mit einer einspurigen Schienenanbindung.

(Minister Jörg Bode: Wieso Spatenstich? Das ist doch längst erledigt! - Wilhelm Heidemann [CDU]: Herr Wenzel, wovon reden Sie? - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Hermann Dinkla:

Ein Gespräch zwischen Redner und Regierungsbank findet hier nicht statt. - Herr Kollege, ich bitte Sie, jetzt in Ihren Ausführungen fortzufahren.

(Unruhe)

- Sie können sich einen Moment zurückhalten, Herr Kollege. Wir warten darauf, dass im Plenarsaal mehr Ruhe einkehrt. - Jetzt können Sie fortfahren.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Ministerpräsident, was wir von Ihnen erwarten

(Reinhold Coenen [CDU]: Waren Sie schon einmal da? - Gegenruf von Olaf Lies [SPD]: Das ist euer Niveau!)

- natürlich war ich da! -, ist ein Stufenplan, der deutlich macht, wann die Elektrifizierung und wann die weiteren Maßnahmen kommen. Sie werden das nur erreichen, wenn Sie sich auch darüber Gedanken machen, was sonst noch in der Infrastruktur notwendig ist.

Der Bundesverkehrswegeplan ist ein wunderbarer Wunschzettel. In ihm werden ungefähr dreimal so viele Projekte aufgeführt, wie finanzierbar sind.

(Christian Dürr [FDP]: Wie war es denn zu rot-grünen Zeiten?)

Die Priorität, die Ihr Bundesverkehrsminister setzt, setzt er nicht nach Effizienz, sondern nach regionalen Gesichtspunkten, unter anderem im Süden und in der Mitte Deutschlands, wo viele große Verkehrsprojekte völlig aus dem Ruder laufen. Ich nenne nur Stuttgart 21, das mittlerweile doppelt oder sogar dreimal so viel kostet wie projektiert.

Sie haben hier oben viel zu viel angemeldet und können sich nicht einigen, welche Projekte Priorität haben. Jetzt fällt die Investition hier im Hafen in eine Zeit, in der ganz offenbar nicht das Notwendige zur rechten Zeit getan wird. Insofern sage ich Ihnen: Sie müssen jetzt den Plan vorlegen, der deutlich macht, welche weiteren Maßnahmen in welchen Zeiträumen kommen. Ansonsten stehen wir am Ende als Niedersachsen insgesamt vor einer sehr blamablen Situation.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Damit rufe ich **Tagesordnungspunkt 37** auf:

Erste Beratung:

Die flächendeckende medizinische Versorgung sichern - Gestaltungsmöglichkeiten der Länder stärken - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2985

Zur Einbringung erteile ich dem Kollegen Schwarz von der SPD-Fraktion das Wort.

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben im Oktober-Plenum gemeinsam einen Antrag zur hausärztlichen Versorgung verabschiedet. Ich bin mir eigentlich sicher, dass es zwischen diesem und dem von uns heute vorgelegten Antrag keine Differenzen geben kann. Er hat nämlich 1 : 1 den Beschluss der Gesundheitsministerinnen- und -ministerkonferenz vom 1. Juli dieses Jahres unter Vorsitz der niedersächsischen Gesundheitsministerin Frau Özkan zur Grundlage. Der Beschluss wurde einstimmig, also mit 16 : 0 gefasst. Frau Özkan hat in den vergangenen Tagen bereits mehrfach auf diesen Beschluss der Gesundheitsministerinnen- und -ministerkonferenz verwiesen.

Wir halten es deshalb für konsequent und wichtig, dass auch das Parlament die Landesgesundheitsministerinnen und -minister ausdrücklich in ihrer Position unterstützt. Immerhin geht es um nicht mehr und nicht weniger als um die Absicherung der medizinischen Daseinsvorsorge für unsere Bürgerinnen und Bürger und, damit verbunden, um die berechtigten Interessen und die Möglichkeit der Länder, die Sicherung und Verbesserung von Vorsorgestrukturen auch durchsetzen zu können.

Offenkundig, meine Damen und Herren, hat es der Bundesgesundheitsminister nicht so eilig. Trotz der einhelligen Meinung und Positionierung der Länder wurde erst einmal eine Kommission eingesetzt, die frühestens Mitte nächsten Jahres Ergebnisse vorlegen soll. Wir fragen uns: Was soll angesichts des vorliegenden Sachverhaltes diese Verzögerung durch den Bund?

(Zustimmung bei der SPD)

Wir wissen um die schwierige Problematik der hausärztlichen Versorgung, gerade und vor allem hier in Niedersachsen. Frau Özkan hat Recht, wenn sie in ihrer Pressemitteilung feststellt, dass es „zünftig zu strukturellen Entscheidungen kommen“ muss.

Meine Damen und Herren, aufwendige Arbeitskreise sind nach unserer Ansicht nur eine durchsichtige Verzögerungsstrategie des Bundes. Was die Landesgesundheitsminister beschlossen haben, kann 1 : 1 in ein Gesetzgebungsverfahren gegeben werden. Wenn der Bundesrat das noch mit Druck unterstützen muss, weil die Bundesregierung nicht von sich aus tätig wird, dann halten wir es für zwingend, dass der Landtag heute noch einmal eindeutig sagt: Wir unterstützen diese Position. Sehr geehrte Bundesregierung, kommen Sie bitte in dieser Frage schnell in die Strümpfe!

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich finde, es kann nicht sein - es ist auch nicht schlüssig -, dass wir hier ständig gemeinsam zu Recht den Hausärztemangel beklagen - im Übrigen als das bekanntlich am stärksten betroffene Bundesland - und dann die Bundesregierung auf die Bremse tritt, allen voran Herr Rösler. Es ist höchste Zeit, dass die Länder endlich an den Beratungen des Gemeinsamen Bundesausschusses zu Fragen der Bedarfsplanung in der ambulanten Versorgung einschließlich der sektorenübergreifenden Versorgung zwingend beteiligt werden.

Wir brauchen dringend eine regionalisierte, deutlich kleingliedrigere Bedarfsplanung, als wir das gegenwärtig haben.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, um das einmal an einem Beispiel klar zu machen: Was nützen uns eigentlich Versorgungsbereiche analog unseren Landkreisgrenzen, wenn der Großteil der niedergelassenen Ärzte in der Kreisstadt sitzt und im Umland Kassenarztsitze nicht besetzt werden können? Dann gilt dieser Bereich als versorgt! Aber das Problem ist in keinsten Weise gelöst, insbesondere nicht für die Patientinnen und Patienten, die immobil sind, alt sind und gesundheitlich so angeschlagen sind, dass sie überhaupt keine Möglichkeit haben, die entsprechenden Ärzte zu erreichen.

Diese Versorgungsstrategie und diese Einteilung von abzudeckenden Bereichen sind falsch. Sie muss kleingliedrig verändert werden. Das geht nur mit massiver Unterstützung durch die Landesplanung, die hier bisher null Chance hat, sich auch nur ansatzweise einbringen zu können, geschweige denn, irgendetwas beschließen zu können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Ich will ergänzend sagen: Vor allen Dingen die Forderung nach sektorenübergreifender Versorgung, im Übrigen einschließlich der dazu gehörigen Budgets, ist eine jahrelange gesundheitspolitische Forderung der SPD und der Grünen. Jahrelang hat die CDU auch in diesem Haus diese Forderung abgelehnt. In ihrer Pressemitteilung vom 25. Oktober dieses Jahres stellt die Ministerin fest:

„Um eventuelle Doppelstrukturen, Reibungsverluste und Kosten zu vermeiden, wollen die Länder stärker auf sektorübergreifende Planung setzen. ... Ambulante und stationäre Versorgung sollen in Zukunft besser verzahnt werden.“

Meine Damen und Herren, diesen Sinneswandel der Union begrüße ich außerordentlich.

(Beifall bei der SPD)

Das sind 1 : 1 bisher leider nur unsere Argumente gewesen. Frau Özkan, ich sage Ihnen zu, wenn Sie in der Koalition diesbezüglich noch Überzeu-

gungsarbeit leisten müssen, sind wir an dieser Stelle gerne zur Unterstützung bereit.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, bisher waren im Gesundheitswesen immer nur die Akteure zur Zusammenarbeit bereit, denen es wirtschaftlich nicht so gut ging und die sich daraus eine verbesserte Einnahmesituation versprochen haben. Die anderen haben in der Regel den Untergang des Abendlandes vorhergesagt und im Zweifel den Mitakteuren im Gesundheitswesen sogar die fachliche Qualifikation abgesprochen - vor allem dann, wenn es um die Neuverteilung des finanziellen Kuchens ging.

Meine Damen und Herren, die Verteilungskämpfe im Gesundheitswesen sind in Wirklichkeit seit Jahrzehnten der größte Kostentreiber, und im Übrigen nicht die demografische Entwicklung. Darauf sollte hin und wieder hingewiesen werden.

(Beifall bei der SPD)

Das wird übrigens auch das zentrale Problem sein, wenn es um die jetzt schon mehrfach von der Ministerin angekündigte Bildung von Gesundheitsregionen in Niedersachsen geht. Wir brauchen dringend die sektorenübergreifende Verzahnung von ambulanten, stationären und pflegerischen Angeboten, und zwar nicht nur aus Kostengründen, sondern vor allem zur Sicherung der medizinischen Versorgung, allemal in der Fläche. Bisher war es in etlichen Regionen unseres Landes noch nicht einmal möglich, den ärztlichen Bereitschaftsdienst am Wochenende zwischen niedergelassenen Ärzten und den örtlichen Krankenhäusern zu verzahnen. Warum? - Dabei ging es simpel um Geld. Da wurden Wochenenddienste lieber verkauft und die Einsatzbereiche im Bereitschaftsdienst deutlich vergrößert. Die Folgen sind kostspielige, völlig unnötige Einsätze des Rettungsdienstes. Das, meine Damen und Herren, ist eine unnötige Aufblähung der Gesundheitskosten.

(Beifall bei der SPD)

Oder ein anderes, uns vielfach bekanntes Phänomen: Am Wochenende steigt die Zahl der Krankenhauseinweisungen aus Pflegeheimen stark an. Dies ist häufig der Tatsache geschuldet, dass an Wochenenden in Pflegeheimen Pflegepersonal nicht im ausreichenden Umfang vorgehalten wird. Dann erfolgt die Einweisung ins Krankenhaus, meistens mit dem Hinweis „Flüssigkeitsmangel“. Am Montag kehren dann die Bewohnerinnen und Bewohner wieder zurück. Auch an dieser Stelle

wäre eine vernünftige sektorenübergreifende Verzahnung für alle ausgesprochen hilfreich und nützlich, meine Damen und Herren.

Allein deshalb - das sage ich im vollen Ernst -, unterstützen wir die Idee des Sozialministeriums zu Gesundheitsregionen. Allerdings möchte ich dazu zwei Anmerkungen anbringen:

Erstens. Ich hoffe, dass die Regionen nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten und auch nicht nach Interessenlagen einzelner Leistungserbringer ausgewählt werden. Ich sage das, weil ich in der HAZ vom 26. Oktober schon lesen konnte, welche Regionen nach Auffassung der Kassenärztlichen Vereinigung infrage kommen. Ich meine, hier sollten andere Kriterien als die Interessen der Leistungserbringer im Vordergrund stehen, um das einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Petra Tiemann [SPD]: Genau so ist es!)

Meines Erachtens - da hätten Sie uns an Ihrer Seite - müsste eine Region mit einem deutlich unterversorgten Bereich ausgewählt werden, ein strukturschwacher Bereich, ein Bereich mit deutlichem Bevölkerungsrückgang und ein Bereich in einem Ballungsgebiet. Dann hätte man objektive Vergleichskriterien, wenn es an die Auswertung geht und an die Frage, wie man das auf Niedersachsen umlegt.

Drittens - auch das sage ich Ihnen, Frau Ministerin - fand ich es nicht glücklich, dass Sie gestern den zufällig auf dem Parlamentarischen Abend der AOK anwesenden Abgeordneten durch Ihren Redebeitrag mal so eben den Sachstand in der geplanten Frage Gesundheitsregionen mitgeteilt haben. Wenn Sie wirklich die Unterstützung aller Abgeordneten des Hauses haben wollen, dann hätte ich es besser und zielführender gefunden, wenn Sie wenigstens den zuständigen Fachausschuss in Gänze über den derzeitigen Sachstand informiert hätten.

(Beifall bei der SPD - Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Genau!)

Viertens. Regionale Gesundheitspolitik kann ein Land nur mit landesunmittelbaren Krankenkassen planen und durchsetzen. Deshalb im Nachgang zu unserer Debatte vom Mittwoch zur Bürgerversicherung: Niedersachsen kann kein Interesse daran haben, dass landesunmittelbare Krankenkassen wie die AOK durch Zusatzbeiträge und Kopfpauschalen Wettbewerbsnachteile und Existenzprob-

leme bekommen. Wenn das passieren würde und wenn sie durch Fusionen auch noch bundesunmittelbare Versicherungsträger würden, dann ist es mit der Gestaltung von Landesgesundheitspolitik zu Ende, meine Damen und Herren. Auch unter diesen Gesichtspunkten sollten Sie sich die Reform von Herrn Rösler einmal sehr genau angucken.

Ich komme zum Schluss: Ich biete Ihnen hinsichtlich der Gesundheitsregionen wirklich die Zusammenarbeit an, dann aber bitte anders, als das gestern geschehen ist.

Was den vorliegenden Antrag betrifft, beantrage ich sofortige Abstimmung. Auch die Mehrheitsfraktionen werden heute etwas mittragen können, was das Land Niedersachsen bereits in der Gesundheitskonferenz unter dem Vorsitz unserer Ministerin wortgleich mitbeschlossen hat.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und Zustimmung von Patrick-Marc Humke-Focks [LINKE])

Präsident Hermann Dinkla:

Ich erteile dem Kollegen Krumfuß von der CDU-Fraktion das Wort.

Klaus Krumfuß (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die demografischen, ja, die gesellschaftlichen Veränderungen und die weitere Morbiditätsentwicklung werden zu erhöhten Anforderungen an die medizinische Versorgung insgesamt, vor allem aber - da gebe ich dem Kollegen Schwarz recht - der Primärversorgung führen. Eine ausreichende medizinische Versorgung der Bevölkerung ist *eine* Bedingung für eine gute, wirtschaftliche und vor allem soziale Entwicklung im ländlichen Raum.

Aus unserer Sicht kann der Weg weder sein, alle Leistungserbringer in die Bedarfsplanung einzubeziehen, noch einzelne Bereiche davon auszuschließen. Wir müssen weg von den reinen Verhältniszahlen hin zu einer Morbiditätsorientierung. Ich meine, das macht Sinn.

Der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion sieht vor, dass die Niedersächsische Landesregierung aufgefordert werden soll, eine Bundesratsinitiative zur Stärkung der Gestaltungsmöglichkeiten der Länder in der medizinischen Versorgung zu starten.

Ich komme auf Folgendes zurück, Kollege Schwarz: Am 1. Juli 2010 ist in der GMK in großer Einmütigkeit, nämlich 16 : 0, ein Beschluss gefasst worden.

(Petra Tiemann [SPD]: So ist es! - Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Deshalb können Sie unserem Antrag nur zustimmen!)

Man hat sich darauf verständigt, eine Arbeitsgruppe mit Staatssekretärinnen und Staatssekretären aus den einzelnen Gesundheitsministerien der Bundesrepublik Deutschland zu gründen. Diese Arbeitsgruppe - da sind wir bei der Geschwindigkeit, Kollege Schwarz - hat es geschafft, dass die erarbeiteten Dinge in der Sondersitzung der GMK am 25. Oktober 2010 in den Beschluss mit eingearbeitet werden konnten. Dass Sie mit diesem Beschluss einverstanden sind, hat mir Ihr Antrag gezeigt, weil sich nahezu alle Spiegelstriche wortgleich dort wiedergefunden haben,

(Johanne Modder [SPD]: Dann können Sie ja zustimmen! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Dann können wir ja einmal einen einstimmigen Beschluss fassen!)

bis auf die Nr. 1, bei der es leichte Abweichungen gibt. Das muss ja nicht negativ sein; das wollte ich damit gar nicht sagen. Aber wenn man von Geschwindigkeit spricht und weiß, wie lange Bundesratsinitiativen dauern können, dann muss man darüber nachdenken, ob das wirklich der richtige Weg ist.

Ich habe in den letzten Tagen mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern telefoniert, um einmal deren Meinung zu hören.

(Petra Tiemann [SPD]: Wir sind aber schon in Niedersachsen, oder?)

Sie haben gesagt, dieses Ausscheren von Niedersachsen würden sie nicht verstehen; denn wir alle seien auf einem guten Weg. Auch der zuständige Bundesminister hat ein eindeutiges Signal gegeben.

(Uwe Schwarz [SPD]: Ein anderes!)

Deshalb, so meine ich, sollten wir mit großer Freude das einmütige 16 : 0-Ergebnis der Sonder-GMK vom 25. Oktober positiv werten.

Alle Länder haben sich für die Einrichtung der Kommission entschieden. Wenn man, von nächstem Jahr ausgehend, ein halbes Jahr hinzurech-

net, dann glaube ich kaum, dass die Bundesratsinitiative schneller sein könnte.

Der Beschluss der Sonder-GMK geht vom Inhalt her weit über das Anliegen der Entschließung der SPD-Landtagsfraktion hinaus.

(Petra Tiemann [SPD]: Noch ein Argument mehr!)

Deshalb möchte ich darum bitten, Herr Kollege Schwarz, dass wir uns darauf verständigen, der Kommission jetzt die Arbeit zu ermöglichen. Wenn wir Mitte nächsten Jahres ein Ergebnis haben, dann sollten wir vielleicht gemeinsam über dieses Ergebnis nachdenken. Ich meine, wir sollten keinen Sonderweg gehen, sondern wir sollten der Kommission die Möglichkeit der Arbeit geben.

(Beifall bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Frau Özkan allein zu Haus!)

Präsident Hermann Dinkla:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Schwarz von der SPD-Fraktion das Wort.

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Krumfuß, Sie müssen sich schon entscheiden: Entweder ist unser Antrag nahezu wortgleich - das war eine Ihrer Formulierungen -, oder er geht weit über den GMK-Beschluss hinaus. Sie haben gesagt, das, was die Minister beschlossen hätten, gehe weiter über ihn hinaus. Nur eines kann stimmen.

Richtig ist: Er ist bewusst wortgleich. Wenn Sie meiner Rede zugehört hätten - ich unterstelle, dass Sie zugehört haben -, dann hätten Sie gemerkt, dass wir genau dieses Angebot gemacht und gesagt haben: Wir bringen das, was die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister beschlossen haben, 1 : 1 hier ein, weil wir der Auffassung sind, dass sich auch einmal ein Parlament dazu positionieren und eine Regierung dabei unterstützen sollte. So einfach ist das.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung von Patrick-Marc Humke-Focks [LINKE])

Hier geht es nämlich ganz simpel darum - wir sind doch überhaupt nicht im Gegensatz -, der Ministerin zu sagen: Das ist ein Weg, der vom gesamten Parlament getragen wird. - Das war nicht immer so. Sie waren nicht immer auf der Position, eine sektorenübergreifende Versorgung sicherzustellen.

Aber wenn das jetzt so ist, dann lassen Sie uns das beschließen. Dann kann das unterstützt werden. Dann hat die Ministerin nämlich eine ganz andere zusätzliche Handlungsunterstützung als bisher. Dann ist das kein Placebo, sondern ein ganz normaler parlamentarischer Vorgang, es sei denn, man will sich aus der Debatte verabschieden. Wir wollen das nicht, wir wollen da helfen.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Präsident Hermann Dinkla:

Ich frage die CDU-Fraktion, ob sie antworten möchte. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann erteile ich der Kollegin Helmhold von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

Ursula Helmhold (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wir begrüßen den vorliegenden Entschließungsantrag der SPD-Fraktion und somit auch den Beschluss der GMK, weil er wirklich einen entscheidenden Schritt weiter gegangen ist und etwas umsetzt, was schon sehr lange grüne Politik und immer grüne Forderung gewesen ist, nämlich die Sektorengrenzen im Gesundheitswesen, die wirklich sehr dazu beigetragen haben, dass sich sehr wenig bewegen konnte, endlich aufzulösen. Wir haben in den vergangenen Monaten hier im Parlament immer wieder darüber diskutiert, wie die Sicherstellung eigentlich funktionieren kann, nachdem wir festgestellt haben, dass sie leider innerhalb der derzeitigen Rahmenbedingungen über die KV nicht mehr funktioniert.

Wir können den Menschen vor Ort nicht erzählen: Ihr seid statistisch in eurem Landkreis prima versorgt. Aber die Ärzte sitzen alle in der Kreisstadt. Für diejenigen, die außerhalb wohnen, kann die Versorgung deshalb nicht mehr gewährleistet werden. - Das begreift kein Mensch. Deswegen muss es andere Kriterien für die flächendeckende ambulante Versorgung geben. Ich finde, es liegt sehr nahe, die Länder, aber auch die Kommunen an dieser Stelle zu beteiligen. Die Kommunen dürften nicht am Katzentisch sitzen. Denn es sind die Politiker vor Ort, die Landräte, die Kommunalpolitiker, die von den Menschen gefragt werden „Wie sollen wir denn zum Arzt kommen?“, aber überhaupt keine Einflussmöglichkeiten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Der Antrag spiegelt auch wider, dass in der Zwischenzeit eine ganze Reihe von neuen Vertragsformen, von Praxisnetzen bis hin zur integrierten Versorgung, gewachsen ist, mit denen versucht wird, das Problem der zweigeteilten Versorgung zu überwinden. Wir erhoffen uns schon seit Langem die Überwindung dieser Grenzen.

(Vizepräsident Dieter Möhrmann übernimmt den Vorsitz)

Ich finde es auch richtig, dass der Antrag thematisiert, dass man sich mit der abnehmenden Aufsichtszuständigkeit der Länder beschäftigen muss. Denn wenn die Fusionen der Krankenkassen so weitergehen, wird das Land aufsichtsrechtlich bald überhaupt nichts mehr zu melden haben.

An zwei Punkten halte ich also eine Änderung für sinnvoll: Zum einen sollte die Beteiligung der Kommunen mit aufgenommen werden, und zum anderen sollten auch die Patientenvertretungen in diesen Prozessen nicht außer Acht gelassen werden. Aber über den Antrag soll heute abgestimmt werden. Das finde ich richtig; wir können ihm so zustimmen. Dabei kann ich Sie überhaupt nicht verstehen: Wir als Parlament möchten der Ministerin sozusagen den Rücken gerade machen

(Dr. Gabriele Andretta [SPD]: Schlimm genug, dass wir das machen müssen!)

und sagen: Wir als Niedersächsischer Landtag finden es in großer Breite richtig, was da beschlossen wurde, und möchten, dass es weitergeht, dass eine Bundesratsinitiative gestartet wird. - Das dürfte Ihren Interessen doch eigentlich überhaupt nicht zuwiderlaufen. Da könnten Sie sich doch eigentlich anschließen. Wir wollen uns doch hier nicht zurücklehnen und sagen: Macht ihr das mal im Bundesrat, und sagt uns dann, was dabei rausgekommen ist. - Vielmehr hat dieses Parlament doch jedes Recht der Welt, sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Insofern finde ich es sehr gut, wenn wir diesen Antrag heute auf den Weg bringen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die FDP-Fraktion hat sich der Kollege Riese zu Wort gemeldet.

Roland Riese (FDP):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schwarz hat zutreffenderweise vorgetragen, dass die Ergebnisse der Gesundheitsministerkonferenz wegen der Fülle der Aufgaben im Fachausschuss noch nicht vorgetragen werden konnten. Insofern finde ich es nicht überaus kollegial von Ihnen, Herr Schwarz, wenn Sie hier heute diesen Antrag zur sofortigen Abstimmung einbringen, sodass vorher keine Erörterung unter den Fachpolitikern möglich ist.

Aber da Sie zu Recht vorgetragen haben, dass der Text des Antrages inhaltlich dem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz entspricht, werden wir die sofortige Abstimmung durchführen, bitten Sie allerdings, noch einer Änderung zuzustimmen. Denn bei diesem Stand des Verfahrens ist es eigentlich unnötig, dass der Landtag die Landesregierung auffordert, eine Bundesratsinitiative mit einem solchen Ziel zu starten.

(Oh! bei der SPD)

Richtig müsste es heißen - das ist ja eigentlich auch Ihr Ansatz -: „Der Landtag begrüßt den einstimmigen Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 25. Oktober 2010 und bittet die Landesregierung ...“ Und dann geht es so weiter, wie es dort steht. Das wäre eine gute Form im Umgang miteinander, die Sie hier auch erbeten haben.

(Helge Limburg [GRÜNE] lacht)

Wenn wir uns auf diese Änderung verständigen können, dann können wir heute sofort über den Antrag abstimmen. Wenn das nicht möglich ist, muss er in den Ausschuss überwiesen werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Johanne Modder [SPD]: An so etwas
machen Sie das jetzt fest?)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die Fraktionen können sich ja in der Zwischenzeit Gedanken darüber machen, ob das geht. - Als nächste Wortmeldung rufe ich die von Herrn Humke-Focks von der Fraktion DIE LINKE auf. Bitte schön!

Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf die gute Form des Miteinanders, die Herr Riese angemahnt hat, möchte ich jetzt nicht näher eingehen.

Wann immer wir uns mit dem Thema Gesundheitsversorgung in Niedersachsen auseinandergesetzt haben, war die flächendeckende medizinische Versorgung in unserem Flächenland das Thema. So war es auch in dem Antrag meiner Fraktion zur Zukunft der Pflege in Niedersachsen.

Es ist zweifellos richtig: Die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder sind dringend auszubauen. Ohne zusätzliche Handlungskompetenzen wird das Land seinem Verfassungsauftrag hinsichtlich der Gesundheitsversorgung immer weniger gerecht werden können.

Genau das habe ich in dieser Woche auch beim Thema Neonatologie angesprochen. Ich empfehle Ihnen - das nur als Nebensatz - die Lektüre der heutigen Ausgabe des *rundblicks* hierzu.

(Zustimmung von Kreszentia Flauger
[LINKE])

Denn es kann nicht angehen, dass der G-BA, der Gemeinsame Bundesausschuss, Entscheidungen fällt, auf die die Länder keinen Einfluss haben, obwohl sie für die Gesundheitsversorgung zuständig oder, genauer gesagt, verantwortlich sind. Ich muss aber auch feststellen, dass sich die Länder im Gesamtkontext der Gesundheitsversorgung zum Teil selbst entmachtet haben. Ich spreche u. a. von der Privatisierungswelle im Gesundheitswesen, von der Privatisierung der Landeskrankenhäuser oder auch von den Privatisierungstendenzen in der Pflege.

(Beifall bei der LINKEN)

Was den gewünschten Zuwachs an Gestaltungsmöglichkeiten der Länder angeht, so komme ich noch einmal konkret auf den Antrag der SPD-Fraktion zurück. Dass der Einfluss der Länder ausgebaut werden muss, ist richtig und vollkommen klar. Insoweit stimmen wir diesem Antrag uneingeschränkt zu. Allerdings werden wir in der Beratung im Ausschuss, die, wie ich befürchte, zustande kommt - wir unterstützen natürlich den Antrag auf sofortige Abstimmung -, noch einmal darüber diskutieren können - oder vielleicht auch im Anschluss -, ob die Forderung der SPD-Fraktion unter Nr. 2, nämlich die Forderung nach einem Mitberatungsrecht und einem Recht auf Anwesenheit bei den Beschlussfassungen des G-BA, ausreicht.

Meine Frage hierzu lautet - vielleicht besteht noch die Möglichkeit der Beantwortung -: Wäre es nicht im Sinne des Anliegens viel konsequenter, an dieser Stelle ein Mitbestimmungsrecht oder gegebene

nenfalls ein Vetorecht der Länder in diesem Beschlussfassungsorgan zu verankern? - Ich weiß - darauf haben Sie hingewiesen, Herr Schwarz -, Sie haben den Beschluss der GMK 1 : 1 übernommen. Aber diese Frage ist für uns noch offen. Nichtsdestotrotz stimmen wir dem Antrag auf sofortige Abstimmung zu.

Ich komme noch einmal zu einer grundlegenden Frage, nämlich der der Demokratisierung des G-BA. Seit Langem wird die Legitimität dieses Organs, das der normalsterbliche Patient nicht einmal kennt, von vielen kritischen Stimmen infrage gestellt. So sitzen etwa seit 2004 dem G-BA Patientenvertreter bei. Allerdings haben sie kein Stimmrecht. Seit Juli 2008 tagt das Plenum des G-BA öffentlich. Dies ist zweifellos ein Fortschritt, aber noch lange keine grundlegende Weichenstellung auf dem Weg hin zu einem demokratischen Selbstverwaltungsorgan. Die konkrete Ausgestaltung einer möglichen Bundesratsinitiative ist in der Zukunft also noch genauer zu diskutieren und zu beraten. Aber wir stimmen der grundsätzlichen Intention des Antrags zu.

Jetzt noch kurz zu der Wortakrobatik von Herrn Krumfuß im Auftrag der CDU-Fraktion: Ihre Ausführungen waren voll von Widersprüchen, und Sie haben es auch nicht geschafft, einen zweifelsfreien Grund dafür zu vermitteln, dass heute nicht über diesen Antrag abgestimmt werden sollte. In dem Antrag sind die Beschlüsse der GMK 1 : 1 übernommen worden; das haben Sie eingeräumt. Dieser Antrag bedeutet kein Ausscheren Niedersachsens, sondern er unterstützt die Absicht der GMK. Also geben Sie sich einen Ruck, und lassen Sie hier nicht den Eindruck stehen, dass Sie mit Ihrer Akrobatik auf den Hosenboden gefallen sind!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Schwarz von der SPD-Fraktion das Wort.

Uwe Schwarz (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich nur gemeldet, weil Herr Humke-Focks mir eine Frage gestellt hat, die ich beantworten möchte.

Natürlich ginge es noch weiter, wenn man Mitbestimmungskomponenten in den Antrag einbauen

würde. Aber ich sage Ihnen ganz offen: Das, was jetzt in dieser Einmütigkeit zwischen A- und B-Ländern erreicht wurde, ist ein Riesenschritt nach vorn. Deshalb sind wir der Auffassung, dass das hier 1 : 1 bestätigt werden sollte.

Allein die Tatsache - wenn das denn durchzusetzen ist -, dass die Länder zukünftig im Rahmen der Vertragsgestaltung auch von bundesunmittelbaren Versicherungsträgern mit einbezogen werden müssen und so prüfen können, ob das Länderrecht konterkariert wird bzw. ob an dieser Stelle das Länderrecht unterstützt, ist eine noch nie dagewesene Möglichkeit, Landesgesundheitspolitik konstruktiv nach vorne zu planen. Wenn das erst einmal gelingt, ist es toll.

Das, was Sie noch eingefordert haben, kann man später vielleicht in einem weiteren Schritt gemeinsam voranbringen. Ich glaube, zurzeit wäre es eine Überforderung und würde sich in die Intention unseres Antrags nicht mehr entsprechend einpassen lassen.

(Beifall bei der SPD - Patrick-Marc Humke-Focks [LINKE]: Danke für die Antwort!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Eine Erwiderung wird nach meiner Erkenntnis nicht gewünscht. - Dann darf ich den nächsten Redner aufrufen. Das ist Herr Krumfuß von der CDU-Fraktion.

Klaus Krumfuß (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Humke-Focks, ich finde es irgendwie nicht in Ordnung, wie Sie vorgehen. Ich habe noch Restredezeit, und Sie wissen gar nicht, was wir vielleicht noch dazu sagen wollen und wie wir über die sofortige Abstimmung denken. Aber erst einmal pauschal in die Fraktion, die Sie wahrscheinlich nicht so gernhaben, einen reinzusetzen, finde ich nicht gut.

(Beifall bei der CDU - Kreszentia Flauger [LINKE]: Er hat eine Befürchtung geäußert!)

Wenn wir heute feststellen, dass wir das, was dieser Beschluss inhaltlich widerspiegelt, zum Teil in großer Einmütigkeit so sehen, dann - so denke ich - sollten wir, ohne den einen oder anderen noch mal ganz schnell anzukacheln - nicht zugehört, nicht aufgepasst, Gegensätzliches gesagt -, Gemeinsamkeiten entwickeln. Herr Kollege

Schwarz, ich gebe Ihnen in dieser Weise recht: Wir sollten heute sofort abstimmen; denn mit dem Ergebnis, das vorliegt, kann man wirklich sehr gut leben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Humke-Focks gemeldet. Bitte schön!

Patrick-Marc Humke-Focks (LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Krumfuß, dann müssen Sie Ihre Rede im ersten Block aber so vortragen, dass Sie entsprechende Signale ausenden. Das haben Sie nicht getan. Ich bin froh, dass Sie den Argumenten der Opposition offensichtlich folgen mussten, um sich nicht der Lächerlichkeit preiszugeben, gegen die Beschlüsse der eigenen Leute in der Gesundheitsministerkonferenz zu stimmen.

(Widerspruch bei der CDU - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Das kann man sich doch schenken! - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Unerträglich!)

Ich bin froh, dass wir heute zu einem einstimmigen Beschluss kommen und dass Sie unserer Aufforderung gefolgt sind. Es ist mir eine besondere Genugtuung, dass Sie unseren Argumenten folgen mussten und entsprechend abstimmen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der FDP: Wir müssen gar nichts! Wir sind frei gewählte Abgeordnete!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, ich sehe nicht, dass die CDU-Fraktion antworten möchte. - Dann darf ich jetzt Frau Ministerin Özkan das Wort geben. Bitte schön!

Aygül Özkan, Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich begrüße es sehr, dass sich die Fraktionen darin einig sind, sofort abzustimmen. Ich halte das für einen ganz wichtigen Schritt, weil wir in dieser Gesundheitsfrage gemeinsam vorankommen können. Wir haben auf der Gesundheitsministerkonferenz gezeigt und bewiesen, dass wir in dieser Sache nur gemeinsam voranschreiten können und dass das im Interesse aller Länder ist.

Insofern begrüße ich sehr, dass wir jetzt weitermachen können.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Bitte!)

Herr Schwarz, ich habe auch zur Kenntnis genommen, dass Sie uns bei der Frage der Gesundheitsregionen unterstützen wollen. Das finde ich sehr gut. Wir beabsichtigen sowieso - wie es sich gehört -, den Ausschuss zu unterrichten. Ich bitte die Fraktionen, einen Termin dafür zu bestimmen, wann es im Ausschuss möglich ist. Der nächste Termin wäre der 17. November oder in der Woche darauf. Das überlasse ich aber den Fraktionen.

Ich freue mich, dass Niedersachsen auch in dieser Sache als erstes Land vorangehen kann, und freue mich, wenn Sie mitarbeiten. Insofern: Lassen Sie uns anfangen!

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und bei der SPD sowie Zustimmung von Kreszentia Flauger [LINKE])

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Dann schließe ich die Beratung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Da alle Fraktionen erklärt haben, dass sie mit einer sofortigen Abstimmung einverstanden sind, gehe ich nicht davon aus, dass es 30 Abgeordnete gibt, die dieser Entscheidung widersprechen. - Das ist so. Ich denke, dass auch die neue Formulierung nicht daran hindert, einen einmütigen Beschluss zu fassen. - Ich sehe Nicken.

Dann beschließen wir jetzt diesen Antrag mit einer Veränderung: Der erste Halbsatz wird gestrichen. Stattdessen wird eingefügt:

„Der Landtag begrüßt den einstimmigen Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz vom 25. Oktober 2010 und bittet die Landesregierung, ...“

Dann geht es mit dem Wortlaut des Antrags weiter.

Wer die so geänderte Drs. 16/2985 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das war einstimmig. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der SPD: Geht doch!)

Meine Damen und Herren, ich rufe den **Tagesordnungspunkt 38 a** und, wie am Dienstag beschlossen wurde, zugleich den **Tagesordnungspunkt 38 b** auf.

Erste Beratung:

Europäische Agrarpolitik neu gestalten - ländliche Räume in Niedersachsen stärken - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/2986

Zweite Beratung:

Landwirtschaft und ländlichen Raum in Niedersachsen stärken - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2411 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung - Drs. 16/3022

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag unverändert anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Zur Einbringung des Antrages unter Tagesordnungspunkt 38 a erteile ich der Kollegin Frau Schröder-Ehlers von der SPD-Fraktion das Wort.

Andrea Schröder-Ehlers (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte unseren Antrag „Europäische Agrarpolitik neu gestalten - ländliche Räume in Niedersachsen stärken“ einbringen.

Die europäischen Agrarsubventionen werden neu geordnet. Ab 2014 gilt eine neue Förderperiode, und bereits jetzt werden die Weichen dafür gestellt. Da kann es kein „Weiter so!“ geben. Wir müssen Veränderungen vornehmen. Nutzen Sie die Chance, meine Damen und Herren von CDU und FDP, und richten Sie dieses System neu aus!

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die erste Säule dieses Finanzierungssystems - insgesamt beruht dieses System auf zwei Säulen - ist groß und stark. Deutsche Landwirte erhalten 5,8 Milliarden Euro pro Jahr. Davon bekommen die niedersächsischen Landwirte rund 1 Milliarde Euro an direkten Zahlungen pro Jahr. Dies sind in Niedersachsen rund 366 Euro pro Hektar. Das ist jedenfalls das Ziel zum Ende der laufenden Förderperiode 2013.

Diese Direktzahlungen sind als notwendiger Ausgleich für Preissenkungen nach der Integration der

EU-Landwirtschaft in die Weltlandwirtschaft historisch entstanden. Heute müssen diese Direktzahlungen mit gesellschaftlichen Anforderungen aber neu begründet werden.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Sind sie doch!)

Die Agrarpolitik wird sich zukünftig nicht mehr nur an engen landwirtschaftlichen Kriterien messen lassen können. Dabei haben sich auch noch die Rahmenbedingungen innerhalb der EU geändert, Herr Große Macke.

(Clemens Große Macke [CDU]: Das tun sie auch heute noch!)

Wir alle wissen: Die Zukunft der Agrarsubventionen auf der europäischen Ebene ist sehr von der Gesamtentwicklung der nächsten Finanzperiode abhängig. Das Europäische Parlament wird erstmals mitentscheiden, und es wird spannende Auseinandersetzungen im Parlament geben. Zurzeit ist überhaupt noch nicht klar, wie groß der Topf sein wird, den sich nun 27 Staaten werden teilen müssen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Deshalb müssen wir gemeinsam handeln!)

- Ja, Herr Langspecht. - Meine Damen und Herren von CDU und FDP, sorgen Sie dafür, dass die erforderliche Mittelausstattung erfolgt!

(Beifall bei der SPD)

Wir hoffen sehr, dass es Frau Merkel und Frau Aigner gelingt, die richtigen Akzente zu setzen. Aber bisher passiert doch viel zu wenig.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das ist doch Ihr Eindruck!)

- Es passiert viel zu wenig. Hören Sie auf Herrn Oetjen! Ich stimme Ihnen in Ihrer deutlichen Kritik an der Bundeslandwirtschaftsministerin zu. Ich zitiere gerne:

„Wir kommen in eine entscheidende Phase der Reform, und Frau Aigner schweigt sich aus. Das Fehlen einer vernehmbaren deutschen Stimme schadet vor allem Niedersachsen, Agrarland Nummer eins.“

Ja, Herr Oetjen, Sie haben recht. Die schwarze Bundesregierung muss mehr tun.

(Beifall bei der SPD - Clemens Große Macke [CDU]: Wie die SPD in den

Ausschussberatungen! Die hat sich auch ausgeschwiegen!)

Auch Sie in Niedersachsen müssen viel mehr tun. Aber um das Geld aus dem Topf dann tatsächlich zu bekommen, müssen Sie auch sagen, wofür. Dafür brauchen Sie wirklich gute Argumente. Sie aber haben die Zeichen der Zeit verschlafen. Begründen Sie, wofür die Landwirte das Geld haben sollen! Sagen Sie klar, welche Leistung der Landwirt dafür erbringen soll, Herr Große Macke! Wir sagen: Die Landwirte in Niedersachsen stellen die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln sicher. Sie sorgen für qualitativ hochwertige, gesunde und sichere Nahrungsmittel. Das ist ein besonderes gesellschaftliches Anliegen. Das soll auch in Zukunft so sein. Hohe Standards bei der Produktionssicherheit und auch eine nachhaltige Produktionsweise sind dabei unerlässlich; denn sie stärken zugleich die Position auf den Märkten.

Wir sagen ferner: Der Klimawandel hat Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Landwirtschaft auf den Klimawandel. Es muss darum Anreize geben, damit sie sich viel aktiver am Klimaschutz beteiligt. Die Honorierung freiwilliger Leistungen für den Tierschutz, den Umweltschutz, den Naturschutz und die Pflege der Kulturlandschaft - das sind Voraussetzungen, um gesellschaftliche und umweltpolitische Zielsetzungen gemeinsam zu erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Darauf aufbauend, wollen wir ein gestuftes System in der ersten Säule, in den Direktzahlungen. Vor allem aber wollen wir die zweite Säule weiterentwickeln. Sie muss größer und stärker werden. Die zweite Säule muss inhaltlich und finanziell zu einem umfassenden und tatsächlich wirkungsvollen Instrument der Strukturpolitik im ländlichen Raum gerade auch in Niedersachsen ausgebaut werden.

Nur ein Beispiel für den derzeitigen Wandel: Von den rund 65 000 landwirtschaftlichen Betrieben, die es vor zehn Jahren noch gab, sind heute rund 45 000 Betriebe übrig. - Und es geht weiter - Frau Klopp, Sie wissen das -: Nach den Berechnungen der Landwirtschaftskammer schließen täglich weitere vier bis fünf Höfe für immer ihre Tore. - Fachleute sagen: Irgendwann werden vielleicht noch 10 000 Betriebe übrig bleiben. - Das hat große Folgen für den ländlichen Raum. Dank der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“ wissen wir auch ziemlich genau, was da auf uns zukommt.

Frau Ministerin, Sie werden ja nicht müde, immer wieder darauf zu verweisen, wie wichtig gerade dieser Bereich für die zukünftige Entwicklung unseres Landes ist.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]:
Dann stärken wir die erste Säule!)

Warme Grußworte reichen aber nicht. Wir müssen den Strukturwandel in der Fläche aktiv gestalten. Wenn wir die begonnenen Prozesse fortsetzen und weiterentwickeln wollen, wenn wir handeln und steuern wollen, dann müssen wir mehr Geld und mehr Aufmerksamkeit in diese zweite Säule stecken,

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Aus der ersten!)

dann brauchen wir wirklich regional angepasste Handlungsmöglichkeiten.

Also: Der Landwirtschaft fällt eine Schlüsselrolle bei der Lösung gravierender Umweltprobleme wie Klimaschutz, Artenschutz und Gewässerschutz zu. Gleichzeitig steht sie unter einem enormen Anpassungsdruck durch internationale Märkte. Im ländlichen Raum stellt sie noch den wirtschaftlichen Kern dar.

(Clemens Große Macke [CDU]:
Noch!)

Es ist also folgerichtig, EU-Finanzierungssysteme daran anzupassen und weiterzuentwickeln, damit diese Anforderungen auch in Zukunft sinnvoll miteinander verknüpft werden können.

Nächsten Mittwoch wird der zuständige Kommissar Ciolos seine Vorstellungen zur zukünftigen Agrarpolitik erläutern, und dann sind Sie gefordert, diese zu bewerten. Frau Dr. Juliane Rumpf aus Schleswig-Holstein bringt es auf den Punkt. Ich zitiere:

„Es wird eine wesentliche politische Aufgabe der Länder sein, die Weiterentwicklung der GAP ... zunächst landesintern im Kontext mit den anderen Ressorts und dann gemeinsam mit dem Bund weiterzuentwickeln und so die GAP ... auf möglichst hohem Niveau abzusichern. Ein ‚Weiter so‘ ... könnte sich vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Entwicklungen in der Haushalts- und Agrarpolitik der EU und ... des Bundes für die Zukunft fatal auswirken.“

(Beifall bei der SPD)

Ihre Kollegin, Frau Ministerin, hat es erkannt. Was machen Sie? - Ich kann mich Frau Rumpf nur anschließen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Clemens Große Macke [CDU]: Sie haben keinen einzigen Vorschlag gemacht! - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Das war ganz dünne Suppe!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, als nächsten Redner rufe ich Herrn Oesterhelweg von der CDU-Fraktion auf.

(Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Endlich mal ein bisschen Qualität!)

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, ich kriege das hin, auch wenn ich die Höhe des Mikrofons jetzt nicht verstellen kann. Ich werde mich zumindest bemühen.

(Clemens Große Macke [CDU]: Höher geht nicht!)

Ich freue mich sehr darüber, dass es die Fraktionen von CDU und FDP waren, die mit ihrem Antrag „Landwirtschaft und ländlichen Raum in Niedersachsen stärken“ dieses eminent wichtige Thema aufgegriffen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich ferner darüber, dass nun auch die Sozialdemokraten - wenn auch mit gehöriger Verzögerung - mit ihrem Antrag „Europäische Agrarpolitik neu gestalten - ländliche Räume in Niedersachsen stärken“ nachgezogen sind. Nun hören sich diese beiden Titel ähnlich an. Wenn man aber ein bisschen ins Thema einsteigt, wird man relativ schnell feststellen, dass es doch einige Unterschiede gibt. Ich sage Ihnen auch ganz klar, meine Damen und Herren: Diesem Thema muss man sich mit aller Kraft und allem Engagement stellen. Frau Schröder-Ehlers, das habe ich bei Ihnen eben ein bisschen vermisst. Wir haben eben gerade darüber diskutiert: Wir hätten zu diesem Thema ganz gern Herrn Schminke gehört; dann wäre ein bisschen mehr Dampf drin gewesen. Diese Energie brauchen wir auch, um dieses wichtige Thema vernünftig bearbeiten zu können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, einige grundsätzliche Bemerkungen vorab: Der ländliche Raum in Niedersachsen - wir reden von 75 % der Landesfläche und von 60 % der Bevölkerung - prägt dieses Land und wird auch heute noch selbst geprägt von unserer Land- und Forstwirtschaft. Diese hat einen Umsatz von jährlich 7,7 Milliarden Euro. Jeder fünfte Arbeitsplatz hat direkt oder indirekt mit unserer Landwirtschaft zu tun.

Unsere niedersächsische Landwirtschaft produziert hochwertige Nahrungsmittel und wichtige Rohstoffe und trägt auch zur Energieversorgung bei. Landwirte pflegen die Kulturlandschaft, schützen bei verantwortungsvollem Wirtschaftsumgang Natur und Umwelt, prägen das Bild unserer Dörfer und sind vielerorts Träger, Herr Kollege Meyer, der dörflichen Gemeinschaften.

(Beifall bei der CDU)

Sie investieren, sichern Arbeitsplätze, generieren Steuereinnahmen. Wir, meine Damen und Herren, wären gut beraten, die bewährten Strukturen verantwortungsvoll zu entwickeln und auszubauen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wer die Landwirtschaft entwickelt, der entwickelt den ländlichen Raum.

(Clemens Große Macke [CDU]: Richtig!)

Wer die Landwirtschaft stützt, der stützt Niedersachsen.

(Clemens Große Macke [CDU]: Richtig!)

Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP tun viel für den ländlichen Raum, der dieses Land prägt. Wir sichern und bauen Infrastruktur und Verkehrswege aus. Wir bauen das Breitbandnetz aus. Wir erhalten wichtige Schulstandorte und garantieren auch für die Zukunft eine schlagkräftige Agrarstrukturverwaltung.

(Beifall bei der CDU)

Eines ist gewiss: Die gemeinsame europäische Agrarpolitik, die GAP, ist für das Land und für die Landwirtschaft ein bestimmender Faktor; manche meinen, bestimmender als Wind und Wetter, bestimmender als Grund und Boden. Dabei gilt zu beachten, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die Vielfalt gerade unseres Landes und seiner Landwirtschaft auch eine vielfältige flexible und unbürokratische Agrarpolitik braucht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben mit dem gemeinsamen Antrag von CDU und FDP klare Positionen abgesteckt und Ziele für die gemeinsame Agrarpolitik nach 2013 formuliert. Wir erwarten eine angemessene Finanzierung der GAP. Die Agrarpolitik darf nicht zum Sparschwein der EU werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir erwarten die Erhaltung beider Säulen, auf denen die GAP ruht. Die erste Säule stabilisiert über die von der Produktion entkoppelten Direktzahlungen unsere landwirtschaftlichen Betriebe. Wir wollen eine an den jeweiligen regionalen Besonderheiten orientierte Differenzierung. Sie, meine Damen und Herren, wollen einen Einheitssockelbetrag. Wir wollen faire Chancen für alle Wirtschaftsweisen. Sie wollen ganz offensichtlich eine unangemessene Bevorzugung sogenannter ökologischer Landwirtschaft.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen eine starke zweite Säule erhalten, um ländliche Infrastrukturen auch weiterhin nachhaltig zu entwickeln. Aber - das sage ich in aller Deutlichkeit -: Wir wollen keine weitere Schwächung der ersten Säule und damit unserer Betriebe! Wir wollen keine weitere Modulation, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie als Sozialdemokraten wollen ganz offensichtlich Mittel umschichten und den Betrieben entziehen bzw. vorenthalten. Woher sonst sollten wohl die zusätzlichen finanziellen Mittel für die zweite Säule kommen?

(Rolf Meyer [SPD]: Das ist ganz einfach!)

Diese Frage müssen Sie beantworten. Seien Sie endlich ehrlich, und sagen Sie unseren Landwirten, dass Sie ihnen und ihren Betrieben erhebliche Mittel entziehen wollen! Das wäre ehrlich, das wäre eine klare Ansage.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir wollen Planungssicherheit für die ganze Förderperiode. Sie wollen offensichtlich keine klaren Verhältnisse. Wir wollen weniger Regulierung und mehr Markt. Wir wollen notwendige Sicherungssysteme erhalten, aber wir wollen teure Bürokratie abbauen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und was wollen Sie? - Sie wollen evaluieren, zertifizieren, bürokratisieren. Sie wollen ideologisieren, lamentieren, schwadronieren und konferieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch bei der SPD)

Ich gebe zu: Das können Sie wirklich am besten.

(Zuruf von Rolf Meyer [SPD])

- Ich freue mich, dass ich Ihren Erwartungen heute gerecht werden kann, Herr Kollege. Ich bin sehr zufrieden, dass mir das wieder gelingt.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie, die richtigen Passagen Ihres Antrages haben Sie - wenn auch etwas spät - von uns. Die eher unpassenden wurden Ihnen von Ihren Nachbarn zur Linken und zur Rechten eingeflüstert.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD - Zuruf von der SPD: Frau Merkel!)

Entscheiden Sie sich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, für das pragmatische Original! Dann liegen Sie mit Sicherheit immer richtig.

Wenn man sich dieses Thema so anschaut, dann fragt man sich mit Blick auf die Grünen und die Linken: Was wollen sie eigentlich konstruktiv zu dieser Diskussion beitragen?

(Christian Meyer [GRÜNE]: Das kommt gleich noch!)

Die beiden kleinen Oppositionsfraktionen haben erst gar keinen Antrag zu dieser für Niedersachsen existenziellen Frage gestellt. Was sollte in einem solchen Antrag auch stehen?

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Soll darin stehen „Wir haben sowieso recht!“, Herr Kollege?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Gute Idee!
- Rolf Meyer [SPD]: Karnevalsanfang war gestern!)

Soll darin stehen „Wir sind die Guten!“, oder soll darin stehen „Wir sind dagegen!“?

(Wiard Siebels [SPD]: Ich denke, die haben uns das alles eingeflüstert! Das ist doch ein Widerspruch!)

Meine Damen und Herren, „Wir sind dagegen!“ passt sogar auf den albernen Klebezettel eines Nachwuchspolitikers hier auf der linken Seite. Auf

Ihren Blankobutton, auf dem nichts steht, auf den sich jeder schreiben kann, was ihm beliebt, würde das auch gut passen. „Wir sind dagegen!“ - So kann man keine vernünftige Agrarpolitik machen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Oesterhelweg, ich bitte Sie, einen Moment zu warten. - Meine Damen und Herren, das Telefonieren ist im Plenarsaal, Herr Kollege Aller, nicht gestattet.

(Rolf Meyer [SPD]: Aber bei der Rede wäre das angemessen! - Heinrich Aller [SPD] verlässt den Plenarsaal)

Frank Oesterhelweg (CDU):

Wenn Herr Aller jemanden anrufen würde, der Ahnung von Agrarpolitik hat, und uns dies weiterhelfen würde, dann wäre ich damit einverstanden. Aber so habe ich großes Verständnis dafür, dass er sich jetzt von uns verabschiedet.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frank Oesterhelweg (CDU):

Nein!

(Wiard Siebels [SPD]: Keine Fragen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sind dagegen.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Wir sind für Veränderung!)

Wir hingegen machen Politik für den ländlichen Raum. Sie übernehmen den Klamauk, und wir übernehmen die Verantwortung.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der SPD: Helau!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Ich erteile nun der nächsten Rednerin das Wort. Das ist Frau König von der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön!

Marianne König (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die öffentliche Debatte um Subventionspolitik in der gemeinsamen Agrarpolitik schlägt hohe Wellen. Wurde endlich durchgesetzt, dass Transferleistungen von Bürgerinnen und Bürgern eingesehen werden konnten, so hat jetzt der Europäische Gerichtshof entschieden, dass die Öffentlichkeit eingestellt wird. Die Linke bleibt dabei: Die Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse zu wissen, wie Gelder verwendet werden. Das gilt auch für die Landwirtschaft.

(Beifall bei der LINKEN - Jan-Christoph Oetjen [FDP]: Die Linke ist gegen Datenschutz!)

Die Linke sagt auch, dass eine starke gemeinsame Agrarpolitik aus wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Gründen ebenso wie aus Gründen der Versorgungssicherheit und Preisstabilität innerhalb der EU notwendig ist. Aber wir müssen über den Tellerrand gucken und gemeinsam mit europäischen Ländern für Europa eine gemeinsame Agrarpolitik entwickeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese soll steuernd zum Vorteil und vor allem zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen ausgestaltet werden. Dies fehlt besonders im Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP. Da heißt es: Niedersachsen ist das Agrarland Nummer eins. - Aber den Preis, den Niedersachsen dafür zahlt, vergessen Sie: geschädigte Umwelt und Bürgerunwillen allerorten.

(Zuruf von der CDU: Was? Wo denn?)

Frau Ministerin Grotelüschen, ich erinnere Sie an den Besuch vor Ihrem Ministerium in dieser Woche. Die Bürgerinnen und Bürger haben Protest gezeigt, ihre Stimme erhoben; sie wollen gehört werden, sie wollen, dass ihr Wille anerkannt und umgesetzt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

CDU und FDP sagen weiterhin: Die Direktzahlungen müssen in vollem Umfang erhalten werden. Meine Damen und Herren, dann aber bitte an ökologische und soziale Kriterien geknüpft! Nur so können wir eine breite gesellschaftliche Akzeptanz erreichen.

Im Antrag der SPD-Fraktion sind zwar Kriterien hinsichtlich der Ökologie enthalten. Uns fehlt aber der soziale Aspekt. Der ländliche Raum benötigt Arbeitsplätze, und zwar nicht nur in der Vered-

lungindustrie oder in Großschlachthöfen, sondern bei den Bauern. Die Linke hat ein Konzept entwickelt, das in der ersten Säule aus Umwelt- und Arbeitsprämie besteht und an Kriterien geknüpft ist. Wir haben hier zwar keinen Antrag eingebracht, aber die Linken werden dies mit gebündelten Kräften im Europäischen Parlament einbringen und damit Sorge für Umwelt und Arbeitsplätze im ländlichen Raum tragen.

(Beifall bei der LINKEN)

Also: anstelle von Wischiwaschi konkrete Maßnahmen zur Stärkung des ländlichen Raums.

(Beifall bei der LINKEN - Frank Oesterhelweg [CDU]: Jetzt gleich! Sofort!)

Der Nr. 5 in dem Antrag der SPD-Fraktion können wir zustimmen. Der ländliche Raum muss gestärkt werden. Niedersachsen ist ein Flächenland, das von Dörfern und der Landwirtschaft geprägt ist. Es gilt, dieses Kulturgut zu bewahren und für viele Menschen dort Lebensqualität zu erhalten bzw. zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Thema „Exporterstattungen“: Die Linke lehnt Exportsubventionen ab. Sie verdrängen Bauern in weniger entwickelten Ländern vom Markt. Auch wenn Frau Ministerin Grotelüschen in der Beantwortung der Dringlichen Anfrage dieser Frage ausgewichen ist, gab es in Deutschland im Jahre 2009 Exporterstattungen. Beweisen Sie mir das Gegenteil, dass Niedersachsen daran nicht beteiligt war!

Dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP können wir absolut nicht zustimmen. Bei dem Antrag der SPD-Fraktion besteht für uns noch Diskussionsbedarf.

(Wiard Siebels [SPD]: Aber dann stimmt ihr zu!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Oesterhelweg das Wort. Bitte schön!

(Patrick-Marc Humke-Focks [LINKE]: Er hat sich erst danach gemeldet, der Lobbyist!)

Frank Oesterhelweg (CDU):

Herr Kollege, wenn Sie von mir als Lobbyist sprechen, dann haben Sie einige Zusammenhänge nicht begriffen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Viel zu viele Zusammenhänge!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin König, Sie haben hier viel erzählt, aber relativ wenig gesagt. Eine Passage habe ich mir aber aufgeschrieben, die so nicht stehenbleiben kann. Wenn Sie hier davon sprechen, dass es in Niedersachsen allerorten eine beschädigte Umwelt gibt, dann

(Ingrid Klopp [CDU]: - - - ist das unglaublich!)

fahren Sie mit geschlossenen Augen durch die Gegend.

(Zuruf von der LINKEN: Sie verlassen Ihr Feld nie!)

Wenn das wirklich so wäre, liebe Frau Kollegin König, dann sähe es hier so aus wie 1989 dort, wo Ihre Brüder im Geiste lange genug alles kaputt gemacht haben - in Bitterfeld und anderswo.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zuruf von der LINKEN: Das haben wir schon lange nicht mehr gehört! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Ich hatte schon Entzugerscheinungen!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, ich sehe nicht, dass geantwortet werden soll.

(Rolf Meyer [SPD]: Er hat ja auch nur Quatsch erzählt! - Marianne König [LINKE]: Die Zeit ist zu wertvoll! - Weitere Zurufe - Unruhe)

- Meine Damen und Herren, wenn Sie noch untereinander diskutieren wollen, können wir noch ein wenig warten.

Der nächste Redner ist der Kollege Oetjen von der FDP-Fraktion. Bitte!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik der EU ist eine Kernfrage für unser Land. Deswegen ist es gut, dass wir heute mit dem Antrag von CDU und FDP mit star-

ker Stimme ein Signal aus Niedersachsen, dem Agrarland Nummer eins, nach Brüssel schicken.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte mich an der Stelle bei den anderen Fraktionen dafür bedanken, dass es möglich war, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu nehmen, der ja zunächst nicht darauf stand.

(Wiard Siebels [SPD]: Wir sind großzügig!)

Halten Sie sich bitte zunächst einmal vor Augen, über welche Größenordnung wir diskutieren: Über 1 Milliarde Euro fließen jedes Jahr aus der gemeinsamen Agrarpolitik der EU in unser Land Niedersachsen - über 1 Milliarde Euro! Deswegen ist es eminent wichtig, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir uns gerade als Niedersachsen, als Agrarland Nummer eins, klar positionieren.

Wir brauchen eine starke erste Säule. Das hat der Kollege Oesterhelweg gerade sehr richtig dargestellt. Zu dem, was Sie im SPD-Antrag vorstellen, nämlich einen Sockelbetrag, der europäisch einheitlich ist, hat die Europäische Kommission schon im Juni gesagt, dass er nicht kommen wird und dass das auch der falsche Weg wäre, und zwar aus guten Gründen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Genau! Richtig!)

Sie können doch eine Landwirtschaft in Polen und in Rumänien nicht mit der Landwirtschaft in Deutschland, in Frankreich und in Großbritannien vergleichen und hier einen einheitlichen Betrag auf den Weg bringen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Richtig!)

Das so zu tun, meine verehrten Damen und Herren von der Sozialdemokratie, würde die landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland ruinieren. Deshalb wäre das der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Rolf Meyer [SPD]: Das hat keiner geschrieben!)

- Nein, Sie müssen lesen, sehr geehrter Herr Kollege Meyer, was Sie in Ihrem Antrag geschrieben haben. Da haben Sie von diesem Sockelbetrag gesprochen, und dann soll es zusätzliche weitere Beträge bei zusätzlichem Nutzen geben. Sie tun hier nämlich so - - -

(Zuruf von Wiard Siebels [SPD])

- Das steht in dem Antrag, Herr Kollege.

(Rolf Meyer [SPD]: Das möchtest du wohl gern hineinnehmen!)

Sie tun nämlich so, verehrte Kolleginnen und Kollegen, als würden die heutigen Leistungen, die die Landwirtschaft erhält, die Zahlungen, völlig ohne Grundlage gezahlt. Die sind über Cross Compliance an Tierschutzstandards, an Umweltstandards gebunden. Hier so zu tun, als würde das Geld einfach so rübergeschoben, ohne dass die Landwirte etwas dafür leisteten, ist nicht die Wahrheit und ist nicht die Praxis, wie wir sie heute haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir brauchen aber mehr Flexibilität für die zweite Säule, die ein wichtiger Bestandteil der Agrarpolitik ist, die uns in den ländlichen Räumen hilft - wir haben natürlich weiter Strukturwandel -, die Struktur neu aufzubauen, im ländlichen Raum Diversifizierung auf den Weg zu bringen, die landwirtschaftliche Struktur auf eine neue Basis zu stellen. Deswegen ist es gut, dass auch die Niedersächsische Landesregierung Initiativen ergriffen und gesagt hat: Wir müssen nicht mehr in den alten Kategorien der zweiten Säule denken, sondern wir müssen den Regionen flexible Möglichkeiten an die Hand geben, das Geld so zu investieren, wie sie es für richtig halten und wie sie ihre Region weiterentwickeln wollen. - Mehr Subsidiarität in Europa tut gut, meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade in der zweiten Säule.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Ich will deutlich machen, dass wir in anderen Punkten nicht weit voneinander entfernt sind. Gerade bei der Frage der Exportsubventionen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ziehen wir an einem Strang. Die Exportsubventionen müssen auslaufen!

(Christian Meyer [GRÜNE]: Das hat die Ministerin gestern aber nicht gesagt! Gestern wollte sie das!)

Wir brauchen eine starke marktwirtschaftliche Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik, Herr Kollege Meyer, und auch bei den Interventionen müssen wir das Niveau deutlich absenken bis herunter auf ein Sicherheitsnetz. Also: Exportsubventionen abschaffen, Interventionen herunterfahren, marktwirtschaftliche Ausrichtung der europäischen Agrarpolitik! Das tut auch niedersächsischen Landwir-

ten und der niedersächsischen Agrar- und Ernährungswirtschaft gut, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir müssen deutlich machen, dass der Weg, der mit dem Health Check gegangen wurde, dass wir die Entkoppelung in der europäischen Agrarpolitik bekommen, richtig ist. Insofern müssen wir an den Maßstäben, die dieser Health Check gesetzt hat, die europäische Agrarpolitik weiterentwickeln.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen in eine zentrale Phase. Es ist hier von der Kollegin Schröder-Ehlers richtig gesagt worden, Herr Cioloş will am 17. November, in der kommenden Woche, seine Positionen deutlich machen. Es ist deswegen gut, dass Niedersachsen mit einer starken Stimme spricht. Ich möchte hier ausdrücklich Frau Ministerin Grotelüschen loben, die in Brüssel mit Veranstaltungen aktiv gewesen ist, die auf die Europäische Kommission eingewirkt hat. Hier haben wir eine klare, starke niedersächsische Stimme. Von Frau Aigner allerdings kommt zu wenig.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich der Kollege Meyer von der SPD-Fraktion gemeldet.

Rolf Meyer (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer gut, wenn Kollege Oetjen nach Oesterhelweg spricht,

(Jens Nacke [CDU]: *Herr Oesterhelweg!*)

weil er versucht, es wieder auf eine sachliche Ebene zurückzubringen. Dafür bin ich dankbar. Denn der Kollege Oesterhelweg hat ja wieder gemeint, heute sei Karnevalsanfang. Das war aber gestern schon. Wieder einen Tag zu spät dran, Herr Kollege Oesterhelweg!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Nun zur Sache. Ich will noch einmal dem Vorwurf begegnen, dass wir an der Stelle eine Politik fordern, die den Bauern schadet.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: So ist das!)

Es ist richtig, dass Cross Compliance ein guter Einstieg in die Debatte war und auch bleibt. Aber es ist ebenso richtig, dass die Legitimation für die Zahlung von Geldern aus der EU immer an die Verantwortung in der Landwirtschaft gekoppelt sein muss. Das kostet Geld, weil es nicht zum Nulltarif zu haben ist. Das ist richtig. Deswegen ist die Unterstellung, die Sie vorhin gebracht haben, falsch.

Aber ich möchte Ihnen noch eines sagen: Wissen Sie, was in dieser Debatte wirklich schädigt? - Gucken Sie sich einmal die Titelseite der *Celle-schen Zeitung* von heute an! Dort wird berichtet, was die Firma Rothkötter dort veranstaltet. Rothkötter sucht einen Bauern als Strohmann, damit sie dort auf die Fläche 400 000 Hühner packen kann. Solche Debatten brauchen wir überhaupt nicht! Der Bauer hat das Gott sei Dank nicht angenommen. Solche Debatten führen die Landwirtschaft auf das völlig falsche Gleis. Hierzu - darum würde ich bitten - sollte Frau Ministerin Grotelüschen auch noch etwas sagen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Frank Oesterhelweg [CDU]: Das hat mit der Debatte nichts zu tun! Thema verfehlt!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Oetjen möchte antworten. Bitte schön!

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Meyer, das Problem ist, dass in der Rede, die Frau Schröder-Ehlers gehalten hat - das war bei der Kollegin König überhaupt nicht besser -, suggeriert wurde, dass wir heute keine Basis haben, auf der die Zahlungen geleistet werden, dass es überhaupt nicht an Leistungen im Bereich von Tierschutz, im Bereich von Ökologie gebunden ist.

(Christian Meyer [GRÜNE]: Dann haben Sie nicht zugehört!)

Das wollte ich hier klarstellen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Zustimmung bei der FDP)

dass wir genau solche hohen Standards haben. Gerade in Deutschland haben wir die höchsten

Umweltstandards, die höchsten Tierschutzstandards in der ganzen Europäischen Union.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: So ist es!
- Christian Meyer [GRÜNE]: Ja, ja! -
Weitere Zurufe - Unruhe - Glocke des
Präsidenten)

Deswegen ist es auch gerechtfertigt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir Zahlungen im Bereich der ersten Säule an die landwirtschaftlichen Betriebe ausschütten. Das muss hier einmal klar gesagt werden, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Ich möchte auch noch Folgendes sagen, weil das ja hier durch Zwischenrufe negiert wurde. Sie schreiben in Ihrem Antrag: „Ein einheitlicher Sockelbetrag wird eingeführt, der bis spätestens 2020 europaweit angeglichen wird.“ Damit wollen Sie die europaweit einheitliche Flächenprämie. Das ist mit CDU und FDP nicht zu machen, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, den Standpunkt der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen trägt nun Herr Meyer vor. Bitte!

Christian Meyer (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist richtig, die niedersächsische Landwirtschaft steht vor der historischen Chance, zu einer grundlegenden ökologischen und sozialen Erneuerung zu kommen. Nie zuvor war der Druck so groß wie heute, in der gemeinsamen Agrarpolitik etwas nachhaltig anders zu machen. Da schließe ich mich auch den Auffassungen der SPD an.

Eine breite gesellschaftliche Mehrheit fordert ein radikales Umsteuern, um die Zukunft mit den Herausforderungen Klimaschutz, Tierschutz und Erhalt der Artenvielfalt zu meistern. Allein die großen Profiteure des bisherigen Systems und die CDU/FDP-Landesregierung versuchen weiter, den Status quo zu zementieren. Sie, Herr Oesterhelweg, sind es, die Nein zu Veränderungen sagen. Wir sagen Ja zu dem dringend notwendigen Reformbedarf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn die Probleme sind erdrückend. Trotz und teilweise wegen der milliardenschweren europäischen Agrarsubventionen hungern 1 Milliarde Men-

schen auf der Welt, weist die europäische Land- und Ernährungswirtschaft eine negative Klimabilanz auf, schreitet das Artensterben in der Agrarlandschaft weiter voran, werden die Wünsche und Ansprüche der Verbraucherinnen und Verbraucher an die Lebensmittelqualität nur unzureichend erfüllt und geht das Höfesterben und damit der Verlust von Arbeitsplätzen und Lebensqualität im ländlichen Raum unvermindert weiter.

Klimaschädliche Anbaumethoden werden exportiert, um billige Produktionsmittel für die globale Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Dort, wo früher tropischer Regenwald stand, wird heute auf über 30 Millionen ha Futternachschub für die Massentierhaltung in Niedersachsen und der EU produziert, um mit Billigfleisch und Agrarsubventionen in Europa die Welt zu überschwemmen.

Dabei ist die Einsicht, dass es so nicht weitergehen kann, bis auf CDU und FDP, noch nie so weit verbreitet gewesen wie heute. Selbst die Beamten im Agrarministerium von Frau Aigner haben gesagt - in der *Süddeutschen Zeitung* wurde ein Papier veröffentlicht -, sie könnten mit dieser Position der Blockade nicht weitermachen. Ich zitiere die Beamten aus Aigners Ministerium:

„Angesichts der Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit und auf europäischer Ebene erscheint es zweifelhaft, ob diese Position am Ende durchsetzbar ist“.

Da haben die Beamtinnen und Beamten im Ministerium sehr recht.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Es ist heute niemandem mehr zu vermitteln, warum immer noch jährlich 55 Milliarden Euro - in Niedersachsen 1 Milliarde Euro - an die Landwirtschaft gezahlt werden, obwohl gleichzeitig die Zahl der Massentierhaltungsanlagen weiter steigt - Herr Kollege Meyer hat es angesprochen -, die Landschaft mit Monokulturen von Mais überzogen wird, der Verlust biologischer Vielfalt dramatisch weitergeht und die Bäuerinnen und Bauern davon nicht etwa profitieren, sondern reihenweise ihre Höfe abgeben müssen, während einige wenige, wie Rothkötter und Wiesenhof, von Ihnen hier auch noch mit 6,5 Millionen Euro Subventionen bedacht werden.

Für die Förderung der Auswüchse der Agrarindustrie wie Großmastanlagen, Monokulturen und Gen-

technik - ich erinnere an HannoverGEN - mit Steuergeldern gibt es keine Legitimation. Eine solche Agrarpolitik ist weder im Interesse der Bäuerinnen und Bauern noch der Gesellschaft.

Deshalb sagen wir ganz klar: Öffentliche Gelder wollen wir nur noch für öffentliche Güter zahlen. Die Direktzahlungen der ersten Säule müssen konsequent an Leistungen für den Klimaschutz, die Biodiversität und den Tierschutz gekoppelt werden.

Dass wir die höchsten Tier- und Umweltschutzstandards in der EU hätten, wie Herr Kollege Oetjen gesagt hat, ist falsch. Ich erinnere nur daran, dass Österreich die Käfighaltung komplett verboten hat und dass die Niederlande aus der Ferkelkastrierung aussteigen. Andere in der EU haben die Regelung für die Gewässerrandstreifen übernommen. Niedersachsen macht da eine Ausnahme; hier darf man noch bis direkt an das Wasser düngen, was zu einer enormen Belastung der Nordsee führt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, dass die Zahlungen in Zukunft ganz klar an ökologische Kriterien gekoppelt werden. Denn nur dann hat die Landwirtschaft Akzeptanz und Zukunft hat, und nur dann sind Subventionen gerechtfertigt.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD und bei den LINKEN - Ulf Thiele [CDU]: Die Niederlande als Tierschutzland!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, jetzt hat sich die zuständige Ministerin zu Wort gemeldet. Frau Grote-lüschen, bitte schön!

Astrid Grote-lüschen, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Alle Vorredner haben es angesprochen: Wichtige Weichenstellungen für die Zukunft der gemeinsamen Agrarpolitik nach der Förderperiode 2007 bis 2013 stehen an. In diesem Zusammenhang spielen die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel natürlich eine ganz große Rolle, denn damit wird festgelegt, was wir in der Regional-, der Struktur- und auch der Landwirtschaftspolitik in Zukunft gestalten können.

Noch ein Aspekt: Welche Haushaltsgelder wir in diesem Sektor für Deutschland erreichen können, ist, denke ich, auch deshalb wichtig, weil es natürlich um Steuergeld geht, das wir in die EU hineingeben. Letztlich ist auch entscheidend, wie viel Geld unsere einzelnen Ressorts zurückbekommen.

Aus den genannten Gründen ist es wichtig, dass wir uns in der Entscheidungsphase, in der wir uns jetzt befinden, deutlich positionieren und uns nicht in Details verlieren, sondern vor allem auf klare Strukturen Wert legen.

Frau Schröder, ich kann Ihnen sagen: Damit haben wir nicht erst nach Vorlage Ihres Antrages angefangen. Vielmehr müssen wir uns rechtzeitig, Monate im Voraus, positionieren. Am 17. November wird Ciolos sein Konzept vorstellen. Wenn wir nicht längst angefangen hätten, hätten wir jetzt schon alles verloren.

Wenn man in einer solchen Phase schon detailliert klein beigibt, wie Sie es in Ihrem Antrag tun, dann hat man eigentlich schon in wichtigen Punkten verloren.

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Was sagen Sie denn zu Frau Dr. Rumpf? Die hat das noch detaillierter gemacht!)

Tatsache ist, dass Niedersachsen wie kaum eine andere Region von der europäischen Agrarpolitik profitiert.

(Johanne Modder [SPD]: Wir sind ein Land, keine Region!)

Insbesondere hervorheben möchte ich - das hat Herr Oetjen schon angesprochen - die Zahlungen von EU-Fördermitteln in Höhe von 1 Milliarde Euro im Rahmen der gemeinsamen EU-Agrarpolitik, die wir hier in Niedersachsen in der laufenden Förderperiode bekommen haben.

Wer die politische Diskussion in Brüssel verfolgt, der merkt natürlich, dass der Agrarhaushalt nicht unbedingt bei allen Staatschefs im Vordergrund steht, dass es vielmehr Verlagerungen gibt, etwa - um nur ein Beispiel zu nennen - in den Bereich der Energiepolitik. Hier müssen wir aufpassen und uns positionieren. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir uns als Deutsche, aber auch als Niedersachsen positionieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die EU-Kommission wird am 17. November eine Mitteilung mit ihren Überlegungen, mit Handlungsoptionen und mit einem Ausblick auf die Zukunft vorlegen. Dieser Mitteilung wird ein Jahr später ein Gesetzesvorschlag folgen, der dann natürlich noch intensiv diskutiert werden muss.

Meine Damen und Herren, die Agrarminister der Bundesländer haben in diesem Jahr - auf der Agrarministerkonferenz im Frühjahr, aber auch im Oktober in Lübeck - Gelegenheit gehabt, die Vorstellungen von Ciolos jedenfall in groben Zügen kennenzulernen. Er hat dort Gott sei Dank erklärt, dass er an der bewährten Zweisäulenstruktur festhalten will. Allerdings sollen die Direktzahlungen in der ersten Säule - das ist hier schon angeklungen - wohl anders gestaltet werden, als wir sie heute kennen.

Bei allem Verständnis für Veränderungen gerade in diesem Bereich muss ich aber sagen - das sage ich auch in Richtung Opposition -: Wir dürfen nicht vergessen, dass jede Änderung dieses Modells der Bedingung entsprechen muss, dass sie nicht zu Verschlechterungen für unsere niedersächsische Landwirtschaft, für unsere niedersächsischen Landwirte führen darf.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb haben wir auf der letzten Agrarministerkonferenz ganz klare Richtlinienpunkte formuliert. Das haben wir Gott sei Dank mit allen SPD-Agrarministern gemeinsam machen können.

(Beifall bei der CDU)

Zunächst kämpfen wir dafür, Marktorientierung zu erreichen und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Wir brauchen planungssichere Direktzahlungen und keine Modulation. Wir brauchen deutliche Fortschritte im Bürokratieabbau; auch das ist ein wichtiger Punkt. Niedersachsen setzt sich auch dafür ein, dass wir bei der zweiten Säule Flexibilität bezüglich unserer Handlungsmöglichkeiten im Förderprogramm für den ländlichen Raum erreichen.

Meine Damen und Herren, wir brauchen weiterhin die Direktzahlungen. Nach unseren Erhebungen haben sie gerade in Krisenzeiten und bei Preismodulationen, wie wir sie in den vergangenen zwei Jahren erleben durften, 50 und in Teilen sogar 70 % des Gewinns des Landwirtes ausgemacht. Das zeigt, wie wichtig es ist, dass wir die Direktzahlungen in der bisherigen Form weiterführen können.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Gerade weil dieser Punkt in der jetzigen Phase so entscheidend ist, freue ich mich, dass die Fraktionen von CDU und FDP in ihrem Antrag die Bedeutung der Direktzahlungen besonders hervorgehoben haben. Ich freue mich darüber, dass dieser Antrag eingebracht worden ist, weil er einen gemeinsamen Weg skizziert, der unsere niedersächsischen Interessen, unsere bundesdeutschen Interessen in der EU sehr wirkungsvoll und effektiv begleiten wird.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung.

Die SPD hat mir signalisiert, dass sie eine Mitberatung ihres Antrages im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien wünscht. Gibt es darüber Einvernehmen? - Es scheint so zu sein.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer den Antrag der SPD zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien überweisen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Wir kommen zu dem Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP. Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP in der Drs. 16/2411 unverändert annehmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe den **Tagesordnungspunkt 39** auf:

Erste Beratung:

Förderung des grenzüberschreitenden Stromhandels - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2987

Zur Einbringung darf ich dem Kollegen Bäumer von der CDU-Fraktion das Wort geben.

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Schweizer Pfarrer und Schriftsteller Kurt Marti hat einmal gesagt: „Wo kämen wir hin, wenn jeder sagte, wo kämen wir hin, und keiner ginge, um zu sehen, wohin wir kämen, wenn wir gingen.“ Dieses Zitat beschreibt sehr gut,

(Rolf Meyer [SPD]: Die CDU!)

dass es immer richtig ist, den Dingen auf den Grund zu gehen. Gerade in der Energiepolitik ist das niemals verkehrt. Ich komme darauf später noch zurück.

(Vizepräsidentin Astrid Vockert übernimmt den Vorsitz)

Ich möchte heute Morgen mit Ihnen über zwei Dinge sprechen. Ich möchte mit Ihnen darüber reden, was man von Wasserkraft aus Norwegen erwarten kann. Ich möchte Ihnen auch erklären, was man von Wasserkraft aus Norwegen nicht erwarten kann.

(Rolf Meyer [SPD]: Und wenn wir das alles schon wissen?)

Zunächst zum ersten Punkt: Europa wächst jetzt auch im Strommarkt zusammen. Die verschiedenen in Europa bestehenden Netzverbundsysteme werden jetzt durch sogenannte Interkonnektoren verbunden, um die Stromverteilung innerhalb Europas zu sichern und Stromschwankungen besser ausgleichen zu können. Wer zu viel Strom hat, der gibt ihn ab, und wer zu wenig Strom hat, der nimmt überschüssigen Strom auf.

Um Ihnen das an einem Bild zu verdeutlichen: Wenn in einem Dorf Nachbarn einen Garten haben, dann macht es natürlich Sinn, Überschüsse bei Obst oder Gemüse untereinander auszutauschen. Das ist immer besser, als Äpfel, Karotten oder Tomaten auf den Komposthaufen zu werfen.

So funktioniert es auch im Stromhandel unter Nachbarn. Das geht aber nur dort, wo entsprechende Kabel oder Leitungen auch vorhanden sind.

Einer unserer Nachbarn ist Norwegen. Es ist äußerst sinnvoll, das norwegische Stromnetz und das deutsche Stromnetz miteinander zu verbinden. Davon hat sich der Umweltausschuss bei einem Besuch in Skandinavien Ende September überzeugen können. Die uns bei diesem Besuch vorgetragenen Probleme waren der Auslöser für diesen Antrag.

In diesem Antrag, der Ihnen vorliegt, bitten wir die Landesregierung, solche Projekte zu unterstützen, die entsprechenden rechtlichen Verfahren wohlwollend und zeitoptimiert zu begleiten, sich bei der Bundesregierung für den Ausbau des Stromhandels über Grenzen hinweg einzusetzen und den Stellenwert solcher Kabelprojekte für das europäische Stromnetz gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union herauszuarbeiten und die Bedeutung Deutschlands als Transitlands für Strom auszubauen.

Stromaustausch zwischen Norwegen und Deutschland macht Sinn; denn damit verbinden wir ein Stromnetz, das zu fast 100 % auf Wasserkraft aufgebaut ist, mit unserem Stromnetz, das aus Kernkraftwerken, Kohlekraftwerken, Gaskraftwerken und einer stetig ansteigenden Zahl von Windkraftwerken besteht.

Wenn der Wind für unsere Windmühlen im Binnenland und an der Nordsee kräftig weht, dann bietet dieses Kabel die Chance, diesen Windstrom nach Norwegen zu verkaufen, anstatt ihn zu verschenken oder zu vernichten. Das bringt Wertschöpfung nach Niedersachsen und ist auch für Norwegen interessant, wenn der Kaufpreis für den Windstrom niedriger ist als die Herstellungskosten für Strom aus Wasserkraft. Außerdem kann Norwegen in dieser Zeit seine Wasserkraftwerke schonen und diese Energie zu einem späteren Zeitpunkt abruufen.

(Rolf Meyer [SPD]: Das wussten wir auch schon vorher!)

Wenn dann in Deutschland Windflaute herrscht, können uns die Norweger ihre Überschüsse zur Verfügung stellen.

Es gibt also, meine sehr verehrten Damen und Herren, auf beiden Seiten Gewinner. Etwas Besseres kann man sich kaum vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Genau das ist der Grund, warum die Fraktionen von CDU und FDP voll und ganz hinter diesen Projekten stehen und die Landesregierung bitten, alle Hemmnisse für Projekte wie das NorGer-Kabel aus dem Weg zu räumen. Wenn Nachbarn sich gegenseitig helfen können, dann ist das bei Strom mindestens genauso sinnvoll wie bei Äpfeln und Birnen.

Ich will aber heute Morgen auch ganz deutlich sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, was man von Wasserkraft aus Norwegen nicht erwarten kann und darf.

Am 20. September 2010 gab es im Ersten Deutschen Fernsehen einen Beitrag von „Report Mainz“. In diesem Beitrag wurde die Behauptung aufgestellt, man könne mit Wasserkraft aus Norwegen 60 Kernkraftwerke in Europa ersetzen. Solche Nachrichten sind natürlich Wasser auf die Mühlen der Kernenergiegegner in Deutschland.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: So viele haben wir ja gar nicht, Herr Bäumer!)

Aber es macht immer Sinn, den Dingen auf den Grund zu gehen und auch den Informationsgehalt von Fernsehbeiträgen zu hinterfragen.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben das gemacht. Das Ergebnis war ernüchternd. Ein Vertreter des norwegischen Wasserkraft-Stromproduzenten Agder Energi, Herr Lauen, hat auf die Frage meines Kollegen Karl-Heinrich Langspecht,

(Zuruf von der CDU: Guter Mann!)

der gefragt hat: „In dem Fernsehbericht hieß es, 60 Kernkraftwerke in Europa könnten durch die norwegische Wasserkraft ersetzt werden. Sehen Sie das auch so?“, erwidert: Das ist nicht richtig. Das stimmt nicht. Das kann Norwegen nicht.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: So war das!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deutlicher geht es doch wohl nicht. Wasserkraft aus Norwegen kann Schwankungen in den Netzen ausgleichen und allenfalls 10 bis 15 % der Leistung der Kernkraftwerke bereitstellen - mehr nicht.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: So ist es!)

Alle diejenigen, die uns hier im Landtag erzählen wollen, man könne mit Strom aus Norwegen Kernkraftwerke in Niedersachsen dauerhaft abschalten, führen uns hinter die Fichte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wer entsprechende Behauptungen aufstellt, handelt unredlich.

(Zustimmung bei der CDU)

Interessant war für uns auch, dass Norwegen im kalten Winter 2009/2010 selbst nicht in der Lage war, sich aus seinen Wasserkraftwerken mit Strom zu versorgen. Ohne den Strom aus Schweden wären in Norwegen die Lichter ausgegangen.

Ich will Ihnen auch nicht vorenthalten, dass 50 % des schwedischen Stroms mithilfe von Kernenergie erzeugt werden.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: So ist das!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, Sie stimmen mir doch bestimmt zu, dass Kernenergie damit zur Versorgungssicherheit beigetragen hat - oder?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der linken Seite hier im Haus, sehen Sie das genauso oder anders?

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Wir reden von der Zukunft!)

Wenn Norwegen dauerhaft Strom für Europa produzieren soll, dann müssen in Norwegen neue Pumpspeicherkraftwerke und weitere Stromleitungen gebaut werden. Soll ich Ihnen einmal sagen, was unsere Nachbarn in Norwegen davon halten? Ich zitiere dazu gern aus dem Bericht eines Mitarbeiters der Deutschen Botschaft in Oslo, der uns vor Ort begleitet hat:

„Der Ausbau der Wasserkraft sei jedoch auch in Norwegen nicht unproblematisch. Fragezeichen gebe es vor allem aufgrund von Umweltgesichtspunkten. Insbesondere Naturschützer haben bereits Widerstand gegen einen verstärkten Pumpspeicher- und damit alternierenden Betrieb der bestehenden Wasserkraftwerke angekündigt.“

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: So ist das!)

Dies spricht ebenfalls für sich. Das führt mich auch zu einem ganz zentralen Thema: der Glaubwürdigkeit grüner Energiepolitik.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wie unredlich grüne Energiepolitik vielfach ist, will ich Ihnen gerne schildern. Da wird der Ausbau von Windenergie gefordert, aber die örtlichen Be-

schwerdeführer gegen Windanlagen sind die Grünen.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: So ist das!)

Da wurde mit Gewalt auf Biomasse gesetzt, aber die Grünen waren die Ersten, die von „Vermaisung“ gesprochen haben. Da fordern die Grünen auf Bundesebene den Ausbau der Wasserkraft, aber im Schwarzwald sagen die örtlichen Grünen Nein zu dem Projekt.

(Zuruf von Rolf Meyer [SPD] - Christian Meyer [GRÜNE]: Wo ist eigentlich Herr Sander?)

Da brauchen wir neue Stromnetze auch für den Offshorestrom aus der Nordsee, aber die Wortführer gegen neue Leitungstrassen sind die Grünen.

(Zuruf von Christian Meyer [GRÜNE])

Wie schizopren das alles ist, wird am Beispiel der Wasserkraft aus Norwegen mehr als deutlich, Herr Meyer.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: So ist das!)

Weil man hier bei uns in Deutschland aus Gründen des Naturschutzes nichts bauen will, soll es die Wasserkraft aus Norwegen richten, die aber in Norwegen zu Eingriffen in die Natur führt. Ist das redlich?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Genau so ist es!)

Ist das redlich, meine sehr geehrten Damen und Herren? - Nein, das ist unredlich, Herr Wenzel und Herr Meyer.

(Rolf Meyer [SPD]: Welcher?)

Auch unter Nachbarn darf man nicht darauf bauen, dass der eine den ganzen Sommer im Garten schuffet, um Gemüse anzubauen, weil man selber keine Lust an der Gartenarbeit hat. Man kann nicht darauf bauen, dass der eine den Kühlschrank füllt, während man selber den Kühlschrank leer lässt. Versorgungssicherheit löst man nicht auf dem Rücken der Nachbarn. Man muss auch selber etwas dafür tun.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

„Wo kämen wir hin, wenn jeder sagte, wo kämen wir hin, und keiner ginge, um zu sehen, wohin wir kämen, wenn wir gingen.“ - Meine sehr geehrten

Damen und Herren, ich bin froh, dass wir in Norwegen vor Ort gewesen sind. Herr Wenzel und Herr Herzog, lassen Sie Ihre Finger aus dem Kühlschrank der Nachbarn!

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Bäumer. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Wenzel das Wort.

(Zuruf von der CDU: Mal gucken, ob er wieder seinen Kühlschrank füllt!)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Bäumer, nun habe ich gedacht, dass wir heute einmal etwas Gemeinsames machen, weil es ja durchaus so aussah, als wenn es da Übereinstimmungen gäbe.

Wir hatten auch gar nicht vor, 60 Atomkraftwerke in Deutschland abzuschalten, weil es, ich glaube, nur 17 gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: In Europa!)

Von daher kommen wir da vielleicht auch noch überein. Wenn Sie bei den 17 mitmachen, dann sind wir ganz bei Ihnen.

(Zustimmung von Enno Hagenah [GRÜNE])

Ich spreche zu dem Antrag von CDU und FDP in der Drs. 16/1987 und zu dem Antrag meiner Fraktion in der Drs. 16/2994. Es ist bedauerlich, dass sich die CDU und die FDP einer gemeinsamen Beratung dieser Anträge im Vorfeld verweigert haben, obwohl es im Präsidium eigentlich die Verabredung gab, solche ähnlich gelagerten Themen im Plenum gemeinsam zu behandeln. Von daher rede ich jetzt zu beiden Anträgen, auch wenn wir unseren direkt überwiesen haben.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Und jetzt zur Sache!)

Meine Damen und Herren, gerade beim Netzausbau macht es Sinn, über Gesamtlösungen und langfristige Ziele zu diskutieren. Der Bau von Interkonnektoren, von Seekabeln nach Norwegen, muss im Gesamtkonzept für den Netzausbau berücksichtigt werden. Sie können einen sehr wichtigen Beitrag leisten, um die Windkraft in die Grund-

last zu bringen. Zu den Kapazitäten haben wir in Norwegen einiges gehört, was über das hinausging, was Herr Bäumer hier vorgetragen hat.

Entscheidend ist auch, ob wir das Netz, das wir künftig haben werden, aus dem Blickwinkel der großen Stromkonzerne betrachten und planen oder ob wir ein Netz planen, das auch den Wettbewerbern zugute kommt.

In einer Akzeptanzstudie hat die Deutsche Umwelthilfe festgestellt, dass der notwendige Stromnetzausbau nur dann eine mehrheitliche Zustimmung in der Bevölkerung findet, wenn er, wo immer möglich, erdverkabelt erfolgt und ausschließlich den erneuerbaren Energien dient.

(Zustimmung von Christian Meyer [GRÜNE])

Ein Stromnetzausbau durch Freileitungen für überflüssige Atom- und Kohlekraftwerke stößt zu Recht auf breiten Widerstand der Kommunen und der Bevölkerung.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Die entscheidende Frage ist, ob Erdverkabelung bezahlbar ist!)

Wir brauchen ein belastbares Netz für den Umstieg auf erneuerbare Energien. Wir wollen eine Verknüpfung der skandinavischen, mitteleuropäischen und britischen Stromnetze, um Lastmanagement, aber auch Handel zur Preisdämpfung zu erleichtern und zu ermöglichen. Die Herausforderungen einer dezentralen Energieversorgung sind andere als die Herausforderungen einer Versorgung mit Großkraftwerken.

Die bislang vorliegenden Pläne zum Netzausbau kranken jedoch an einer zu starken Ausrichtung an den Interessen der großen vier Stromkonzerne. Problematisch ist zudem, dass sich die südlichen Bundesländer dem Ausbau der Windkraft bislang fast vollständig verweigert haben. Ein Netzausbau, der in erster Linie dem Weiterbetrieb der Atomkraftwerke Krümmel, Brunsbüttel und Unterweser dient, wird kaum Akzeptanz finden. Mit Ihrer Entscheidung zur Laufzeitverlängerung erschweren Sie daher eine Verständigung über die vordringlichsten Projekte beim Netzausbau.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, jahrelang haben die Konzerne den Netzanschluss als Waffe gegen den Zubau von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien benutzt. Windbauern, Solarbauern und

auch Betreiber von Blockheizkraftwerken können Ihnen ein Lied von den Tricks singen, die die Stromkonzerne angewandt haben, um neue Kapazitäten am Netz zu verhindern.

Der Stromkonzern E.ON hat im Jahre 2003 einen unterschriftsreifen Vertrag mit einem norwegischen Unternehmen aufgekündigt, der den Bau einer Seekabelverbindung zwischen norddeutschen Windkraftwerken und norwegischen Wasserkraftwerken vorsah.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Das sind die Verhinderer!)

Nach Berechnungen in Norwegen könnte der norddeutsche Windstrom zu 85 % in die Grundlastversorgung gebracht werden, wenn die deutsch-norwegische Kooperation verstärkt ausgebaut würde. Offenbar hat der Stromkonzern E.ON eine Kooperation gezielt verhindert, um Angebote, die in Wettbewerb zu bereits abgeschriebenen deutschen Atomkraftwerken treten könnten, zu unterbinden. Aus ähnlichen Gründen wurde von dort offenbar auch gegen eine Anpassung der Netznutzungsverordnung interveniert.

Norwegische Wasserkraftwerke, die Wasserstrom gegen Windstrom tauschen, könnten Last- und Preisschwankungen im norddeutschen Netz sehr effizient ausgleichen. In Norwegen wird sehr ernsthaft diskutiert, wie Norwegen zur Speicherbatterie für Mitteleuropa werden könnte.

(Zustimmung von Enno Hagenah [GRÜNE])

Norwegen produziert jährlich bis zu 141 TWh aus Wasserkraft, Schweden noch einmal die Hälfte. Norwegische Unternehmen schätzen das Leistungspotenzial auf 10 GW bis 25 GW mit Reserven von 7,5 GW.

Bislang aber haben die marktbeherrschenden Stromversorger immer behauptet, dass ihre Kohle- und Atomkraftwerke die einzigen seien, die die Grundlastversorgung sicherstellen können. Das ist definitiv falsch. Beim Netzausbau haben die Stromkonzerne notwendige Entwicklungen über viele Jahre verschlafen und blockiert.

Zum Ende des Jahres erwarten wir eine neue Studie der Deutschen Energie-Agentur, die denena-Netzstudie II, die den weiteren Ausbaustandard der Stromnetze in Deutschland darstellen wird. Es ist damit zu rechnen, dass dort Empfehlungen für insgesamt 3 500 km neue Stromleitungen bis 2025 für erforderlich gehalten werden.

Wir erwarten daher, dass die dena-Netzstudie II einer unabhängigen Prüfung unterzogen wird. Dabei sind verschiedene Szenarien einer künftigen Entwicklung der Stromversorgung zu berücksichtigen, die den Bau der deutsch-norwegischen Interkonnectoren, den Ausbau der Windkraft im Süden, das Repowering in den alten Windländern und eine schnelle Abschaltung der Atomreaktoren betreffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich vertraue in dieser Frage nicht allein auf Herrn Brüderle,

(Detlef Tanke [SPD]: Zu Recht!)

den Aufsichtsratsvorsitzenden der dena, Herrn Röttgen und Herrn Ramsauer, die ebenfalls im Aufsichtsrat der dena sitzen.

Ein Ausbau der Netze ist sowohl in Deutschland als auch in Norwegen notwendig. Bei allen Investitionen ist auf geringstmögliche Eingriffe in Natur und Landschaft, Priorität für Erdkabel und umfassende Bürgerbeteiligung zu achten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine planmäßige Abschaltung von Atomreaktoren und eine noch frühzeitigere Abschaltung der Altreaktoren ermöglicht zudem die Nutzung der Netzanbindungen und Umspannwerke für neue Technologien.

(Beifall bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: Genau!)

Beispielsweise könnte ab 2012 das Umspannwerk des Atomkraftwerks Esenshamm für die Anbindung des NorGer-Kabels genutzt werden, wenn das Atomkraftwerk, wie im Atomkonsens vorgesehen, vom Netz geht. Von daher haben wir die Möglichkeit, rechtzeitig auf zukunftsfähige Alternativen umzusatteln.

Ich danke Ihnen und würde mich freuen, wenn wir Unterstützung auch für den Antrag finden, den wir heute eingebracht haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Wenzel. - Für die SPD-Fraktion spricht Herr Meyer. Sie haben das Wort.

Rolf Meyer (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Bäumer, üblicherweise haben Sie ja einen Verdacht, aber heute hatte ich den Eindruck, Sie haben neue Verschwörungstheorien entwickelt, wenn Sie die Grünen und die Linke in dieser Weise ansprechen. Das sollten Sie vielleicht noch einmal überdenken.

Bei der Vorbereitung hatte ich mich gefragt, was eigentlich der Sinn dieses Antrags ist. Wenn man sich durchliest, was dort formuliert wurde, dann heißt das zusammengefasst: Die Landesregierung möge wohlwollend und zeitoptimiert begleiten, sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen und gegenüber der Bundesregierung und der EU herausarbeiten, dass grenzüberschreitende Kabelprojekte wie NorGer eine tolle Sache sind.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]:
Sehr gut! Das wollen wir! - Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Aber, Herr Kollege Langspecht, gibt es denn irgendjemand, der dagegen ist? Ist die Bundesregierung dagegen? - Nein. Ist Niedersachsen dagegen? - Nein. Ist die EU dagegen? - Nein. Was soll das also?

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Kreszentia Flauger [LINKE]: Wenn man auch auf sonst nichts stolz sein kann!)

Alle sind dafür. Jeder weiß, dass wir noch mehr von diesen Kabeln bekommen werden. Deshalb kann man zu diesem Antrag nur sagen: Er ist inhaltsarm und auch noch schludrig formuliert. Das finde ich heftig!

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]:
Was haben Sie denn vorzuweisen?)

- Herr Kollege Hocker, es freut mich, dass Sie diesen Zwischenruf gemacht haben. Reden Sie mal mit Ihrem Kollegen Falkenhagen. Der macht Ihre Pressemitteilungen unter seinem Namen und veröffentlicht Reden, die er nie gehalten hat. Also backen Sie bei diesen Geschichten doch einmal kleine Brötchen!

(Heiterkeit bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

In der Begründung Ihres Antrages steht ein schöner Satz. Vielleicht wollten Sie das ja unterbringen; denn das hätte noch Sinn. Da steht:

„Allerdings wird auch diese Kabelverbindung nicht dazu führen, dass Deutschland seinen derzeit betriebenen Energiemix kurzfristig umstellen muss und allein auf eine verstärkte Stromversorgung aus norwegischer Wasserkraft setzen kann.“

Wovor haben Sie denn Angst? Haben Sie Angst, dass die amtierende Bundesregierung kurzfristig ihren Energiemix umstellt? - Das tun die gar nicht; das wollen die gar nicht. Leider, muss man sagen; es wäre ja viel sinnvoller, wenn sie es tun würde.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Zur Nutzung norwegischer Wasserkraft hat Kollege Wenzel eben bereits alles gesagt.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Du hast in Norwegen gar nichts gelernt! - Gegenruf von Detlef Tanke [SPD]: Ihr habt nicht zugehört!)

Wenn Sie schon auf die Stromnetze hinweisen wollen, dann ist dieser Antrag deshalb völlig unzureichend, weil er nur auf die Förderung von grenzüberschreitendem Stromhandel eingeht. Mindestens genauso wichtig ist aber - das hätten Sie bei dieser Debatte auch einmal erwähnen können -, dass wir über innerdeutschen Stromhandel und die innerdeutschen Netze reden; denn an der Stelle gibt es noch unheimlich viel zu tun. Jetzt geht es gar nicht um Kabel oder anderes, sondern es geht um ein System, das in der Debatte als „Smart Grid“ bezeichnet wird. Dabei geht es um intelligente Stromversorgungssysteme, die Erzeuger, Speicher, Netzbetriebsmittel und Verbraucher steuernd und regelnd zusammenführen sollen. Das wird die Aufgabe sein!

In vielen Bereichen haben wir mittlerweile eine große Zahl von Anbietern. Da geht es darum, dass man die dezentralen Erzeuger, die zum Teil volatil anbieten, in das Netz integrieren muss.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Daneben gibt es Anbieter, die mit ihrer Technik eine stabile Produktion einspeisen. Auch die müssen integriert werden. Das ist auch ein technisches Problem. Es geht darum, dass die Überleitung zu einem Netzmanagement, das die Strom- und Informationsflüsse zusammenbringt, geregelt werden kann. Auch daran mangelt es immer noch. Es geht darum, dass die Kunden, wir als Verbraucher, von

ihrer bislang recht volatilen Nutzung - zu bestimmten Zeiten brauchen wir sehr viel Energie, zu anderen Zeiten aber kaum - bis zu einem gewissen Grade wegkommen und durch moderne Technik anders aufgestellt werden.

(Zuruf von Dr. Gero Clemens Hocker [FDP])

- Ja, Herr Kollege Hocker, aber an der Stelle passiert zu wenig! Es könnte viel schneller gehen.

(Dr. Gero Clemens Hocker [FDP]: Dann schreiben Sie doch einen Antrag!)

- Der Kollege Bäumer hat aber in seinem Antrag nichts dazu gesagt. - Es ist auch klar, dass bei den Stromspeichermedien noch ungeheuer viel zu tun ist. Dazu gibt es jede Menge Ansätze, aber das muss ausgebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an der Stelle kann ich es Ihnen leider nicht ersparen: Ihre Atomlaufzeitverlängerung ist in der Tat ein großes Hindernis auf diesem Weg, weil sie im Bereich der Übertragungsnetze genau das Gegenteil von dem bewirken wird, was man sich wünscht. Da hat man Standorte, über die dauerhaft Strom produziert werden soll. Aber genau das ist an dieser Stelle kontraproduktiv.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Genau das Gegenteil ist der Fall!)

Das sagt Ihnen auch jeder, der etwas von der Sache versteht.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Mein Arbeitskreis war im letzten Monat in Berlin auf einer Veranstaltung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und der Bundesnetzagentur. Auch das MU war vertreten. Sie sollten sich einmal die Unterlagen vom MU besorgen, was alles dort vorgetragen wurde: Viel Gutes, viel Richtiges wurde dort gesagt, nur passt das leider überhaupt nicht zu dem, was Sie hier verkünden. Von den wirklichen Problemen haben sie nichts verstanden.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Sie erzählen uns immer wilde Geschichten von der Finanzierung usw. Herr Kurth von der Bundesnetzagentur hat noch einmal darauf hingewiesen - das ist aber allgemein bekannt -, dass man Renditen von 9 % und mehr erzielen kann, wenn man in diesen Bereichen investiert; das haben auch Fi-

nanzinvestoren bei dieser Veranstaltung gesagt. Wenn das richtig ist, hat man dauerhafte und kontinuierliche Einnahmen aus diesen Investitionen. Das braucht man natürlich, wenn man in die Netze investiert. Dafür braucht man eben keine Laufzeitverlängerung. Das Geld ist da, es muss nur richtig eingesetzt werden.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Wir sind im Übrigen, was die dena angeht, auf einer Linie. In der Studie dena I war noch von 850 km zusätzlichen Stromleitungen die Rede, jetzt sollen es - so wird es wohl kommen - 3 500 km werden. Kein Mensch weiß, wie das zusammengerechnet wurde. Das wird überprüft werden müssen. Richtig ist aber, dass an der Stelle natürlich mehr passieren muss als die in den vergangenen Jahren gebauten 80 km oder 90 km. Das ist in der Tat zu wenig. An der Stelle muss etwas geschehen.

Herr Bäumer, mich würde auch noch interessieren - das werden wir im Ausschuss beraten -, was Sie von der Forderung unseres EU-Kommissars Oettinger halten, der eine Zentralisierung der Energieinfrastruktur gefordert hat. Das hat er in der *Frankfurter Rundschau* am 8. November veröffentlicht. Originalton Oettinger:

„Das Beste wäre, wir hätten einen einzigen Eigentümer für die gesamte Energieinfrastruktur in der Union.“

Das ist doch einmal eine Aussage! Ich bin wirklich gespannt, was Sie im Ausschuss dazu sagen, ob Sie auch das unterschreiben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Meyer. - Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr Kollege Herzog zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Kurt Herzog (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Bäumer, ich kann mich noch sehr gut erinnern, als mir in diesem Hause bei einer Debatte über erneuerbare Energien das ewige Totschlagargument entgegenschallte: Und was ist, wenn der Wind nicht weht? - Da haben Sie wieder einmal den Wald vor lauter Fichten nicht gesehen.

Immerhin: Sie lernen offensichtlich dazu, vielleicht auch, weil ich Ihnen damals ein Zitat von Angela Merkel vorhielt, das sie bei der Einweihung eines Kombikraftwerks im Jahre 2009 aussprach. Sie sagte dort: Wir sind auf dem besten Wege, die Windenergie grundlastfähig zu machen. - Obwohl Sie als CDU im Bundestag die Einführung eines Kombi-Bonus ins EEG verhinderten, haben auch Sie wohl mitbekommen, dass damit nicht nur viel Spitzenleistung und Regelenergie eingespart werden kann, sondern auch der Umfang des notwendigen Netzausbaus verringert wird.

Leider machen Sie aber den gleichen Fehler wie so oft. Sie klotzen mit Großtechnik, anstatt zunächst Einsparungen und Effizienzsteigerungen und vor allen Dingen regional gebundene, dezentrale Lösungen voranzutreiben. Die Nutzung kleiner modularer hiesiger Potenziale wie Repowering und Stoffstrommanagement muss Vorrang haben. Bei der Nutzung der Windkraft im Binnenland mauern die süddeutschen Bundesländer doch genauso wie bei Endlagerstandorten. In Baden-Württemberg ist das ja nun bald vorbei, aber bei Horst müssen Sie noch wirklich dicke Nachhilfbretter bohren.

(Karl-Heinrich Langspecht [CDU]: Das ist so was von niveaulos!)

Meine Damen und Herren, es nützt nichts, den Gürtel weiter zu machen, um gegen Fettleibigkeit anzugehen. Zunächst einmal geht es also darum, den unsicheren AKW-Methusalem Unterweser abzuschalten und die dann freien Netzkapazitäten für das NorGer-Kabel zu nutzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Apropos HGÜ-Technik: Zu HGÜ findet sich kein Wort in Ihrem Antrag. Warum wohl nutzt ein Privater wie NorGer HGÜ? - Richtig, es ist verlustarm, es rechnet sich, und als Nebenprodukt erspart es der Welt ein Gutteil CO₂.

Bevor Sie mit hohem Aufwand zum Ärger der Bürger diesen riesige Freileitungsnetze vor die Nase bauen, nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass sich durch die Nutzung von Freileitungsmonitoring - Temperaturmessungen, Feuchtemessungen etc. - die Stromübertragungsmengen um 50 bis 100 % steigern ließen.

(Martin Bäumer [CDU]: Das wird schon gemacht!)

Diese Maßnahmen sind viel schneller umsetzbar als der Neubau von Leitungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die Art des Netzausbaus bildet exakt die Erzeugungs- und Verbrauchsstruktur ab. Vermeintliche Heilsbringer wie Desertec bedienen nur die Großkonzerne mündgerecht, sichern die Vorherrschaft der Industriestaaten und fressen eine Unmenge öffentlicher Mittel, die dann in der kommunalen Breite fehlen. Das ist volkswirtschaftliche Verschwendung und ressourcenpolitischer Blindflug.

Bemerkenswert ist an Ihrem Antrag, dass Sie den Stellenwert grenzüberschreitender Kabelprojekte gegenüber Ihrer Bundesregierung herausarbeiten wollen. Hat diese nicht gerade ein bejubeltes Energiekonzept inklusive Netzausbau auf den Markt geworfen? Einen ordentlichen politischen Tritt brauchen Merkel und Brüderle doch eher dort, wo es um den Netzzugang geht. Was würden Sie denn sagen, wenn Norwegen bei hohem deutschen Windangebot sagen würde: Och nöö, jetzt gerade nicht. - Genau das ist aber die restriktive deutsche Rechtslage gegenüber dem skandinavischen Partner. Partnerschaft und Protektionismus schließen sich aber bekanntlich aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihr Antrag ist technisch oberflächlich, inhaltlich löcherig, er zementiert die Atompolitik und zeigt Ihre Sucht nach Gigantomanie. Return to sender!

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Hocker. Sie haben das Wort.

Dr. Gero Clemens Hocker (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! In diesen Tagen treffen sich die 20 bedeutsamsten Wirtschaftsmächte in Südkorea, um u. a. darüber zu diskutieren, wie sie mit ihren Exportüberschüssen umgehen wollen. Die Zahl derjenigen Nationen, die sich bewusst vom Weltmarkt abschotten, können Sie mittlerweile an den Fingern einer Hand abzählen. Die Überzeugung, dass internationaler Handel für die Menschen im eigenen Land Vorteile bringt, hat sich nicht nur in den Ländern des ehemaligen Ostblocks durchgesetzt. Auch das kommunistische China gehört mittlerweile zu den Ländern mit den höchsten Exportüberschüssen. Weltweit hat sich die Erkenntnis

durchgesetzt: Was andere besser und effizienter herstellen können als man selbst, sollte man lieber importieren als selbst produzieren, meine Damen und Herren.

Die Bundesrepublik hat sich mit ihrem Energiekonzept das ambitionierte Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2050 80 % ihres Energiebedarfs aus alternativen Energien zu decken. Die Belastungen für die Menschen in Deutschland wären immens, wollten wir diese gesamte Strommenge allein in Deutschland erzeugen. Mit dem heutigen Wirkungsgrad müsste die gesamte Fläche Deutschlands, das sind über 347 000 km², vollständig mit Maismonokulturen bewirtschaftet werden, um die Energieversorgung allein durch Biomasse sicherstellen zu können.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das hat noch nie jemand gefordert! Wer sagt das denn?)

Trotz Offshore und trotz der anstehenden Novellierung des EEG wären wir schlecht beraten, wenn wir die 80 % Strommenge allein aus erneuerbaren Energien sicherstellen wollen, die in Deutschland erzeugt werden. Ich glaube, in diesen Zeiten ist es gut, eine enge Verbindung und eine kurze Leitung zu anderen europäischen Ländern zu haben.

Gleichzeitig ist Norwegen aufgrund seiner Fjorde in der Lage, seinen Strombedarf zu fast 100 % aus alternativer Energie, vor allem unter Nutzung der Wasserkraft, zu decken. Außerdem erzeugen die Norweger so viel Energie, dass sie zusätzlich europäische Länder damit versorgen können, also Energie exportieren.

(Bernhard Busemann [CDU]: Wenn man bezahlen kann, kann man alles bekommen!)

Der norwegische Strom ist für Deutschland u. a. deswegen so besonders interessant, weil er die unzuverlässige Windenergie und ihre Schwankungen ausgleichen helfen könnte.

Meine Damen und Herren, durch den norwegischen Strom entsteht zusätzlicher Wettbewerb auf unserem heimischen Markt; das begrüßen wir. Die deutschen Stromkunden können aus einer noch größeren Zahl von Stromanbietern auswählen, und es ergeben sich niedrigere Verbrauchspreise. Auf diese Weise dient das NorGer-Kabel gleichermaßen der Umweltverträglichkeit, der Versorgungssicherheit, aber auch der Preisstabilität. Jedes Land sollte seine eigenen Wettbewerbsvorteile nutzen. Am Ende ist damit allen am meisten gedient. Ich finde, auch deswegen passt eine internationale

Kooperation mit Norwegen zur Strombelieferung in die Zeit eines zusammenwachsenden Europas.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Herr Dr. Hocker. - Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Grotelüschen das Wort. Bitte schön!

Astrid Grotelüschen, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal den Fraktionen der CDU und der FDP ausdrücklich dafür danken, dass sie mit dem vorliegenden Antrag ein weiteres sehr wichtiges Thema der Energiepolitik in diese Landtagsdebatte eingebracht haben.

(Rolf Meyer [SPD]: Das ist doch ein Selbstgänger!)

Meine Damen und Herren von der Opposition, der Antrag ist nicht inhaltsarm. Der Antrag zeigt, wie viel Initiative die CDU und die FDP hier in Niedersachsen bei diesem Thema ergreifen. Er enthält vor allen Dingen die richtigen Lösungsansätze zur Förderung des europäischen Stromhandels und hebt sich damit wohltuend von dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab, der eher ideologisch begründet ist. Aber das wird ja sicherlich in den Ausschüssen diskutiert werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Detlef Tanke [SPD]: Da drüben sitzen die Atompolitikideologen, Frau Ministerin! - Gegenruf von Ursula Helmhold [GRÜNE]: Definiere „ideologisch“!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist vordringliches Ziel dieser Landesregierung.

(Detlef Tanke [SPD]: Lippenbekenntnisse!)

Dafür, um die deutschen Energie- und Klimaziele zu erreichen und um vor allen Dingen im Offshorebereich den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben, liegt der Schlüssel im Netzausbau der Höchstspannungsebene.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Dem Ausbau der Stromnetze für eine weitere Integration der erneuerbaren Energien kommt dabei eine ganz besondere Bedeutung zu. Gerade für die Stromableitung aus den großen Offshorewindparks - dies ist gerade angesprochen worden - reicht es aber nicht, Strommengen durch den Bau der Netzanbindungskabel nur zum nächsten Netzanknüpfungspunkt an der Küste zu schaffen. Der Offshorestrom muss vielmehr bis in die Verbrauchszentren, die in West- oder Süddeutschland liegen, transportiert werden. Die Bundesregierung hat in ihrem Energiekonzept neben diesem Netzausbau den dringend erforderlichen Ausbau der Grenzkuppelstellen und auch der grenzüberschreitenden Stromhandelsleitungen als vordringlich eingestuft.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Energieversorgung der Zukunft - das ist ganz klar - muss in einem europäischen Kontext betrachtet werden. Allein der Ausbau der Übertragungsnetze im Inland wird langfristig nicht ausreichen, um die fluktuierende Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auszugleichen. Die Landesregierung unterstützt daher auch den Bau von internationalen Verbindungskabeln wie beispielsweise die angesprochene Leitung zwischen Deutschland und Norwegen. Mittels internationaler Leitungen werden verschiedene Märkte und Energiespeicher verknüpft. Nur so wird es gelingen, die Integration der erneuerbaren Energien europaweit deutlich zu beschleunigen.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber auch den Wettbewerb auf dem deutschen Energiemarkt stärken. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für neue Marktteilnehmer müssen so gestaltet werden, dass der wirtschaftliche Betrieb dieser Projekte möglich ist. Eine erste Möglichkeit hierzu bietet die Überarbeitung der Kraftwerksnetzanschlussverordnung. Für Interkonnektoren wird gerade am Beispiel des NorGer-Projekts der dringende Handlungsbedarf zur Änderung dieses Rechtsrahmens deutlich.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung unterstützt dieses Projekt seit seinem Beginn und wird es auch im Zuge des Genehmigungsverfahrens wie bereits im laufenden Raumordnungsverfahren konstruktiv begleiten. Dies gilt für alle Arbeitsebenen, auch zwischen dem niedersächsischen Umweltministerium und dem Wirtschaftsministerium auf Bundesebene.

(Beifall bei der CDU)

Die Niedersächsische Landesregierung begrüßt ausdrücklich, dass auch Initiativen von privatwirtschaftlich geführten Projektträgern zum Ausbau der Energienetze vorangetrieben werden.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herzog?

Astrid Grotelüschen, Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung:

Nein. Ich möchte gerne fortfahren, weil ich mit meinem Beitrag jetzt ohnehin zum Ende komme.

Ich habe gerade gesagt, dass wir die privatwirtschaftlichen Initiativen sehr wohl unterstützen und vorantreiben wollen. Gleichwohl, meine Damen und Herren, dürfen derartige Projekte nicht suggerieren, dass unsere nationalen Verpflichtungen beim Netzausbau in Norwegen gelöst werden könnten. Am Ausbau des Höchstspannungsnetzes in Deutschland führt nämlich kein Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung. Der Antrag soll an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz überwiesen werden. Höre oder sehe ich Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Dann haben Sie so beschlossen.

Ich rufe jetzt den **Tagesordnungspunkt 34** auf:

Erste Beratung:

Maßnahmen zur Verbesserung der Stabilität der Finanzmärkte in Europa - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2988

Zur Einbringung erteile ich Herrn Kollegen Schönecke für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön!

Heiner Schönecke (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! „Maßnahmen zur Verbesserung der Stabilität der Finanzmärkte in Europa“ - ein Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP, der zum heutigen Tag ein richtiger und wichtiger, aber auch ein notwendiger Antrag ist. Wir alle haben über

Monate hinweg die Erschütterungen in dem weltweiten Finanzsystem verfolgen können. Die Schlagzeilen sind uns allen noch im Kopf: Lehman Brothers, Kaupthing in Island. - Wir haben erleben können, welches weltweite Geflecht wir mittlerweile in Europa haben.

Auch in Deutschland haben wir miterleben können, dass Banken ins Schlingern kamen und dass Banken aufgeschreckt waren, ob sie in diesem weltweiten System noch richtig aufgestellt sind.

Auch die EU hat in vielen Sitzungen darüber nachgedacht: Wie können wir mit dieser Problematik umgehen? Wie sichern wir den Sparer und die Wirtschaft hinsichtlich ihrer Einlagen?

Die Neufassung einer Richtlinie über die Einlagensicherungssysteme bei den Banken - eine Problemlage, die wir in Deutschland noch nie so gesehen haben - war plötzlich ein Thema für ganz Europa. In Europa hat man dann im Grunde das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Ein Einlagensicherungssystem für alle in Europa ist sicherlich ein löblicher Ansatz, aber an der deutschen Wirklichkeit geht es so, wie die Brüsseler das vorhaben, völlig vorbei.

Wir haben mit unserem Sicherungssystem in den Sparkassen, in den Volksbanken, aber auch in den Banken seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten ein wirklich funktionierendes System. Das ist die deutsche Wirklichkeit.

Wie schreibt mir ein Volksbankdirektor? - Wir können uns nicht vorstellen, dass ein solches System funktionieren kann. Wie wäre es denn bei der nächsten Finanzkrise? Sichern wird Griechenland? Sichern wir Irland? Sichern wir Zypern? Sichern wir Bulgarien? Reißen dann nicht die Faulen die Gesunden in den Abgrund? - Ich glaube, er hat hier die richtigen Worte gefunden. Wie hoch müssen die Mittel sein, um das zu verhindern? Wollen wir wirklich EU-weit die Vollkaskotalität für jede Art von Banken? - Das deutsche System hat funktioniert - auch in der Krise. Zwei Säulen haben ohne Wenn und Aber funktioniert: die Säule der Sparkassen und die Säule der Volksbanken.

(Beifall bei der LINKEN)

Einlagensicherung in Deutschland ist besser. Hier, meine Damen und Herren, gilt das gute alte Wort: Das Bessere ist des Guten Feind. - Der Vorschlag der Kommission ist nicht mit dem deutschen freiwilligen System vereinbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Von daher, glaube ich, ist es richtig, dass man sich in Deutschland dazu entschlossen hat, eine Subsidiaritätsrüge einzuleiten. Das sollten wir hier im Hause unterstützen. Der Antrag von CDU und FDP liegt Ihnen vor. Er umfasst vier wichtige und richtige Punkte. Wir sollten ihm heute hier im Hause gleich unsere Zustimmung geben; denn ich meine, hier gilt es, in Deutschland etwas zu verteidigen, was es in Europa nicht besser gibt.

Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sind Sie aufgewacht? Vorher mussten wir das Klatschen übernehmen!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Schönecke, ich möchte noch einmal rückfragen: Ich habe Ihre letzten Ausführungen so interpretiert, dass Sie sofortige Abstimmung beantragen.

(Heiner Schönecke [CDU]: Ja!)

- Danke.

Für die SPD-Fraktion hat Frau Geuter das Wort.

Renate Geuter (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die durch die spekulativen Geschäfte international tätiger Banken ausgelöste Finanzmarktkrise hat die Notwendigkeit einer stärkeren Regulierung der Kreditwirtschaft mehr als deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Nicht immer wird bei den geplanten Maßnahmen allerdings zwischen den großen an den globalen Finanzmärkten agierenden Instituten und den regional tätigen Sparkassen und Genossenschaftsbanken ausreichend unterschieden.

(Zustimmung bei der SPD)

Das gilt auch für die geplante europäische Einlagensicherungsrichtlinie, die Bestandteil des Antrags der Regierungsfractionen ist. Klar ist: Weder die deutschen Sparkassen noch die deutschen Volks- und Raiffeisenbanken waren ursächlich am Entstehen der Finanzkrise beteiligt.

(Beifall bei der SPD)

Keine Sparkasse und keine regionale Genossenschaftsbank ist infolge der Finanzkrise in eine existenzbedrohende Situation geraten, die staatliche Unterstützung notwendig gemacht hätte.

(Johanne Modder [SPD]: Genau!)

Die in Deutschland von den Kreditinstituten auf dem Gebiet der Einlagensicherung freiwillig etablierten und auch mitgliedstaatlich anerkannten Schutzsysteme gewährleisten für die Einleger bereits jetzt ein Schutzniveau, das deutlich über die Regelungen der geplanten EU-Einlagensicherungsrichtlinie hinausgeht.

Der Vorschlag der EU-Kommission für die Neufassung einer europaweiten Einlagensicherungsrichtlinie sieht vor, dass künftig jedes Kreditinstitut innerhalb der EU einem Einlagensicherungsfonds angehören muss, der Einlagen in Höhe von 100 000 Euro je Kunde sichert.

Damit würden die deutschen Kunden der Sparkassen und Genossenschaftsbanken den vorhandenen besseren Einlegerschutz verlieren; denn mit der neuen Richtlinie ist auch ein Paradigmenwechsel verbunden: Die bisher in der geltenden Richtlinie akzeptierte Gleichwertigkeit der Institutssicherung zur Einlagensicherung wird durch eine zwingende Verpflichtung aller Kreditinstitute zur Mitgliedschaft in dem neuen Einlagensicherungssystem ersetzt. Eine Institutssicherung ist zukünftig grundsätzlich nicht mehr vorgesehen. Sie ist allenfalls kumulativ möglich.

Obwohl eine Anwendung der Einlagensicherungsrichtlinie für Sparkassen und Genossenschaftsbanken daher zu keinem besseren Kundenschutz führen würde, würden die betroffenen Institute dennoch erheblich belastet. Allein die niedersächsischen Sparkassen müssen in den nächsten Jahren 1 Milliarde Euro in den Einlagensicherungsfonds entrichten. Das Geld fehlt dann natürlich bei den Möglichkeiten der Kreditvergabe gerade an die mittelständischen Betriebe.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, Sie sehen, in diesem Punkt stimmen wir mit den Intentionen Ihres Antrages voll überein. Aber, da fehlt doch noch etwas!

(Reinhold Hilbers [CDU]: Da sind wir aber gespannt!)

Wenn Sie die Landesregierung ausdrücklich für ihr Verhalten im Bundesrat im September dieses Jahres loben, warum loben Sie die gleiche Landesregierung dann nicht auch für ihr Verhalten im Okto-

ber dieses Jahres im Bundesrat? - Denn dort wurde über das Gesetz zum sogenannten Restrukturierungsfonds, in dem auch die Bankenabgabe enthalten ist, diskutiert. Kann das vielleicht daran liegen, dass im Bundesrat ausdrücklich festgestellt worden ist, dass es einen Kontext zwischen der EU-Einlagensicherungsrichtlinie und dem Restrukturierungsgesetz auf Bundesebene gibt?

(Zustimmung von Hans-Jürgen Klein [GRÜNE])

Der Bundesrat hat zu Recht darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung mit dem sogenannten Restrukturierungsgesetz und der darin enthaltenen sogenannten Bankenabgabe beabsichtigt, die Verursacher der Finanzmarktkrise auch finanziell in die Pflicht zu nehmen und sie an den Kosten für mögliche künftige Bankenrettungen zu beteiligen.

Dort gilt das Gleiche, was auch für die Einlagensicherungsrichtlinie gilt: Eine Beteiligung von Sparkassen und Genossenschaftsbanken an der sogenannten Bankenabgabe würde gerade die Gruppen von Kreditinstituten belasten, die aufgrund ihrer Geschäftsausrichtung und ihrer eigenen, selbst finanzierten Sicherungssysteme nicht in der Gefahr stehen, je von staatlichen Hilfen abhängig zu werden.

Der Bundesrat hat daher zu Recht festgestellt, dass unter diesem Vorzeichen institutsgesicherte Banken und Sparkassen nicht vom Restrukturierungsfonds profitieren und infolgedessen auch nicht in ihn einzahlen sollten.

(Zustimmung bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, da im Deutschen Bundestag auch dieses Gesetz inzwischen abschließend beraten und beschlossen worden ist, fragen wir Sie, weshalb Sie nicht den gleichen Kontext wie Ihre eigene Landesregierung hergestellt und in Ihrem Antrag die schwarz-gelbe Bundesregierung aufgefordert haben, die Sparkassen sowie die Volks- und Raiffeisenbanken von der Bankenabgabe auszunehmen.

(Johanne Modder [SPD]: Aha!)

Das dürfte Ihnen doch bei Ihren Parteifreunden in Berlin viel leichter fallen als das in Ihrem Antrag enthaltene Engagement gegenüber der Europäischen Kommission.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Im Übrigen würden Sie damit auch die Zusagen einhalten, die Ihr eigener Ministerpräsident auf dem Parlamentarischen Abend des Sparkassenverbandes Niedersachsen am 8. September 2010 gemacht hat.

(Johanne Modder [SPD]: Ah ja! - Ulf Thiele [CDU]: Hervorragende Rede!)

Meine Damen und Herren, die bisherigen freiwilligen Sicherungssysteme im Haftungsverbund der Sparkassen und der Sicherungseinrichtungen der Volks- und Raiffeisenbanken haben in der Vergangenheit sehr gut funktioniert und bewiesen, dass sie präventiv und Krisen abweisend wirken. Diese wollen wir erhalten und wenden uns gegen jede Regelung, egal auf welcher Ebene, die zu einer Verringerung des Anlegerschutzes in Deutschland führen und die Wettbewerbsgleichheit im deutschen Bankensystem gefährden würde.

Insofern ist Ihr Antrag, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, vollkommen richtig, aber leider unvollständig. Darüber hätten wir gerne im Ausschuss diskutiert. Von daher werden wir uns heute bei der Abstimmung enthalten.

(Starker Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Frau Geuter. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Möllring das Wort.

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Geuter, was Sie hier gerade eingefordert haben, haben wir gestern im Finanzausschuss des Bundesrates beantragt. Das war ein gemeinsamer Antrag von Hessen und Niedersachsen. Es waren insgesamt sechs verschiedene Anträge - ich habe nicht alle dabei -, die zum Teil mit 16 : 0 und zum Teil auch mit 14 : 2 durch den Finanzausschuss des Bundesrates gegangen sind. Alles, was Sie hier gefordert haben, ist also bereits gestern von uns erledigt worden, sodass Sie diesem Antrag inzwischen auch zustimmen können.

(Reinhold Hilbers [CDU] - zur SPD -: Wir sind Ihnen bereits voraus! - Gegenruf von Renate Geuter [SPD]: Warum wollen Sie das dann nicht in den Antrag aufnehmen?)

- In den Antrag muss das nicht aufgenommen werden, weil es gestern erledigt worden ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Johanne Modder [SPD]: Warum haben Sie denn überhaupt einen Antrag gestellt?)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Nun hat Herr Klein für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir können den Antrag heute selbstverständlich durch Sofortabstimmung erledigen. Allerdings können wir Ihnen keine Zustimmung bieten. Mit viel gutem Willen werden wir uns bei diesem Antrag enthalten, weil Ihre vier Beschlusspunkte nicht grundsätzlich falsch sind und weil uns auch gewisse Parallelitäten zu dem Entschließungsantrag in Baden-Württemberg aufgefallen sind, der von CDU, SPD, FDP und den Grünen gemeinsam verabschiedet worden ist.

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

Aber es gibt drei Mängel.

(Ulf Thiele [CDU]: Ein Zeichen von Schwäche!)

Erstens, Herr Thiele, reflektiert dieser Antrag nicht den aktuellen Sachstand der Diskussion. Die Subsidiaritätsrüge des Bundes ist inzwischen längst gescheitert - erwartungsgemäß. Sie ist erwartungsgemäß gescheitert, weil es relativ klar war, dass es in unserem Binnenmarkt inhaltlich und rechtlich nicht zu halten ist, der EU Zuständigkeiten für Finanzmarktfragen abzusprechen. Sie ist auch deswegen erwartungsgemäß gescheitert, weil CDU und FDP es eben nicht im Kreuz hatten, eine Lösung vorzuschlagen, wie man die Besonderheiten des deutschen Bankensystems in die europäischen Belange einarbeiten kann, sondern auf dem Status quo beharren. Ich kann nur das Fazit ziehen, dass wir hier eine weitere europäische Fehlleistung von Schwarz-Gelb haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Der zweite Mangel: In diesem Antrag steht eine Menge drin, aber per Saldo transportiert er die Botschaft: Alles ist gut in Deutschland, und eigentlich können wir doch alles so lassen, wie es ist.

Mit Verlaub, meine Damen und Herren: Die Aussage, das deutsche System der Einlagen- und Institutssicherung habe sich bewährt, finde ich

leichtfertig, hochspekulativ, ja, schlicht und einfach unzutreffend; denn es war die Garantieerklärung von Merkel und Steinbrück, durch die sich genau diese Bewährungsprobe erübrigt hat. Gott sei Dank, wie man heute wahrscheinlich sagen muss. Das Sicherungssystem der privaten Banken war am Ende, bevor die Krise überhaupt richtig angefangen hatte. Sonst wären die Verstaatlichung der HRE bzw. der Commerzbank und die verschiedenen Rettungsschirme überhaupt nicht notwendig gewesen.

Die deutsche Einlagensicherung, meine Damen und Herren, hat sich allenfalls aus Bankenperspektive bewährt, aber sicherlich nicht aus Sicht des Steuerzahlers.

(Zustimmung von Enno Hagenah [GRÜNE])

Deswegen gilt, glaube ich, nach dieser Krise das Motto der Nichtregierungsorganisationen: Hört auf die Menschen und nicht auf die Banken!

Meine Damen und Herren, auch die Sparkassen sind doch nicht aus dem Schneider. Ihre Institutsicherung zielt doch vor allen Dingen auf einzelne managementbedingte Versager. Bei systemischen Belastungen können auch hier schnell die Grenzen erreicht sein. Ihrer regionalen Stabilität stehen Risiken einer fragilen Landesbanksituation gegenüber. Denken Sie doch einmal an die geplatzte Fusion von BayernLB und WestLB. Bei der WestLB wird es inzwischen zeitlich ganz schön knapp für eine werterhaltende Lösung, und noch keine der NRW-Sparkassen hat ihre Landesbankanteile entsprechend wertberichtigt. Das heißt, das kann noch ganz schön fatal werden.

Der dritte Punkt, den wir kritisieren: Der Antrag setzt zu spät ein. Ich finde, bevor wir darüber nachdenken, wie immer höhere Risiken abgesichert werden können, müssen wir die Risiken doch so begrenzen, dass Sicherungssysteme verursachernah und wirtschaftlich gestaltet werden können. An erster Stelle stehen der Schutz des Sponsors vor Zockerei und die Frage, wie das Phänomen „too big to fail“ verhindert werden kann. Das sind die Fragen, die erst gelöst werden müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei, meine Damen und Herren, steht die Bundesregierung echt auf der Bremse. Bisher hat sie außer ihrem symbolischen Beitrag zu den Leerverkäufen nichts beitragen können. Die Begründung ist immer dieselbe: zu teuer, belastet Kunden und Wirtschaft. - Aber dazu sage ich Ihnen: Ja, meine

Damen und Herren, Sicherheit im Bankenwesen kostet Geld. Dann darf man aber nicht immer nur an die Kunden denken, sondern mir fallen dabei auch Banker-Boni oder der Verzicht auf Standardkapitalrenditen von 25 % ein. Da können wir ansetzen.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ein letzter Satz!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Ein letzter Satz, meine Damen und Herren: Die Bundesregierung muss ein Modell vorlegen, das mit den europäischen Anforderungen kompatibel ist und das die befürchteten Doppelbelastungen von Sparkassen und Genossenschaftsbanken vermeidet. Eine politische Verständigung ist erforderlich, keine isolierende Abwehrhaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Der Herr Kollege Schönecke hat sich zu einer Kurzintervention von anderthalb Minuten gemeldet. Bitte schön!

Heiner Schönecke (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Lieber Herr Klein, das ist eben der Unterschied zwischen Opposition und Regierung: Nur Nein zu sagen und nur aufzuzählen, wo die Fehler sind, reicht nicht.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Wir haben vorhin so schön für Sie geklatscht!)

Man muss dann auch sagen, wie man es machen soll.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe doch sehr deutlich darauf hingewiesen, dass wir über Jahrzehnte zumindest in zwei Säulen unseres Modells einen absoluten Kundenschutz hatten. Volksbanken und Sparkassen haben über Jahrzehnte bewiesen, wie dieses Einlagensicherungssystem funktioniert. Das ist doch völlig unstrittig.

Wenn die EU jetzt etwas draufsatteln will, dann sagen wir in unserem Antrag doch ganz deutlich, was wir möchten.

Die Antwort vonseiten der Opposition kann doch nicht lauten, sich zu enthalten, sondern hier heißt es doch ganz deutlich: Wir wollen dieses System,

wie wir es über Jahrzehnte gehabt haben, behalten. Wenn die EU etwas anderes will, dann muss etwas draufgesetzt werden, was zu unserem System passt.

(Enno Hagenah [GRÜNE]: Wir wollten doch direkt überweisen!)

Deshalb ist Enthaltung der falsche Weg.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Klein, Sie haben die Möglichkeit, zu antworten. Bitte schön!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schönecke, Ihr Vorwurf trifft nicht; denn es ist genau umgekehrt.

In Ihrem Antrag und auch im Handeln der Bundesregierung sehen wir genau die Verweigerung, den Verzicht, irgendeine Lösungsmöglichkeit zu nennen. Die Subsidiaritätsrüge war nichts anderes, als zu sagen: Wir lassen alles beim Alten, und man hat uns da nicht reinzureden. - Das war ein Riesenfehler.

Auch Ihr Antrag beschreibt nicht, wie denn ein System konkret aussehen soll, das einen europaweiten Einlegerschutz gewährleistet, der eine entsprechende Wettbewerbsgleichheit sichert und der trotzdem zu keinen Doppelbelastungen etwa bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken führt.

Einen solchen Vorschlag gibt es nicht. Es gibt ihn nicht, weil sich CDU und FDP in diesem Fall schlicht und einfach nicht einigen konnten. Deswegen haben Sie sich auf den Standpunkt gestellt: Dann verweigern wir uns eben ganz. - Das ist genau das, was wir an diesem Antrag kritisieren.

Lassen Sie uns diesen Antrag in den Ausschuss bringen! Lassen Sie uns darüber nachdenken, wie man das zusammenbringen könnte! Darüber denkt im Moment die ganze Republik nach. Dann können wir vielleicht zu einer gemeinsamen Lösung kommen.

Aber Sie können uns beim besten Willen nicht zumuten, solchen halbfertigen Dingen, wie Sie sie jetzt vorgelegt haben, zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die Fraktion DIE LINKE hat sich Herr Dr. Sohn gemeldet. Bitte schön!

Dr. Manfred Sohn (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Schönecke, da haben Sie aber Glück gehabt! Sie haben deshalb Glück gehabt, weil wir überlegt haben, ob wir auf der Grundlage unserer Presseerklärung vom 30. September, also drei Wochen vor Ihrer Antragstellung, einen Antrag stellen. Dieser Antrag hätte zu vier Fünfteln genauso geklungen wie Ihr Antrag, und dann hätten Sie den wegen Ihrer Unvereinbarkeitsbeschlüsse ablehnen müssen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Tja!)

Ich lese Ihnen aus der Presseerklärung vom 30. September 2010 vor:

„DIE LINKE im Landtag hat davor gewarnt, dass ein neues Vorhaben der Europäischen Kommission die Sparkassen gegenüber den Privatbanken benachteiligt. Die beiden Vorsitzenden der Linksfraktion“

- also Frau Flauger und ich -

„haben die Kommission jetzt in einem Brief darum gebeten, von ihrer geplanten Erneuerung des Einlagesicherungssystems Abstand zu nehmen.“

Dann folgt die Argumentation, die mit der von Ihnen vorgetragenen fast deckungsgleich ist. Wir sagen dann allerdings auch:

„Das Vorhaben der Kommission zeige,“

- das würden Sie vielleicht nicht so ganz teilen -

„wie sehr eine konservativ-liberale Politik auf Europaebene vorherrsche - eine Politik, die private Banken schütze und den Sparkassen Steine in den Weg lege. Werden diese Pläne umgesetzt, werden die Sparkassen ihr Sponsoring zurückfahren müssen und weniger Steuern zahlen können“.

Das haben wir damals erklärt.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun haben Sie auch deshalb Glück gehabt, weil wir natürlich einige weitergehende Forderungen haben. Das weiß auch die Landesregierung. Herr

Schünemann hat es sogar in seinem kleinen Büchlein aufgeschrieben. Er hat netterweise aus einem Aufsatz in einem Buch, das ich mit Sahra Wagenknecht und ein paar anderen zusammen geschrieben habe, zitiert, nämlich zur Frage der weiteren Perspektive.

(Wilhelm Heidemann [CDU]: Wo kann man das Buch denn kaufen?)

Die Frage der weiteren Perspektive klammern Sie hier aus. Wenn man sich den Antrag anguckt, dann sieht man, dass Sie ein bisschen über ein Problem hinweghobeln. Ich zitiere einmal aus dem Antrag:

„Durch das Neben- und Miteinander von Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Instituten und Genossenschaftsbanken hat Deutschland gerade auch in der Krise einen stabilisierenden Einfluss erfahren.“

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

So weit, so richtig. Aber dann muss man doch einmal hingucken, wer in der Krise eigentlich stabilisiert hat und wer destabilisiert hat. Stabilisiert haben die Genossenschaftsbanken und Sparkassen, und destabilisiert haben die Privatbanken.

(Beifall bei der LINKEN)

Also muss man, wenn man sauber arbeitet, in der Konsequenz dessen sagen: Es reicht nicht, die Sparkassen nur zu schützen, sondern sie müssen gestärkt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Die weitere Schlussfolgerung daraus muss sein: Nicht nur Abwehr - das ist wie beim Fußball: nicht in der Defensive bleiben -, sondern in die Offensive gehen und die Sparkassen stärken. Das kann man relativ einfach machen; denn die Privatbanken, wie z. B. die Commerzbank, sind zum großen Teil ja schon verstaatlicht. De facto ist die Commerzbank verstaatlicht. Also leiten wir die Kunden dieser de facto verstaatlichten Commerzbank sinnvoll und geordnet auf die bewährten stabilen Sparkassen über. Das wäre der nächste Schritt. In der Perspektive brauchen wir zwar die Sparkassen, die Genossenschaftsbanken und vielleicht auch ein paar Nischenprivatbanken so wie Pfandleiher.

(Christian Grascha [FDP]: Die Deutsche Bank ist eine Nischenbank?)

Aber ansonsten kann ein Finanzdienstleistungssystem mit Sparkassen und Genossenschaftsbanken

ken glänzend funktionieren. Dieser weitergehende Aspekt fehlt jedoch in Ihrem Antrag. Deshalb werden wir uns bei der Abstimmung enthalten, auch um Ihnen nicht auch noch unsere Zustimmung zu Ihrem Antrag zuzumuten, nachdem wir schon den Großteil des Beifalls zu Ihrem Beitrag leisten mussten.

Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN - Jens Nacke [CDU]: Sie sind herzlich eingeladen! Wo kann man das Buch denn kaufen?)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Grascha. Bitte schön!

Christian Grascha (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Sohn, eine Zumutung wäre es gewesen, wenn Sie mit dieser Rede unserem Antrag zugestimmt hätten. Das wäre eine Zumutung gewesen, meine Damen und Herren. Sie haben ja dargestellt: Die allermeisten Privatbanken sind verstaatlicht worden. - Sie müssen sich auch einmal die Realitäten angucken und auch eine Bank wie die Deutsche Bank nehmen, die keine staatlichen Hilfen bekommen hat. Das, was Sie gerade vorgeschlagen haben, ist eine Enteignung von privaten Kapitalgebern. So etwas lassen wir mit Sicherheit nicht zu, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es geht ausschließlich - das ist in einigen Wortbeiträgen nicht zum Ausdruck gekommen - um die Vorlage der Europäischen Kommission, um den Entwurf einer Richtlinie zur Einlagensicherung. Ich teile ausdrücklich das, was der Kollege Klein gesagt hat: Die Einlagensicherung löst sicherlich nicht alle Probleme, sondern wir beschreiten hier einen Weg, auf dem die Kundengelder am Ende sichergestellt werden.

Man muss, wenn man in die Problematik einsteigen will, aber auch noch weiter gehen. Warum ist es denn zu dieser Finanzkrise gekommen? - Es ist deshalb dazu gekommen, weil wir uns z. B. nicht auf die Restrukturierung von Banken vorbereitet und auch keine Lösungen dafür aufgezeigt haben, wie man aus systemischen Risiken herauskommen und eine Restrukturierung zulassen kann. Das

wäre ein möglicher Weg gewesen. Der muss jetzt beschritten werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Finanzkrise war sicherlich eine der schwersten Krisen, die unser Land bis dato erlebt hat. Ich möchte aber eines ausdrücklich sagen: Hier hat nicht der Markt versagt, sondern die staatliche Regulierung hat versagt. Das war die eigentliche Ursache für diese Finanzkrise, meine Damen und Herren.

Trotz massiver Schwierigkeiten, die wir z. B. bei den Landesbanken, bei der Hypo Real Estate und bei der IKB gesehen haben, hat sich unsere Bankenlandschaft in Deutschland insgesamt bewährt. Deswegen gilt es, diese Landschaft auch weiter zu entwickeln.

Jetzt müssen wirksame Regulierungen vorgenommen und Transparenz geschaffen werden. Deswegen wollen wir die Europäische Kommission auf diesem Weg ausdrücklich unterstützen, auch wenn nicht sicher ist, welcher Weg bei dem Entwurf der Einlagensicherungsrichtlinie beschritten wird. Grundsätzlich gilt es aber, wirksame Instrumente wie z. B. die Eigenbeteiligung von Banken zu entwickeln oder Transparenz bei Derivaten zu schaffen. Wir als Liberale wehren uns aber gegen eine Verteufelung sämtlicher Kapitalmarktinstrumente, weil es nämlich auch wirksame Instrumente sind, um Marktmechanismen greifen zu lassen.

Deshalb will ich noch einmal das aufgreifen, was der Kollege Klein zum Thema „Leerverkäufe“ gesagt hat. In der Tat ist es so, dass wir auf Bundesebene eher einen nicht ganz zielgerichteten Beschluss hinsichtlich der ungedeckten Leerverkäufe gefasst haben, weil wir in Deutschland davor schon die gute Situation hatten, dass nach drei Tagen entsprechende Leerverkäufe eingedeckt werden mussten. Insofern muss man zwischen wirksamen Maßnahmen und Schaufensterentscheidungen, die getroffen werden, unterscheiden.

Ich darf für meine Fraktion zusammenfassend sagen: Es darf keine Schlechterstellung der Kunden der Deutschen Bank geben. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die bisherigen individuellen Sicherungsinstrumente in Deutschland, also die Institutssicherung und übrigens auch der Einlagensicherungsfonds der privaten Banken, der ja auch 1,5 Millionen Euro pro Kunde abdeckt, mit berücksichtigt werden. Dafür setzen wir uns ein. Deshalb unterstützen wir, wie gesagt, die Europäische Kommission bei wichtigen Schritten, was die

Finanzmarktregulierung angeht. Darüber hinaus muss es aber auch möglich sein, dass die nationalen Instrumente, die wir hier schon seit Jahren und Jahrzehnten vorhalten und die sich zum großen Teil bewährt haben, mit berücksichtigt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Vielen Dank, Herr Grascha. - Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Klein von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Wort gemeldet. Bitte schön, anderthalb Minuten, Herr Klein!

Hans-Jürgen Klein (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Grascha, gerade Ihr Beitrag hat deutlich gemacht, woran es dem vorliegenden Antrag mangelt.

Bevor wir hier irgendeinem Sicherungssystem einen Persilschein ausstellen - an dieser Stelle schließe ich auch das Sparkassensystem ein -, müssen wir uns zunächst einmal darüber unterhalten, wie wir das Risiko bestimmen und begrenzen können.

Ich weiß jetzt nicht, wie Sie es meinen, wenn Sie sagen, dass Sie die Europäische Gemeinschaft bei den entsprechenden erforderlichen Neuregelungen und Regulierungen unterstützen. Schwarz-Gelb steht da im Moment völlig auf der Bremse: bei den Regelungen zu Basel III, bei der Einlagensicherung, über die der Bundestag debattiert hat - insbesondere mit Blick auf den grauen Markt -, bei der Finanztransaktionssteuer, bei den Beteiligungsregelungen für verbrieftete Papiere. Überall steht die Bundesregierung auf der Bremse, weil sich Schwarz-Gelb nicht einigen kann. Insofern sehe ich Ihren Beitrag da noch nicht.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Grascha, Sie möchten antworten. Auch Sie haben anderthalb Minuten.

Christian Grascha (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Klein, Ihr Wortbeitrag hat genau deutlich gemacht, dass da der Unterschied ist. Wir setzen auf die Instrumente, die tatsächlich wirksam sind. Das Beispiel Finanzmarkttransaktionssteuer, das Sie angeführt haben, ist ein Beispiel, das eben nicht greift. Die Finanz-

markttransaktionssteuer hätte die Finanzmarktkrise, die wir erlebt haben, nicht verhindert, weil es nur ein Placeboeffekt ist, der am Ende nur dazu führt, dass Kleinstsparer in Deutschland belastet werden. Solche Instrumente machen wir definitiv nicht mit. Wir setzen auf wirksame Instrumente, die den Menschen tatsächlich helfen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Grascha. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Sie haben vorhin gehört, dass die CDU sofortige Abstimmung beantragt hat. Sie wissen, dass wir eine sofortige Abstimmung durchführen können, wenn nicht mindestens 30 Mitglieder des Landtages für eine Ausschussüberweisung plädieren. Insofern frage ich der guten Ordnung halber vorab: Wird Ausschussüberweisung beantragt? Dann bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Damit ist Ausschussüberweisung beantragt worden.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Das war die erste Abstimmung, die ihr gewonnen habt!)

Darüber sind wir uns hier oben im Präsidium einig.

Ich muss jetzt noch mitteilen, welcher Ausschuss den Antrag beraten soll.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Kultus!)

- Der Kultusausschuss würde sich mit Sicherheit freuen. Ich würde aber dafür plädieren, dass der Ausschuss für Haushalt und Finanzen tätig wird. Kann ich Sie damit für einverstanden halten? - Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen worden. Herzlichen Dank.

Wir kommen nun zum **Tagesordnungspunkt 40:**

Extremismus weiter konsequent bekämpfen - keine pauschale Gleichsetzung! - Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2989

Dieser Antrag soll ohne Beratung gleich an den Ausschuss überwiesen werden, und zwar an den Ausschuss für Inneres und Sport. - Höre ich etwas anderes? - Das ist nicht der Fall. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 41** auf:

Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigen - Kooperation mit Norwegen und Dänemark beim Netzausbau verstärken - Vorrang für Erdverkabelung in Niedersachsen durchsetzen
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -
Drs. 16/2994

Auch dieser Antrag soll heute ohne Beratung direkt an den Ausschuss überwiesen werden.

Der Ältestenrat hat empfohlen, den Antrag an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung zu überweisen. Der Antrag behandelt aber unter dem Aspekt der Kooperation mit Norwegen und Dänemark auch das Thema der Erdverkabelung. Das war bereits Gegenstand der Befassung im Umweltausschuss. Deshalb möchte ich nachfragen, ob dieser Antrag federführend an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz überwiesen werden soll.

(Anette Meyer zu Strohen [CDU]: Ja!)

- Ich höre ein Ja.

Gibt es Gegenstimmen zu dem Vorschlag, den Antrag zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz zu überweisen? - Das ist nicht der Fall. Wir verfahren so. Mitberatend wird der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung tätig. - Auch dazu höre ich keinen Widerspruch. Damit haben Sie so beschlossen.

Ich rufe den für diese Sitzungswoche letzten Tagesordnungspunkt auf, und zwar den **Tagesordnungspunkt 7**:

Zweite Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/2705 - Beschlussempfehlung des Kultusausschusses - Drs. 16/3001 - Schriftlicher Bericht - Drs. 16/3025

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Gesetzentwurf mit Änderungen anzunehmen.

Eine mündliche Berichterstattung ist leider nicht vorgesehen, sodass wir gleich die Beratung eröff-

nen können. Für die CDU-Fraktion hat sich Frau Kollegin Meyer zu Strohen zu Wort gemeldet.

Anette Meyer zu Strohen (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niedersachsen überträgt ab dem 1. Januar 2011 das erfolgreich abgeschlossene Modellprojekt ProReKo auf alle berufsbildenden Schulen und entwickelt diese damit zu eigenverantwortlichen und dienstleistungsorientierten Kompetenzzentren ihrer Region.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das sucht seinesgleichen. Kein anderes Bundesland schafft seinen berufsbildenden Schulen in einem solchen Maß Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit. Wir geben damit der beruflichen Bildung eine völlig neue Dimension.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit der Novellierung des Niedersächsischen Schulgesetzes werden die Herzstücke der positiven Ergebnisse aus dem ProReKo-Modellversuch auf alle 134 berufsbildenden Schulen übertragen. Damit setzen wir alle Aspekte aus unserer mit großer Mehrheit getragenen Landtagsentschließung vom 18. Februar 2010 konsequent um,

(Beifall bei der CDU)

die einer Änderung des Schulgesetzes bedürfen. An dieser Stelle möchte ich mich schon einmal herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit vor allem bei den Beratungen in der letzten Sitzung des Kultusausschusses bedanken.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Vor dem Hintergrund, dass fast 80 % der jungen Menschen eines Jahrgangs eine berufsbildende Schule durchlaufen, liegt es auf der Hand, dass die Schulformen des berufsbildenden Schulwesens eine ganz zentrale strategische Bedeutung für die Qualifizierung unserer zukünftigen Fachkräfte besitzen. Auch ein erheblicher Anteil unserer Hochschulabsolventen - es sind, glaube ich, ca. 40 % - erlangt die Studienberechtigung im Bereich der beruflichen Bildung. Eine Umbenennung der Fachgymnasien in „Berufliche Gymnasien“ liegt damit auf der Hand. So wird deutlicher, dass an dieser Schulform die allgemeine Hochschulreife vergeben wird.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun kurz die wesentlichen Änderungen des Niedersächsischen Schulgesetzes vorstellen.

Die erste wichtige Veränderung, die wir aus der ProReKo-Projektphase umsetzen werden, betrifft wesentliche Elemente der Schulverfassung. Wir werden diese an die Besonderheiten im Lehrbetrieb einer berufsbildenden Schule anpassen und darauf abstimmen. Im Einzelnen bedeutet das: Die Zusammensetzung des Schulvorstandes erfährt eine wesentliche Veränderung, indem auch dritte an der beruflichen Bildung Beteiligte neben Eltern, Schülern und Schulvertretern Sitz und Stimme in diesem Gremium erhalten werden. Dies ist besonders bemerkenswert, weil damit erstmalig Externe, insbesondere Vertreterinnen und Vertreter von Kammern und der ausbildenden Wirtschaft, institutionell in ein schulisches Entscheidungsgremium eingebunden werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ergänzend wird dazu künftig die Verpflichtung zur Einrichtung eines Beirates als Beratungsorgan eingeführt.

Eine weitere wichtige Änderung ist die rechtliche Verankerung der Bildungsgangs- und -fachgruppen. Diese beiden Gruppen lösen dann die bisherigen Fachkonferenzen ab. Wir stärken auf diesem Weg die Kooperation der Lehrkräfte und betonen ihre Verantwortung für die Qualität des Unterrichts.

Das alles sind Änderungen, die die Entscheidungs- und Verantwortungsebenen in den Schulen neu strukturieren. Das wesentliche Element ist dabei die künftige Zusammensetzung dieser Gremien. Zugleich gilt der Grundsatz, dass Entscheidungen in der Schule dort gefällt werden, wo auch die Arbeitsprozesse anfallen.

(Beifall bei der CDU)

Das Resultat dieser Änderungen des Schulgesetzes sind klare, schlanke und moderne Organisationsstrukturen, die damit eine klare Entscheidungs-, Verantwortungs- und Kooperationsstruktur definieren. Durch die Einbindung weiterer an der beruflichen Bildung Beteiligter in die Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse der Schule wird die erforderliche Abstimmung und Kooperation mit den Ausbildungsbetrieben der Wirtschaft intensiviert. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und seiner Auswirkungen auf die Entwicklung der Schülerzahlen und damit auch auf die Bildungsgänge an berufsbildenden Schulen kommt gerade dieser Änderung eine herausragende Bedeutung zu.

Außerdem werden wir mit der Novellierung des Schulgesetzes den berufsbildenden Schulen er-

weiterte Möglichkeiten der Kooperation und Beteiligung an Bildungsangeboten Dritter auf dem Gebiet der Fortbildung geben. Aber wir legen großen Wert darauf, dass dies immer im Konsens mit den Vertretern der ausbildenden Wirtschaft geschieht. Dazu wird ein entsprechender Erlass erarbeitet werden.

Zweitens schaffen wir mit dieser Novellierung des Schulgesetzes die Rechtsgrundlage zur Beschäftigung von Verwaltungspersonal an den berufsbildenden Schulen und dessen Finanzierung aus Landesmitteln.

Wir können stolz darauf sein, dass es uns gelungen ist, den berufsbildenden Schulen in dieser Frage rechtliche Sicherheit zu geben. Die Unterstützung durch Verwaltungspersonal ist von den Schulen immer zu Recht als wichtig und notwendig betrachtet worden. Es wird also zukünftig zusätzliches administratives Personal für Personal- und Finanzbewirtschaftungsaufgaben zur Verfügung stehen, und die Bezahlung dieser Bediensteten erfolgt aus Landesmitteln.

Meine Damen und Herren, die dritte bedeutsame Änderung, die wir in diese Gesetzesnovelle einbringen, ist das gemeinsame Budget aus Landes- und Schulträgermitteln. Die Ergebnisse des Schulversuchs ProReKo haben uns gezeigt, dass ein solches Budget den finanziellen Handlungs- und Planungsspielraum der Schulen erheblich vergrößert und die Selbstverantwortung der Schulen stärkt sowie den aktuellen Erfordernissen einer modernen und flexiblen Haushaltsführung und Bewirtschaftung entspricht, die wir aus anderen Bereichen, z. B. von den Hochschulen und Krankenhäusern, kennen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit dem neu eingebrachten § 112 a eröffnen wir den berufsbildenden Schulen diese wichtige Option. Wir hoffen und gehen davon aus, dass möglichst viele Schulträger ihre Mittel in ein gemeinsames Budget einbringen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, aus Zeitgründen kann ich nicht explizit auf alle Änderungen eingehen. Es gilt jetzt das ProReKo-Erfolgsmodell und insgesamt die positiven Erfahrungen daraus auf die übrigen 115 berufsbildenden Schulen in Niedersachsen zu übertragen. Mit der Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes schaffen wir die Rahmenbedingungen für eine moderne und innovative Berufsausbildung an den berufsbildenden

Schulen und sichern damit deren Attraktivität für unsere Jugendlichen und jungen Erwachsenen.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte gerne an dieser Stelle noch eines sagen - ich denke, das sollte auch gesagt werden -: Wie ein breiter, bunter - in diesem Fall - Faden hat sich der Konsens der Fraktionen durch das gesamte Modellvorhaben ProReKo gezogen -

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Nicht aller!
Nicht aller!)

- nein, fast aller -

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Der Vernünftigen!)

von den Anfängen bis heute. Da waren die Linken noch nicht im Landtag. Ich sage einmal: So etwas ist motivierend. Darüber habe ich mich außerordentlich gefreut. Ich hoffe auch, dass wir bei den großen Themen, die noch anstehen werden, wie Inklusion, eventuell auch einen Konsens erzielen können.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP sowie Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Frau Kollegin Korter zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Ina Korter (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum 1. Januar 2011 sollen alle berufsbildenden Schulen in Niedersachsen regionale Kompetenzzentren werden. Deshalb beschließen wir heute über den Gesetzentwurf von CDU und FDP, der nicht zuletzt aufgrund unserer Vorschläge eine Reihe von Veränderungen durchgemacht hat. Wir Grünen haben den Weg in mehr Autonomie der Schulen, insbesondere der berufsbildenden Schulen, schon lange vorangetrieben, wenn er mit mehr Qualität, demokratischer Teilhabe und zugleich mit mehr Verantwortung einhergeht.

Gegenüber dem Gesetzentwurf von CDU und FDP war es uns deshalb wichtig, dass die demokratische Beteiligung im Schulvorstand verbessert wird, dass es einen verpflichtenden Beirat gibt, in dem die außerschulischen Partner verlässlich mitarbeiten,

dass aber der Einfluss der ausbildenden Wirtschaft im Schulvorstand nicht zu groß wird.

Der verpflichtende Beirat ist im Gesetz. Die demokratische Beteiligung von Schülervvertretungen und Elternvertretungen im Schulvorstand wurde auf zusammen ein Drittel verbessert. Ob das ausreicht, wird die Praxis zeigen.

Die Mitwirkung der an Ausbildung beteiligten Einrichtungen im Schulvorstand ist jetzt mit einem Sechstel vorgesehen, nicht mehr mit 25 % wie vorher. Während wir dies für die allgemeinbildenden Schulen ablehnen, kann man mit diesem Kompromiss in den berufsbildenden Schulen erst einmal arbeiten und beobachten, wie er sich bewährt.

(Zustimmung bei der FDP - Karl-Heinz Klare [CDU]: Sehr gut!)

Denn eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, muss man ja bedenken: Berufsbildende Schulen sind nur ein Teil der beruflichen Bildung, vor allem im dualen System. Zu dem anderen Teil gehören auch immer die ausbildenden Einrichtungen, die ausbildende Wirtschaft, die auch so stärker in Verantwortung genommen werden kann.

Wir haben mit unserem Änderungsvorschlag zudem gefordert, dass das Land die Personalkosten für Verwaltungsleitungen und Assistenzen an den berufsbildenden Schulen übernimmt und dass die Schulen und niemand sonst das gemeinsame Budget aus Landes- und Schulträgermitteln bewirtschaften und daraus ihre Verwaltungsleitungen einstellen oder das entsprechende Know-how einkaufen können.

Ich hätte mir gewünscht, dass die Formulierung, dass das gemeinsame Budget von den Schulen bewirtschaftet wird, explizit im Gesetz steht, wie auch vom Gesetzgebungs- und Beratungsdienst empfohlen. Ich denke, wenn das hier noch einmal deutlich erklärt wird, dann können sich die Schulen auch wirklich darauf verlassen.

Zwei Punkte sind aus meiner Sicht noch nicht zufriedenstellend. Erstens. Ich sehe keinen Grund, warum die kollegiale Schulleitung für berufsbildende Schulen abgeschafft und aus dem Gesetz gestrichen werden soll.

(Björn Försterling [FDP]: Das haben wir so oft versucht zu erklären!)

Zum Zweiten sind die Mitwirkungsrechte für Schüler- und Elternvertretungen in den Fachgruppen nicht ausreichend. Ich denke, hier muss nachgebessert werden. Vermutlich ist das der Eile ge-

schuldet, in der dieses Gesetz wieder einmal in den Beratungen durchgezogen wurde, weil die Regierungsfractionen wirklich im letzten Moment mit ihrem Gesetzentwurf in die Strümpfe kamen.

Zusammengefasst will ich aber sagen: Die meisten unserer Vorschläge sind akzeptabel umgesetzt worden. Wir wollen, dass sich die berufsbildenden Schulen zu modernen und leistungsfähigen Bildungseinrichtungen entwickeln, die flexibel auf regionale Bedarfe reagieren können. Wir sind aber auch der Meinung, dass dieser Prozess extern evaluiert werden muss. Dazu brauchen wir eine qualifizierte, möglichst unabhängige Schulinspektion. Deshalb werden wir nicht zustimmen, dass der Charakter der Schulinspektion durch Umformulierungen im Gesetz mal eben verändert wird.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: Da steht doch gar nichts von Schulinspektionen drin!)

Meine Fraktion beantragt deshalb, über diesen Punkt gesondert abzustimmen.

Meine Damen und Herren, die landesweite Weiterentwicklung unserer berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren ist eine große Herausforderung. Als Grüne wollen wir sie konstruktiv, aber auch kritisch begleiten, jedoch auch unterstützen. Wir werden beobachten, was sich in der Praxis bewährt. Dort, wo Verbesserungsbedarf besteht, werden wir korrigieren, spätestens 2013 nach der Landtagswahl.

Dem gemeinsam veränderten Gesetzentwurf werden wir heute zustimmen, der Veränderung bei der Schulinspektion nicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD sowie von Karl-Heinz Klare [CDU])

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Frau Kollegin Korter. - Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Kollege Poppe zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Claus Peter Poppe (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Björn Försterling [FDP]: Aber nicht die Pressemitteilung vorlesen!)

Die Weiterentwicklung der berufsbildenden Schulen in Niedersachsen ist seit Langem ein Anliegen, das die großen Fraktionen dieses Hauses gemeinsam verfolgen. Das war so bei der Initialisierung des Schulversuchs ProReKo im Jahr 2001, das war bei verschiedenen Entschließungsanträgen so, zuletzt im Januar dieses Jahres, und das setzt sich auch heute fort.

Aber so selbstverständlich wie das klingt, ist es nicht. Denn die Vorlage, die im August von den Fraktionen der CDU und der FDP eingebracht worden ist, war lückenhaft und keinesfalls zustimmungsfähig. Sie ist erst durch erheblichen Druck von unserer Seite, aber auch von den betroffenen Schulen so weit gebracht worden, dass die SPD-Fraktion ihr heute zustimmen kann.

(Beifall bei der SPD)

Denn sie beruhte zwar im Grundsatz auf dem gemeinsamen Entschließungsantrag von vier Fraktionen dieses Hauses vom Februar dieses Jahres und auf gemeinsamen Entschlüssen zum Schulversuch ProReKo seit 2001, aber sie enthielt wichtige Forderungen daraus nicht.

Die wichtigste dieser Forderungen betraf die Verankerung der im Zuge des Schulversuchs ProReKo in den Schulen installierten Verwaltungsleitungen im Gesetz und ihre stellenmäßige Absicherung.

Der Herr Kultusminister irrte - um es vorsichtig zu sagen -, als er in der Einbringungsdebatte sagte, alle Elemente der Entschlüsselung vom Januar seien bereits im Entwurf enthalten. Dieser wichtige Gesichtspunkt fehlte; er ist nach langem Ringen in den §§ 53 und 112 ergänzt worden.

(Beifall bei der SPD)

Bei dem nächsten zentralen Streitpunkt ging es um die Verteilung der Gewichte im Schulvorstand. Hier ging es um ein Austarieren von gerade im berufsbildenden Schulwesen sehr unterschiedlichen Interessen. Wie stark darf die Rolle der Schulleitung gerade in Relation zu den Lehrkräften insgesamt sein? Welche Rolle spielen die Eltern- und Schülervertreter? Wie viele Sitze können und dürfen an außerschulische Vertreter gehen? - Solche Fragen waren abzuwägen.

Mit der nun gefundenen Lösung wurde die Rolle der Schülervertretungen und der Eltern gestärkt, und die außerschulischen Vertreter, etwa der Wirtschaftsverbände, sind nach wie vor berücksichtigt, können aber darüber hinaus in den nun verbindlich

eingeführten Beirat, der - wie der Name sagt - beratend tätig ist, ihre Sach- und Fachkompetenz einbringen.

Ein dritter für uns wesentlicher Aspekt ist: Soll der Schulleiter die Vorsitzenden bzw. Leiter von Fachkonferenzen und von Bildungsgang- und Fachgruppen bestimmen dürfen? - Auch hier wurde eine Formulierung gefunden, die dafür sorgt, dass dies im Benehmen mit dem jeweils betroffenen Gremium zu erfolgen hat.

Eine im Zuge der Gesetzesberatungen vorgenommene Ergänzung betrifft nicht unmittelbar den Schulversuch ProReKo, sehr wohl aber die zukünftige Position der berufsbildenden Schulen, und findet unsere Zustimmung, nämlich die Umbenennung der Fachgymnasien in Berufliche Gymnasien. Damit wird ein verbreitetes Missverständnis ausgeräumt, das bei der bisherigen Bezeichnung entstand und ständig Anlass zu Nachfragen war. Das Abitur an dieser Schulform ist kein Fachabitur. Hier wird vielmehr die allgemeine Hochschulreife und damit die Berechtigung zum Studium an jeder Universität vermittelt. Es handelt sich insofern nicht um eine faktische Aufwertung der berufsbildenden Schulen, sondern um einen Imagegewinn und um eine notwendige Klarstellung.

(Beifall bei der SPD - Karl-Heinz Klare
[CDU]: Das kommt aber vom Minister!)

Wenn die SPD-Fraktion also trotz der bei der Einbringung formulierten Bedenken heute der Gesetzesnovellierung zustimmen kann, dann deswegen, weil die Beratungen im Kultusausschuss viel Bewegung gebracht haben und weil alle Beteiligten tatsächlich mit Augenmaß vorgegangen sind.

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Für die faire und zuverlässige Zusammenarbeit bedanke ich mich ausdrücklich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses und hebe namentlich besonders den immer gesprächsbereiten Kollegen von Danwitz hervor.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU, bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Dennoch bleiben einige Unwuchten - um es vorsichtig zu formulieren. Diese haben mit dem Zeitdruck zu tun, den ich schon bei der Einbringung kritisiert habe, der einfach nicht weggeredet werden kann und den übrigens auch der GBD mehrfach kritisiert hat. Auch für diese Unwuchten will ich einige Beispiele nennen.

So wurde der Begriff „Bildungsgang- und Fachgruppen“ neu ins Gesetz eingeführt. Welche Auswirkungen das an welcher Stelle hat, wurde aber nicht ausreichend berücksichtigt. Wir haben bereits dafür gesorgt, dass diese neuen Gremien ebenso wie andere im Niedersächsischen Schulgesetz vorgesehene Gremien Ausschüsse bilden können. Nicht ausreichend bedacht worden ist aber die Beteiligung der Eltern- und der Schülervereine. Darauf weist aktuell noch einmal der Landeselternrat hin. Wir werden uns diesem Hinweis nicht verschließen und sollten ihn bei nächster Gelegenheit aufgreifen. Gleiches gilt für andere Details, die gegebenenfalls auch untergesetzlich geregelt werden können.

Uns wird weiterhin die Verteilung der Zuständigkeiten für das Personal zwischen Land und Schulträger beschäftigen müssen, z. B. für Systemkoordinatoren für Computertechnologie. Da dies allerdings auch für andere große Schulen gilt, konnte es an dieser Stelle nicht abschließend geklärt werden.

Diese Aspekte bleiben zu beobachten. Sie dürfen aber eines nicht verdecken, was ruhig auch einmal öffentlich gesagt werden kann, auch wenn in diesen Tagen andere Themen im Vordergrund stehen und ein bisher noch wenig gefüllter Begriff wie „Oberschule“ mehr Aufmerksamkeit auf sich zieht: Auch so kann parlamentarische Beratung laufen. Sie kann zu einem Verbessern von schwachen Vorlagen und zu einem Ausgleichen von Interessen beitragen, wenn Interessenvertreter und Opposition ihre Argumente und Positionen nachdrücklich und überzeugend vertreten und wenn die Mehrheitsvertreter nicht auf Maximalpositionen verharren. Unter solchen Bedingungen, meine Damen und Herren, ist Konsens möglich, auch in der Schulpolitik. Denken Sie einmal darüber nach!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Herr Kollege Poppe. Unglaublich! - Jetzt hat sich für die FDP-Fraktion Herr Kollege Försterling zu Wort gemeldet.

(Frauke Heiligenstadt [SPD]: Darf die Präsidentin bewerten? - Detlef Tanke [SPD]: Das war nicht zulässig, aber richtig!)

- Das bezog sich auf die nächste Wortmeldung und war keine inhaltliche Bewertung eines Beitrages. Das würde ich nicht machen, Frau Kollegin.

Björn Försterling (FDP):

Frau Präsidentin! Das verwirrt mich an dieser Stelle. Dann würde sich das „Unglaublich!“ ja auf mich beziehen!

(Heiterkeit - Kreszentia Flauger [LINKE]: Da hätte sie allerdings recht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte den Wortbeitrag von Herrn Poppe aufgreifen. In der Tat ist es uns in den Beratungen gelungen, uns aufeinander zuzubewegen. Ich glaube, dass wir jetzt gemeinsam einen wichtigen Schritt zur Weiterentwicklung der Eigenverantwortlichen Schule in Niedersachsen und insbesondere der berufsbildenden Schulen gehen können.

Es ist schon angesprochen worden: Wir werden mit diesem Gesetz das Fachgymnasium in „Berufliches Gymnasium“ umbenennen. Das ist ein wichtiger Schritt, der nach außen hin deutlich macht, dass das Berufliche Gymnasium die allgemeine Hochschulreife vermittelt.

Wir werden die berufsbildenden Schulen in die Lage versetzen, sich an Maßnahmen Dritter zu beteiligen. Hier wird insbesondere noch zu klären sein, wie das im Einzelfall mit der ausbildenden Wirtschaft vor Ort abgestimmt wird. Wir haben auch aus diesem Grund zugestimmt, dass es an den berufsbildenden Schulen verpflichtend einen Beirat geben wird.

Wir haben uns darüber hinaus dafür eingesetzt - und auch da eine Einigung gefunden -, dass wir künftig auch Wirtschaftsvertreter im Schulvorstand haben werden, damit sie auch an dieser Stelle mitreden können; denn es ist wichtig, dass die berufsbildenden Schulen, die insbesondere den Bereich der dualen Berufsausbildung abdecken, auf die Bedürfnisse der Wirtschaft eingehen.

Wir haben Bildungsgangs- und Fachgruppen eingerichtet, um eine zielgerichtete Steuerung der einzelnen Bildungsgänge zu verankern.

Einer der wichtigsten Schritte ist aber tatsächlich - auch das haben die Vorredner angesprochen - die Klärung der Frage der Finanzierung der Verwaltungskräfte. Hier wird jetzt für die berufsbildenden Schulen Klarheit geschaffen. Die Schulen werden zwischen verschiedenen Möglichkeiten entscheiden können, wie sie die Verwaltungskräfte einstellen und flexibel beschäftigen.

Ein aus meiner Sicht sehr wichtiger Punkt zu der Frage, wie die Mitglieder des Kultusausschusses

und der Landtag insgesamt zur Eigenverantwortlichen Schule stehen, war das gemeinsame Budget.

Hierzu gab es einen Formulierungsvorschlag des Landesrechnungshofes und des Kultusministeriums, der eine starre Regelung des Kosten-Lasten-Ausgleichs vorsah.

Da haben wir als Mitglieder des Kultusausschusses deutlich gemacht, dass wir eine flexible, gemeinsame Bewirtschaftung des Budgets durch die Schule erreichen wollen. Wir haben uns für eine Formulierung entschieden, die den Schulen den entsprechenden Freiraum schafft - Freiraum auch für quotale Lösungen -, um das ständige Hickhack an den berufsbildenden Schulen, aus welchem Topf was zu bezahlen ist und in welchem Zeitraum das möglicherweise auszugleichen ist, ein für alle Mal zu beenden.

(Zustimmung bei der FDP)

Damit haben wir noch einmal deutlich gemacht, dass wir den Schwerpunkt darauf legen, dass die Schulen vor Ort immer noch am besten wissen, wie sie sich organisieren sollten und was das Beste für die Schülerinnen und Schüler ist.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Försterling. - Die letzte Wortmeldung für heute kommt von der Fraktion DIE LINKE. Herr Perli, Sie haben das Wort!

Victor Perli (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird heute die Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die geplante Gesetzesnovelle hat ihren Ursprung im ProReKo-Modellversuch, der die berufsbildenden Schulen in Niedersachsen besser machen sollte. Heute wissen wir, dass dieses Ziel in Kernbereichen nicht erfüllt wurde. Stattdessen werden demokratische Mitbestimmungsrechte an den Schulen abgebaut, der Privatisierung ein Stück weit die Tür geöffnet und die Unterrichtsversorgung geschleift. Einer solchen Reform wird die Linke nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich mache das an drei Beispielen deutlich.

Erstens. Sie nehmen eine Neuordnung der Schulgremien vor. Interessant ist, dass Sie hierbei die Proteste des Landeselternrates, des Landesschülerrates und der Vertretung der Beschäftigten erhalten und ignoriert haben.

(Dr. Karl-Ludwig von Danwitz [CDU]:
Das stimmt doch gar nicht!)

Zustimmung ernten Sie von den Kammern, von den Arbeitgebern und den Schulleitungen. Meine Damen und Herren, die Linke lehnt diese Änderungen ab, und sie ist damit nicht allein.

(Beifall bei der LINKEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Doch, hier schon!)

Bisher waren im Schulvorstand an den Nicht-ProReKo-Schulen zur einen Hälfte Lehrer und zur anderen Hälfte Schüler bzw. Erziehungsberechtigte vertreten. Nun wollen Sie für alle berufsbildenden Schulen einführen, dass die Schulleitung selbst ein Viertel der Sitze im Schulvorstand einnimmt. Das hat zur Folge, dass der Schulleiter sich selbst kontrolliert; denn eine Aufgabe des Schulvorstandes ist es, über die Korrektheit der Verwendung der Haushaltsmittel zu wachen und über die Entlassung des Schulleiters zu entscheiden.

Meine Damen und Herren, bei so einer Verquickung von Kompetenzen machen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens gewähren Sie außerschulischen Partnern in der beruflichen Bildung ein Sechstel der Stimmen im Schulvorstand. Für die Linke ist klar: Der Schulvorstand ist ein schulinternes Gremium. Hier dürfen Externe kein Stimmrecht haben.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Gerne kann der Fachverband von außen in den Beirat integriert werden - aber nicht mit Sitz und Stimme in den Schulvorstand.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Öffnung der Schulen für Private machen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN)

Nach dem Inkrafttreten dieser Novelle bezahlt das Land Verwaltungskräfte an den berufsbildenden Schulen. Doch wie groß ist der finanzielle Aufwand, den Sie für diese erwarteten 123 zusätzlichen A10-Stellen veranschlagen? Null, nichts, nada, nothing, niente!

(Beifall bei der LINKEN - Karl-Heinz Klare [CDU]: Russisch hat noch gefehlt!)

Nicht einen Euro planen Sie dafür ein. Stattdessen, Herr Klare, wollen Sie die Stellen durch die Umwidmung von Lehrkräftestellen gewinnen. Das lassen wir Ihnen aber nicht durchgehen.

Meine Damen und Herren, die Unterrichtsversorgung ist an den Berufsschulen mit knapp über 90 % ohnehin schon deutlich niedriger als an den allgemeinbildenden Schulen - und auch dort können wir auf keine Lehrkraft verzichten. Wenn wir wirklich ein Bildungsland Niedersachsen wollen, können wir nicht *mehr* Verwaltungskräfte, aber *weniger* Pädagogen einstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dieses Ausspielen macht die Linke nicht mit. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen. Dabei sind wir nicht die Einzigen. Von einem Konsens sind Sie weit entfernt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung.

Frau Korter hatte gesagt, dass über Nr. 13/1 der Beschlussempfehlung gesondert abgestimmt werden soll. Das können wir nach unserer Geschäftsordnung auch so vornehmen. Ich halte Sie insofern damit einverstanden, dass wir zu Artikel 1 zunächst über Nr. 13/1 abstimmen und im Anschluss daran die Beschlussempfehlung zu Artikel 1 im Übrigen aufrufen.

Dann kommen wir jetzt zur Einzelberatung und hier zunächst zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung. Ich rufe auf:

Artikel 1 Nr. 13/1. - Hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer möchte zustimmen? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 1 im Übrigen. - Auch hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer stimmt zu? - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit.

Artikel 2. - Auch hierzu gibt es eine Änderungsempfehlung des Ausschusses. Wer stimmt zu? - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsempfehlung des Ausschusses ist gefolgt.

Gesetzesüberschrift. - Unverändert.

Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Wer stimmt gegen den Gesetzentwurf? - Mit diesem Abstimmungsverhalten ist das Gesetz definitiv beschlossen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei der FDP und bei den GRÜNEN)

Nun kommen wir zur Abstimmung zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung.

Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit die in die Beratung einbezogene Eingabe Nr. 1877 für erledigt erklären möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Gegenstimmen sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? - Stimmenthaltungen sehe ich auch nicht. Dann ist das einstimmig so beschlossen. - Herzlichen Dank.

Wir sind am Ende dieses Tagungsabschnitts. Der nächste, 30. Tagungsabschnitt ist vom 7. bis zum 10. Dezember 2010 vorgesehen. Der Präsident wird den Landtag einberufen und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat den Beginn und die Tagesordnung der Sitzung bestimmen.

Ich schließe die heutige Sitzung und wünsche Ihnen einen guten Heimweg, einen wunderschönen 1. Advent, einen wunderschönen 2. Advent und viel Freude. Und denken Sie daran: Die Freude steckt nicht in den Dingen, sondern im Innersten unserer Seele. - Tschüss!

(Beifall)

Schluss der Sitzung: 12.45 Uhr.